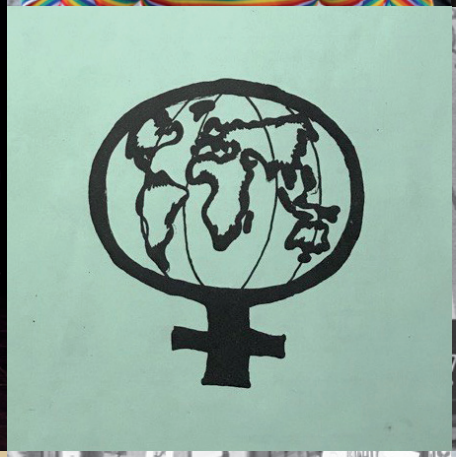
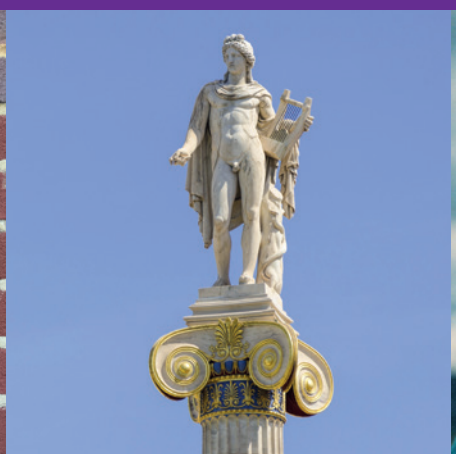
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Nr. 2 | Sommer 2020

zeichen



GENDER*



Inhaltsverzeichnis

3 EDITORIAL

4–43 THEMA

4–6 Glossar – LGBTIQ oder LSBTI?
7–9 Intersektionale Gerechtigkeit und intersektionale Feminismen. Von Maureen Maisha Auma
10–11 Eine kurze Geschichte der queeren und feministischen Emanzipationsbewegungen in (West-)Deutschland. Von Rebecca Görmann
12–13 Lesbisch-schwule Bewegungen in der DDR. Von Tatjana Volpert
14–15 »Jahrelang lebte ich mit dem Empfinden, in der deutschen Gesellschaft weder eine Geschichte noch eine Zukunft zu haben.« Von Natasha A. Kelly
16–18 Mädchen und Frauen in der extremen Rechten: Das Phänomen der doppelten Unsichtbarkeit. Von Juliane Lang
19–20 Antifeminismus als Demokratiegefährdung?! Gleichstellung in Zeiten eines erstarkenden Rechtspopulismus. Von Judith Rahner
21 Rechtspopulismus und Gender. Von Eske Wollrad
22–23 »Wir stehen für die Kirche, in der jeder Platz hat und die eine Kirche ist, die uns auch selbst begeistert.« Interview mit Stefanie und Ellen Radtke
24–25 Was ist Sexismus? Von Rolf Pohl
26–27 »Die Männer hatten genauso Küchendienst. Die Frauen waren auch am Bagger.« Ein Blick auf Geschlechterfragen in der ASF-Geschichte. Von Christina Brinkmann
28–30 »Asozial« – eine fortdauernde Verfolgung und Stigmatisierung. Interview mit Christa Schikorra
31 »Das hieß arbeitsscheu.« Ein Interview mit Ilse Heinrich von Christa Schikorra
32 Der Paragraph 175 – ein kurzer Überblick über seine Geschichte. Von Thomas Heldt
33–35 »Ich habe gelebt, aber nie so richtig.« Interview mit Linus Giese
36–37 »Bei LGBTI-Rechten müssen wir auf EU-Ebene mehr tun.« Interview mit Terry Reintke
38–40 Geschlechtsbezogene Verfolgung – rechtlicher Schutz von Flüchtlingen. Von Heike Rabe
41 Rainbow Refugees Stories – queere Geflüchtete bekommen eine Stimme
42 Die Erfindung des samischen Wortes »BONJU«. Von Doris Wøhncke
43 Russland: LGBTI-Initiativen außerhalb der Anonymität der Metropolen haben es schwer. Von Ute Weinmann
LGBTI in Tschechien: Vieles ist bereits erreicht, gleichzeitig fehlen an anderen Stellen Akzeptanz und politischer Wille. Von Míla Man
44 Trotz vieler Ressentiments und Restriktionen: In Polen nehmen Sichtbarkeit und Akzeptanz von LGBTI-Personen zu. Von Agnieszka Popławska

45 ASF-KURZNACHRICHTEN

46–47 FREIWILLIGE BERICHTEN

46–47 Ein Freiwilligenjahr in Nordnorwegen, unterbrochen durch Corona. »Es fühlt sich an wie Nachhausekommen.« Von Johanna Stuck
47 »... richtete ich mir ein kleines Büro ein und begann, weiter für mein tolles Projekt zu arbeiten.« Von Margo Wieseler

48 ANDACHT
»... da ist nicht männlich noch weiblich: denn alle seid ihr einzig-einig im Messias Jesus.« Von Gabriele Scherle

50–51 ASF-PERSONALIEN

Neu aufgestellte ASF-Geschäftsführung seit August 2020
Verabschiedung von ASF-Geschäftsführerin Dr. Dagmar Pruin

52–53 WEGGEFÄHRT*INNEN

54–55 GUTES TUN | TERMINE

ASF-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | BIC: BFSWDE33BER

IMPRESSUM

Ausgabe: Nr. 2, Sommer 2020, 48. Jahrgang
Auflage: 8.000 Exemplare
Herausgeber: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin
Redaktion: Barbara-Maria Vahl, Ute Brenner (verantw.)
Lektorat: Marina Schröder-Heidtmann
Telefon: 030 28 395 184 | **Fax:** 030 28 395 135
E-Mail: asf@asf-ev.de | **Internet:** www.asf-ev.de

BILDNACHWEISE

Titel:
Innenteil: S. 3: ASF/Archiv, S. 5: Pixabay, S. 7 Flickr/Annette Bernhardt, S. 8: ASF/Ute Brenner, S. 9 Deborah Moses-Sanks, S. 10 Wikipedia/Diana Davies, CC BY-SA 3.0, S. 13: Robert-Havemann-Gesellschaft/Bettina Dziggel/RHG_Fo_GZ_1951, S. 14 FF-BIZ/Dagmar Schultz, S. 15: Wikipedia, CC BY-SA 3.0, S. 17: Imago Images, S. 20: Peter Jülich, S. 21: gender-ismus.de, S.22 u. 23: Evangelischer Kirchenfunk, S. 25: Pixabay, S. 27: Christina Brinkmann, S. 31: links: Privat/Familie, rechts: Britta Pawelke, Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Foto Nr. 2007/1125, S. 32: Wikipedia, CC BY-SA 3.0, S. 33: Privat, S. 34: Rowohlt Polaris, S. 36: Cornelis Gollhardt, S. 37: ASF/Archiv, S. 39: Imago Images, S. 40: Illing & Vossbeck Fotografie, S. 41: Foto links: Mara Fischer, Foto Mitte: Gina Bolle, Foto rechts: Francesco Giordano, S. 45: Foto links: ASF/Archiv, Foto rechts: ASF/Sara Mieth, S. 46: Johanna Stuck; S. 47: Margo Wieseler, S. 50: ASF/Jonna Lüers, S. 51: ASF/Archiv, S. 52: Gregor Darmer, S. 53: Evangelischer Kirchenkreis Neukölln, S. 54 ASF/Ute Brenner

Gestaltung: ultramarinrot, Berlin
Druck: Druckhaus Dülmen

Editorial

Liebe Leser*innen,

vor einigen Wochen wurde bekannt, dass mit dem Absender NSU 2.0 Morddrohungen an Politiker*innen und Menschen des öffentlichen Lebens gerichtet werden. Die Mehrzahl der Bedrohten sind Frauen. Das hat System. Frauen, die sich für Frauen- und Menschenrechte einsetzen, überhaupt Frauen des öffentlichen Lebens, werden überproportional häufig bedroht. Oft handelt es sich dabei um massive sexualisierte Gewaltandrohungen.

Mit diesem Zeichen decken wir eine Bandbreite aktueller und historischer Genderthemen ab. In unserem Leitartikel setzt sich Maureen Maisha Auma mit Fragen der Intersektionalität auseinander. Intersektionalität steht dafür, dass wir nicht nur eine Form der Diskriminierung betrachten, also etwa Feindlichkeit gegenüber Frauen oder Lesben und Schwulen, sondern dass Diskriminierungen sich überschneiden und multiplizieren können. So kann eine Schwarze Frau, die in prekären Verhältnissen lebt, von Sexismus, Rassismus und ökonomischer Ausbeutung betroffen sein.

Unsere Autor*innen beschreiben Momente der Emanzipation und der Entfaltung, aber auch der Verfolgung und der Diskriminierung. Biografische Einblicke geben uns zwei lesbische Pfarrerinnen, queere Geflüchtete und ein trans Mann. Das Bild erweitern wir durch internationale Beiträge aus unseren Partner*innenländern und in einem Glossar erklären wir Begriffe, die zunehmend Verwendung finden wie Gender, LGBTQI, nonbinär und queer.

Wir erleben Fortschritte bei der Anerkennung genderspezifischer Fluchtgründe und einer gewachsenen Sensibilität für Gender-Fragen. Aber wir erleben auch Rückschritte, wenn wir die antifeministischen sowie LGBTQI-feindlichen Bewegungen innerhalb des Rechtspopulismus betrachten, die bis in die Mitte der Gesellschaft wirken. Und wir erleben Hoffnung, wenn wir Gabriele Scherles Andacht lesen, die eine Vision der Gerechtigkeit und Freiheit zeichnet.

Die Themen dieses Heftes betreffen unseren Einsatz für ein gleichberechtigtes Zusammenleben, in dem Menschen nicht aufgrund äußerlicher Merkmale festgelegt werden, sondern selbst entscheiden können, wen sie lieben möchten, wie sie sich selbst definieren und wie sie sich entfalten möchten. Für diejenigen, die durch Sprache ausgeschlossen werden, die Beleidigungen, Verfolgungen und Bedrohungen erleben, haben diese Themen jeden Tag existenzielle Bedeutung. Es sind Fragen der Menschenwürde, der Integrität und der Menschenrechte. Dies sind Fragen von ASF.

ASF befindet sich noch immer mitten in der Corona-Krise. Ein großer Teil der Freiwilligen konnte im September ausreisen, für einige Länder gibt es derzeit allerdings noch Einreisebeschränkungen. Wir haben in den vergangenen Monaten viel Zuspruch erhalten und diese Zeit mit unseren Freiwilligen und Mitarbeiter*innen gemeinsam gemeistert. Bitte bleiben Sie uns weiterhin mit Ihrer Unterstützung verbunden.

Meine Co-Geschäftsführerin Dr. Dagmar Pruin hat Ende Juli ihre Tätigkeit beendet, sie wird 2021 als Präsidentin von Brot für die Welt eine neue spannende Aufgabe übernehmen. Ich danke ihr sehr herzlich für sieben Jahre der guten Zusammenarbeit und für alles, was sie durch inspirierende Impulse und Kontakte, durch ihr Wirken für ASF getan hat. Für ihre neue Aufgabe wünschen ihr alle Mitarbeiter*innen alles Gute!

Ich freue mich darauf, in Zukunft durch die beiden Theologen Michael Säger und Thomas Heldt als stellvertretende Geschäftsführer unterstützt zu werden.

Mit Erschütterung nahmen wir von unserer stellvertretenden Vorsitzenden Viola Kennert Abschied. Sie verstarb nach kurzer schwerer Krankheit mit 67 Jahren. Sie fehlt uns sehr und unser tiefes Mitgefühl gilt ihren Angehörigen.

Mit herzlichen Grüßen und guten Wünschen

Eure und Ihre Jutta Weduwen
Geschäftsführerin

Glossar – LGBTIQ oder LSBTI?

In unserem *zeichen* werden Sie feststellen, dass – anders als sonst – unterschiedliche Definitionen und Schreibweisen verwendet werden. Beschreibungen und Begriffe sind im Wandel und folgen unterschiedlichen Debattensträngen, Verwendungsweisen und (Selbst-)Definitionen. Manche*r mag vielleicht denken: Warum muss es immer wieder neue Begriffe geben, die man erst mal nicht versteht? Eine Antwort darauf ist, dass hinter diesen Begriffen Emanzipationsbewegungen stehen und sie Vielfalt und Minderheitenrechte repräsentieren. Dieses Glossar soll als erster Anhaltspunkt dienen und einen kurzen Überblick über zentrale Begriffe geben. Bei den Erläuterungen haben wir uns an Definitionen orientiert, die die *Bundeszentrale für politische Bildung* auf ihrer Webseite veröffentlicht hat.

ASTERISK – *

Der Asterisk, das sogenannte Sternchen, am Ende von Begriffen dient als Platzhalter beziehungsweise Variable, um alle nicht-binären Geschlechtsidentitäten einzubeziehen. Es taucht schon länger in den Bezeichnungen »trans*« oder ▸»inter*« auf, um einer unbestimmten und unbestimmbaren Vielfalt an geschlechtlichen Identitäten und Selbstdefinitionen Raum zu geben.

BISEXUALITÄT

Als Bisexuelle werden Männer und Frauen bezeichnet, die sich emotional und/oder sexuell sowohl zu Männern als auch zu Frauen hingezogen fühlen. Sie können mit beiden Geschlechtern sexuelle oder nicht-sexuelle emotionale Beziehungen eingehen oder sich dies wünschen.

cis GENDER

Das lateinische Präfix »cis-« (diesseits) bildet das Gegenstück zu »trans«- (über-, hinüber-, durch-, hindurch-). »Cis« und Begriffe wie »cis Gender«, wurden von der Trans-Bewegung eingeführt, um »trans« nicht immer als die Abweichung von der Norm zu definieren.

CROSS DRESSING/CROSS DRESSER

Cross Dresser sind Menschen, die unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung die spezifische Kleidung des jeweils anderen Geschlechts tragen. Heterosexuell orientierte Männer prägten den Begriff »cross dressing« Anfang der 1970er Jahre in den USA. Damit wollten sie sich von dem pathologisierenden und fetischisierenden Begriff des Transvestismus und den schwulen Männern, die damit bezeichnet wurden, abgrenzen.

DRITTES GESCHLECHT

Diesem sind Menschen zuzuordnen, die sich im binären, das heißt Zwei-Geschlechtersystem nicht wiederfinden und einordnen lassen wollen. Das dritte Geschlecht gilt heute als Variante der nicht-binären Geschlechtsidentitäten. Vertreter der modernen Queer-Theorie und der ▸Transgender-Bewegung benutzen die Bezeichnung »drittes Geschlecht« im Sinne einer ▸queeren Identität.

GENDER

Der englische Begriff Gender drückt das soziale Geschlecht aus, einschließlich der Geschlechterrollen und Erwartungen an diese, also wie sich ein »typischer« Mann beziehungsweise eine »typische« Frau zu verhalten haben. Der Begriff hat seine Wurzeln in den Sexualwissenschaften sowie im Feminismus und wird in Deutschland häufig in den Gender Studies/Geschlechterstudien und darüber hinaus verwendet, um die Unterscheidung zum biologischen Geschlecht deutlich zu machen.

GENDER-FLUID

Mit dem englischen »Gender-fluid«-Konzept werden »flüssige«, »liquide« Geschlechtsidentitäten beschrieben, die sich in Bewegung befinden und sich manchmal, oft oder sehr oft ändern können.

GENDER_GAP/GENDER*STERNCHEN

Der sogenannte »Gender_Gap«, die »Geschlechter-Lücke«, soll allen anderen als den beiden Geschlechtern Mann und Frau einen Platz geben, zum Beispiel in Lehrer_innen). Mit ihr wird ein Zwischenraum in der Sprache geschaffen, der die Existenz von Zwischengeschlechtern ins Bewusstsein rückt. Der Terminus Gender_Gap ist erst durch die zunehmende Verwendung in der deutschen trans-Community ab Mitte der 2000er Jahre etabliert worden. Analog zum Unterstrich wird auch das Gender*Sternchen verwendet, das dieselbe Funktion erfüllt.

GESCHLECHT, BIOLOGISCHES

Im Deutschen sind mit biologischem Geschlecht alle körperlichen, geschlechtsspezifischen Merkmale gemeint. Im Allgemeinen wird damit eine natürliche Binarität von Mann und Frau konstruiert. Nach Erkenntnissen der Inter*-Forschung lässt sich diese nicht mehr halten.

GESCHLECHT, SOZIALES

Das soziale Geschlecht umfasst Geschlechtsrolle und Geschlechtsidentität. Es hebt auf das geschlechtliche Empfinden, basierend auf anerzogenem, zugeschriebenem und juristischem Geschlecht ab – und die damit verknüpften sozio-kulturellen Erwartungen an Geschlecht.

GESCHLECHTSIDENTITÄT

Unter Geschlechtsidentität versteht man das tief empfundene innere und persönliche Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Geschlecht. Es ist das innere Wissen, welches Geschlecht man hat, egal was andere sagen. Dieses kann mit dem Geschlecht, das einem Menschen bei seiner Geburt zugewiesen wurde, übereinstimmen – muss es aber nicht. Es muss außerdem nicht zeitlich stringent erfahren werden. Geschlechtsidentität manifestiert sich unter anderem in der Wahrnehmung des eigenen Körpers und seiner Repräsentanz nach außen.

HETERONORMATIVITÄT

Das Konzept der Heteronormativität stellt die gesellschaftlich postulierte Zwei-Geschlechter-Ordnung und die Macht beziehungsweise Gewalt, die von ihr gegenüber anderen Geschlechtsidentitäten ausgeht, in Frage. Der Begriff Heteronormativität dient zur Analyse und Kritik der Verflechtung von Heterosexualität und Geschlechternormen, mit denen Macht-, Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnisse einhergehen.

HOMOPHOBIE

Homophobie beschreibt die Angst und Ablehnung von gleichgeschlechtlich lebenden und liebenden Menschen. Sie kann zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Homophobie beruht auf einer systemisch abgesicherten, zwangsförmigen Zweigeschlechtlichkeit, in der sexuelles und emotionales Begehren nur zwischen Frau und Mann gedacht wird. Homophobie wird in den Sozialwissenschaften zusammen mit Erscheinungen wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit oder Sexismus unter den Begriff »gruppenfeindliche Menschenfeindlichkeit« gefasst.

INTER*

Inter* ist ein Begriff, der sich aus der Community entwickelt hat, und der als ein emanzipatorischer und identitätsbasierter Überbegriff die Vielfalt intergeschlechtlicher Realitäten und Körperlichkeiten bezeichnet. Inter* wird damit häufig als deutscher Sammelbegriff verwendet für Intersexuelle, Intersex, Hermaphroditen, Zwitter, Intergender sowie inter- oder zwischengeschlechtliche Menschen, die mit einem Körper geboren sind, der den typischen geschlechtlichen körperlichen Merkmalen und Normen von Mann und Frau nicht entspricht.

INTERSEXUALITÄT

Der Begriff Intersexualität bezeichnet biologische Besonderheiten bei der Geschlechtsdifferenzierung. Als Intersexuelle bezeichnen sich Menschen, deren Körper Ähnlichkeiten mit beiden, männlichen wie weiblichen, Geschlechtern aufweisen. Es handelt sich um Menschen, deren Geschlecht von Geburt an, hinsichtlich der Chromosomen, der Keimdrüsen und der Hormonproduktion nicht nur männlich oder nur weiblich erscheint, sondern scheinbar eine Mischung aus beidem darstellt.

LSBTIQ/LGBTIQ

Die deutsche Abkürzung LSBTIQ steht für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans, Inter und Queers. Manchmal wird auch im Deutschen das englische Akronym LGBTIQ (»Lesbians, Gays, Bisexuals, Transgender, Intersex & Queers«) benutzt. Manchmal wird der ▸Asterisk als Öffnung und Platzhalter für weitere, nicht benannte Identitäten hinzugefügt (LSBTIQ*). Gelegentlich sind die Buchstaben in der Reihenfolge auch anders angeordnet oder reduziert, zum Beispiel LSBT oder LGBTQI.

NICHT-BINÄR/NON-BINÄR

Nicht-binäre (Englisch »non-binary«) Menschen haben eine Geschlechtsidentität, die weder ganz/immer weiblich noch ganz/immer männlich ist. Viele Nicht-Binäre verstehen sich als trans Menschen, andere nicht. Manche nicht-binäre Personen können den Wunsch nach Körperveränderungen hin zu einem nicht-binären, »uneindeutigen«, androgynen Geschlechtsausdruck haben, andere nicht.

OMNISEXUALITÄT/OMNISEXUELL

Omnisexuell orientierte die Menschen fühlen sich zu allen Geschlechtern sexuell und/oder emotional hingezogen – ohne Präferenz für ein bestimmtes Geschlecht. Sie richten ihr Begehren auf die Vielfalt von Geschlechtern, einschließlich und jenseits der binären Geschlechter Mann und Frau sowie zwischen ihnen.

PANSEXUALITÄT/PANSEXUELL

Pansexualität ist eine sexuelle Orientierung, die Menschen für sich in Anspruch nehmen, die sich zu allen Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht sexuell und/oder emotional hingezogen fühlen. Ähnlich wie omnisexuelle Menschen richten pansexuelle Menschen ihr Begehren auf Personen, die vielfältigste Geschlechtsidentitäten haben können, jedoch steht bei ihnen das individuelle Interesse an dem Menschen unabhängig vom Geschlecht im Mittelpunkt.

QUEER/QUEER LEBENDE MENSCHEN

Queer wird in der Queer-Theorie nicht als Identitätsbegriff verwendet, sondern verweist auf Praktiken und gesellschaftliche Positionen, die zweigeschlechtliche und heterosexuelle Normen in Frage stellen. Dennoch wird der Begriff oft als identitätsbasierte Selbstbezeichnung verwendet. Manche wollen damit eine Offenheit für nicht-binäre Geschlechter und nicht-normative Sexualpraktiken signalisieren, manche wollen die Politisierung ihrer abweichenden, sexuellen oder geschlechtlichen Vielfalt damit thematisieren, andere nutzen den Begriff einfach synonym zu lesbisch oder schwul.

TRANSGENDER

Die US-Aktivistin Virginia Prince (1912–2009) hat den Begriff Transgender in den 1970er Jahren in den USA geprägt. Sie lebte als Frau, ohne ihren »männlichen« Körper operativ verändern zu lassen. Ihre Art zu leben fand sie weder mit dem Begriff »Transvestit« noch mit dem der »präoperativen Transsexuellen« repräsentiert. In den 1990er Jahren wurde der Transgender-Begriff ausgeweitet und wird unter anderem verwendet für andere Weisen von Geschlechtsangleichung beziehungsweise -veränderung, als es das medizinische Transsexualitätsmodell vorsieht; ebenso dient er als politischer Begriff für Identitäten und Lebensweisen, die das Zwei-Geschlechter-Modell in Frage stellen oder als Oberbegriff für vielfältige Weisen von Transsexualität. Die Verwendung als Oberbegriff wird aber auch kritisiert: Transsexuelle Menschen lehnen es teilweise ab, sich unter der Kategorie Transgender einordnen zu lassen.

Intersektionale Gerechtigkeit und intersektionale Feminismen

Die Vielschichtigkeit und Überschneidung von Ausschlussprozessen

Intersektionalität verpflichtet uns dazu, unsere Aufmerksamkeit ganz explizit auf die Vielschichtigkeit sozialer Ausschließungsprozesse und die damit verbundenen ungleich verteilten Diskriminierungs- und Lebensrisiken zu richten. In diesem gesundheitlich, ökonomisch und sozial turbulenten Jahr 2020 sind es vor allem die Angehörigen mehrfach marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen, die einem erheblichen Gesundheitsrisiko ausgesetzt sind. Diejenigen von uns, die nicht im Homeoffice arbeiten können, weil sie als Reinigungskräfte beschäftigt sind, im Supermarkt, Erntebetrieb oder in Fleischfabriken angestellt, oder U-Bahn- oder Busfahrer*innen sind, sind einer enorm hohen Ansteckungsgefahr ausgesetzt. Sie sind zugleich in der Regel weniger durch gute gesundheitliche Ressourcen gepuffert (sie können sich teure Zusatzleistungen/-versicherungen nicht erlauben). Sie sind finanziell schlechter abgesichert als diejenigen von uns, die im Homeoffice arbeiten können. Sie arbeiten (und leben) in Beschäftigungs- und Wohnverhältnissen, die mit wenig sozialem Ansehen verbunden und schlecht bezahlt sind. Sie werden zwar als systemrelevant eingestuft, haben aber in der Realität sehr eingeschränkte Wahlmöglichkeiten – bei höheren Lebens- und Diskriminierungsrisiken. Mehrfach marginalisierte gesellschaftliche Gruppen sind in diesem Beschäftigungssegment und den damit verbundenen Transport- und Wohnverhältnissen stark überrepräsentiert. Unsere krisengeprägte Gegenwart intersektional zu betrachten bedeutet infolgedessen, ganz explizit anzuerkennen, dass diejenigen Menschen, die unseren Alltag sichern, sich selbst kaum effektiv schützen können. Diese Schutzlücke ergibt sich aus gesundheitlichen, ökonomischen und sozialen Exklusionen. Intersektionalität ist ein Instrument, um diese Gemengelage zu sortieren, zu analysieren, zu politisieren und zu verändern.

DIE MARGINALISIERUNGSSITUATION SCHWARZER FRAUEN DER ARBEITER*INNEN-KLASSE SICHTBAR MACHEN UND ÖFFENTLICH THEMATISIEREN

Die Arbeitsmarktsituation Schwarzer Frauen* steht im Mittelpunkt der Geburtsstunde der Intersektionalitätstheorie. In dem Fall »Emma DeGraffenreid vs. General Motors (1976)« klagten fünf Schwarze Frauen in St. Louis (USA) gegen ihre ehemalige Arbeitgeberin General Motors (GM). Schwarze Frauen als marginalisierte Gruppe wurden in Relation zu anderen gesellschaftlichen Gruppen sehr spät bei GM eingestellt. Firmenpolitik war zugleich »last hired, first fired« – *zuletzt eingestellt, zuerst gefeuert*. Diese Beschäftigungspolitik traf Schwarze Frauen überproportional stark. Schwarze weibliche Beschäftigte wurden überproportional häufig zum Ziel von betrieblich bedingten Kündigungen. Sie klagten vor Gericht, um einen wirksamen Schutz gegen ihre Arbeitsplatzdiskriminierung zu erreichen. Ihre Antidiskriminierungsklage wurde allerdings als gegenstandslos zurückgewiesen. Die Begründung des Gerichts lautete, eine Diskriminierung aufgrund rassistischer Markierung könne nicht festgestellt werden, schließlich arbeiteten auch mehrere Schwarze (Männer) bei GM am Fließband. Eine Diskriminierung aufgrund sexistischer Markierung könne nicht festgestellt werden, da mehrere (weiße) Frauen bei GM im Sekretariatsbereich arbeiteten. Schwarze Frauen galten als hinreichend in der Belegschaft von GM repräsentiert, wenn Frauen im Allgemeinen dort beschäftigt waren oder wenn Schwarze Männer dort beschäftigt blieben. Der Beweis der Diskriminierung wurde den Klägerinnen dadurch erschwert, dass sie durch mehr als eine politisch wirksame Differenz marginalisiert wurden. Die Klägerinnen waren weder ausschließlich als Frauen diskriminiert worden, noch ausschließlich als Schwarze Personen, sondern ganz spezifisch als rassistisch marginalisierte, weibliche Subjekte.

Black Lives Matter: Demonstrant*innen im Dezember 2014 in Oakland.

Intersektionalität strebt an, einen wirksamen Schutz für mehrfach marginalisierte Menschen und Communitys zu erwirken und zu etablieren. Hier wird das Antidiskriminierungsrecht in seiner Wirksamkeit kritisch betrachtet. Auf der Grundlage solcher Rechtsprechungen – wie beim Schlüsselfall »Emma DeGraffenreid vs. General Motors« – wird die intersektionale Bedeutung von Barrieren auf dem Weg zu einem gerechten Urteil nachvollziehbar.

Die innovative Kraft, die politische Kraft, die von der Intersektionalitätstheorie ausgeht, besteht darin, komplexe Lagen der Marginalisierung in ihrer Verwobenheit wahrzunehmen und öffentlich zu thematisieren. Es gilt hier, strukturelle Ähnlichkeiten zwischen sozial konstruierten Differenzen herauszuarbeiten und ihre Wechselwirkungen und die damit zusammenhängende Verletzungsmacht zu erfassen. Sowohl Geschlechterhierarchien und Exklusionen als auch rassistische Hierarchien und Exklusionen, die in den Beschäftigungsverhältnissen von GM verankert und normalisiert waren, machten es Schwarzen Frauen unmöglich, lange im Betrieb zu bleiben, sich in ihrer Betriebszugehörigkeit sicher zu fühlen, sich im Betrieb zu bewähren und Einfluss auf den Betrieb auszuüben, um dann sogar in Gestaltungs- und Entscheidungspositionen aufsteigen zu können.

DIE WURZELN DER INTERSEKTIONALITÄTS-BEWEGUNG

Kimberlé Williams Crenshaws Theorie der Intersektionalität ist ein »Travelling Concept« – ein reisendes Konzept. »Travelling Concept« bezeichnet eine Konzeption, welche zwar in einem ganz spezifischen geopolitischen Kontext und zu einer ganz spezifischen Zeit entworfen wurde, eine Übertragbarkeit aber weit über diesen Kontext und diese Zeit hinaus entfaltet und daher vielfach aufgegriffen und angepasst wird. Intersektionalität hat inzwischen eine prägnante Bedeutung für all diejenigen gewonnen, die politisch wirksame Differenzen und die mit ihnen zusammenhängenden Machtrelationen vernetzt zu denken und zu bearbeiten suchen. Beim Transfer des Konzepts wird allerdings das eigentliche Fundament von Intersektionalität häufig ignoriert und nahezu komplett ausgeblendet. So in der »Critical Race Theory« (Rassismuskritik) und in der Critical-Race-Theory-Bewegung Schwarzer Rechtswissenschaftler*innen. Nach Crenshaw gleiche daher die reisende Intersektionalitätstheorie oder das, was von ihr übrig bleibt, der außerirdischen Kinderfilm-Figur ET. Diese versucht verzweifelt nach Hause zu telefonieren, kann dort aber keine Verbindung aufbauen, da entscheidende Bestandteile des eigentlichen Zusammenhangs, die sie ausmachen, fehlen.

Die Ausblendung der in der Intersektionalitätstheorie enthaltenen Rassismuskritik ist deswegen problematisch, weil sie die ungerechte Verteilung von Schutz vor Ausbeutung und Exklusion (Diskriminierungsschutz), die zutiefst rassistisch geprägt ist, verleugnet. Weißsein wird in der Rechtsprechung soziohistorisch privilegiert – als die Norm – behandelt (*The Color of Justice*). Eine intersektional-rassismuskritische Auseinandersetzung mit der begrenzten Reichweite des Diskriminierungsschutzes entlarvt diese bedeutende Dimension rassistisch verfasster Exklusionen. Sie erzeugt einen bedeutenden kritischen Blick auf die fehlende Verteilungsgerechtigkeit innerhalb des Rechtssystems. Gerechtigkeit (Rechtsgleichheit) wird erkennbar als eine gesellschaftliche Ressource, die marginalisierte Gruppen exkludiert. Die Rechtsprechung, wie andere gesellschaftliche Instrumente, ist – zu eng – am Lebens-, Arbeits- und Familienmodell weißer, bürgerlicher (christlich sozialisierter), heterosexueller cis Männer konzipiert. Diese Gruppe wird als Prototyp der menschlichen Erfahrung täglich reproduziert. Ihre Erfahrungs- und Handlungszusammenhänge und ihre Weltauslegungen werden universalisiert. Eine nahezu ausschließliche Orientierung an ihrer Lebensrealität ergibt eine eingeschränkte Perspektive auf die pluralen Realitäten der Unsichtbarkeit, Ausbeutung und ungleich verteilte Diskriminierungsrisiken. Und sie führt zu solch einer eingeschränkten Rechtsprechung wie im Schlüsselfall »Emma DeGraffenreid vs. General Motors«.

INTERSEKTIONALE GERECHTIGKEIT UND POLITISCHE INTERSEKTIONALITÄT

Politische Intersektionalität bedeutet, dass Gleichstellungsmaßnahmen und Veränderungsstrategien – auch und gerade jetzt zur krisenhaften Zeit einer globalen Gesundheitskrise – danach beurteilt werden müssen, wie sie imstande sind, die Teilhabebarrieren und die Diskriminierungsrisiken jener am stärksten marginalisierten Zugehörigen von dehumanisierten Gruppen sichtbar zu machen. Wie effektiv sind sie in ihrem Bestreben, mehrfach marginalisierte Menschen und ihre Kollektive vor Ausbeutung und erneuten Abwertungen zu schützen? Intersektionale Feminismen sind dort entstanden, wo die feministische Theorie und die antirassistische Politik nicht imstande waren, mehrfach marginalisierte Angehörige der sozialen Klasse »Frauen« und der sozialen Klasse Schwarze Menschen anzuerkennen. Feministische Theorie, die nicht intersektional ausgerichtet ist, verallgemeinert das Lebens-, Arbeits- und Familienmodell weißer, bürgerlicher (christlich sozialisierter), heterosexueller cis Frauen. Antirassistische Politik, die nicht intersektional ausgerichtet ist, verallgemeinert das Lebens-, Arbeits- und Familienmodell Schwarzer, bürgerlicher (christlich sozialisierter), heterosexueller cis Männer. Die aus diesen beiden Kontexten generierten Gleichstellungsstrategien erreichen nur einen begrenzten Schutz, nämlich den

Die Arbeitsmarktsituation Schwarzer Frauen* steht im Mittelpunkt der Geburtsstunde der Intersektionalitatstheorie.

der privilegiertesten Angehörigen der jeweiligen sozialen Klasse. Politische Intersektionalität bedeutet infolgedessen eine explizite Verpflichtung dazu, nicht immer nur – oder in erster Linie – die privilegiertesten Angehörigen einer sozialen Gruppe zu repräsentieren und zu schützen, sondern die mehrfach marginalisierten Angehörigen ins Zentrum der politischen Strategie zu stellen und das jeweilige Diskriminierungsverhältnis zuerst und in erster Linie von dieser mehrfach marginalisierten Position aus zu konzipieren.

Orga-Team des Community-Events im Rahmen des »Berliner Konsultationsprozesses zur Sichtbarmachung der Diskriminierung und der sozialen Resilienz Menschen afrikanischer Herkunft«, Werkstatt der Kulturen im Oktober 2018

EQUAL PROTECTION AND EQUAL SAFETY

Die öffentliche Tötung des 46-jährigen George Floyd wurde von der 17-jährigen Darnella Frazier bezeugt, gefilmt und anschließend veröffentlicht. An der Nahtstelle dieser Ereignisse wurde unvermeidlich offenkundig, was die #BlackLivesMatter-Bewegung seit sieben Jahren (2013) kontinuierlich in den Fokus holt, nämlich dass die Normalisierung von Anti-Schwarzem Rassismus folgenreich ist, dass Anti-Schwarzer Rassismus auf einer konstanten Geringschätzung und Abwertung von Schwarzem Leben gründet und dass Anti-Schwarzer Rassismus dehumanisiert und tötet. In den aktuellen von der #BlackLivesMatter-Bewegung inspirierten Mobilisierungen treffen sich bezeichnenderweise zwei prägnante Bedeutungslinien: die massive soziale, gesellschaftliche und gesundheitliche Ungleichverteilung von Ressourcen, die unter anderem dazu geführt hat, dass vor allem rassistisch marginalisierte und ökonomisch deprivilegierte Gruppen überproportional an COVID-19 sterben müssen und die kollektiven Mobilisierungen und Kommunikationsformen intersektional diskriminierter Akteur*innen selbst, die ihre unsichtbar gehaltenen Diskriminierungsrisiken einer öffentlichen Debatte zuführen.

Während öffentliche Institutionen weiterhin daran scheitern, einen wirksamen Schutz für marginalisierte Gruppen zu realisieren, mobilisieren diese Gruppen mithilfe intersektionaler Strategien eine Erhöhung ihrer Sichtbarkeit. Sie thematisieren öffentlich ihre Ausbeutung, die Geringschätzung ihrer Arbeit, ihrer Körper, ihrer Lebensformen und ihres Lebens. Die #MeToo-Bewegung wurde zwar durch eine weiße amerikanische Schauspielerin bekannt gemacht, initiiert wurde sie allerdings von der intersektional arbeitenden Schwarzen Sozialarbeiterin Tarana Burke, als solidarische Antwort auf ein Mädchen of Color, das ihr von ihrem Überleben von sexualisierter Gewalt erzählt hatte. Intersektional arbeitende französische Kollektive griffen #MeToo auf für ihre eigene Mobilisierung #BalanceTonPorc (*Verpfeife dein Schwein!*). Die #BlackLivesMatter-Bewegung riefen drei Schwarze queer-feministisch positionierte Frauen* ins Leben (Alicia Garza, Patrisse Khan-Cullors und Opal Tometi). Ihre intersektionalen Arbeiten werden in den öffentlichen Diskursen der Schwarzen Bewegung jedoch häufig ohne die Nennung ihrer Namen und Positionierung weitervermittelt. Die intersektional arbeitende französische Streik-Initiative »Frotter, frotter, il faut payer« (*Schrubben, schrubben, ihr bezahlt!*) ist ein Zusammenschluss vorwiegend Schwarzer weiblicher Reinigungskräfte – Frauen, die in teuren Hotels Zimmer reinigen und ausgebeutet werden. Sie machen auf die gesellschaftliche Diskrepanz aufmerksam, dass sie unsichtbar gehalten werden, während sie das Luxusleben eines privilegierten Segments der Gesellschaft mit ihrer Arbeit subventionieren und mit ihrer körperlichen Gesundheit draufzahlen.

Und schließlich arbeitet das Schwarze feministische Kollektiv *Generation Adefra – Schwarze Frauen in Deutschland* seit über 30 Jahren kontinuierlich intersektional. Aktuell leitet eine Arbeitsgruppe von *Adefra* im Rahmen der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015–2024) Schritte zur Realisierung der Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft und zum Abbau von Anti-Schwarzen-Rassismus in Deutschland. Am Anfang dieses Gleichstellungsprozesses wurde eine Bestandsaufnahme zu Formen der Anti-Schwarzen-Dehumanisierung im Bildungssystem, im Gesundheits- und Pflegewesen, im Arbeitsleben, im Kulturbetrieb und im öffentlichen Leben erarbeitet. Auf der Grundlage der von Berliner*innen afrikanischer Herkunft zusammengetragenen Geschichten alltäglicher und systemischer Anti-Schwarzen-Diskriminierung wurden in kollektiver Arbeit Forderungen und Handlungsbedarfe an Politik und Verwaltung formuliert. Diese Forderungen wurden im Sinne der politischen Intersektionalität daran gemessen, inwiefern sie den bislang fehlenden Schutz, vor allem für mehrfachmarginalisierte Berliner*innen afrikanischer Herkunft, in dem jeweiligen gesellschaftlichen System effektiv verankern können. Auf der Grundlage der identifizierten Handlungsbedarfe wird aktuell ein Maßnahmenkatalog im Format einer Gesamtstrategie zur Gleichstellung Menschen afrikanischer Herkunft und zum Abbau des Anti-Schwarzen-Rassismus in Berlin entworfen.

Das grundlegende Streben, effektive intersektionale Schutzkonzeptionen zu realisieren, basiert zwar formal auf der Durchsetzung von Rechtsgleichheit; in ihrer Tiefenstruktur ist es jedoch auf eine Anerkennung der inneren Diversität und der damit verbundenen Mehrfach-Marginalisierungen angewiesen, damit gleichzeitig Anerkennungs- und Verteilungsgerechtigkeit Wirklichkeit werden.

Prof. Dr. Maureen Maisha Auma ist Professorin für Kindheit und Differenz (Diversity Studies) an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Zurzeit ist sie Gastprofessorin am Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung der TU Berlin. Sie ist seit 1993 aktiv in der Schwarzen Feministischen Selbstorganisation *Generation Adefra – Schwarze Frauen in Deutschland*. Gemeinsam mit Katja Kinder und Peggy Piesche führte sie 2018 den Berliner Konsultationsprozess »Sichtbarmachung der Diskriminierung und sozialen Resilienz Menschen afrikanischer Herkunft« im Rahmen der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015–2024) durch.

Eine kurze Geschichte der queeren und feministischen Emanzipationsbewegungen in (West-)Deutschland

Am 28. Juni 1969 stürmte die Polizei das *Stonewall Inn* in New York. Die hauptsächlich queeren Gäste der Bar hatten genug: Queere Menschen aller Geschlechter, darunter viele trans Personen und People of Color, wehrten sich gegen Schikane. Jahrzehnte aufgestauter Wut entluden sich in dem tagelangen Aufstand rund um die New Yorker Christopher Street und setzten von dort aus einen Impuls zur queeren Emanzipation auf der ganzen Welt. Bis heute erinnern jährliche Christopher-Street-Paraden im »Pride Month« Juni auch an dieses Ereignis.

Das Stonewall Inn im Oktober 1969. Am Fenster stand: »Wir Homosexuellen bitten unsere Leute inständig, sich bitte friedlich und ruhig auf den Straßen des Greenwich Village zu verhalten.«

STONEWALL & ROSA VON PRAUNHEIM ALS INITIALE MOMENTE

Die Geschichte der queeren Bewegung in (West-)Deutschland lässt sich ebenfalls nicht ohne den Bezug zu Stonewall erzählen. Homosexuelle hatten sich zwar schon vor den Aufständen organisiert – in sogenannten »Homophilen-Gruppen«, welche die Anerkennung für einen bestimmten homosexuellen Lebensstil in der Mehrheitsgesellschaft erreichen wollten. Das Engagement nach Stonewall wurde aber radikaler – zur reinen Suche nach Anerkennung gesellte sich nun auch ein Gefühl von Stolz.

Im September des Stonewall-Jahres trat die Liberalisierung des Paragrafen 175 über »Unzucht zwischen Männern« in der BRD in Kraft: Praktizierte gleichgeschlechtliche Sexualität unter erwachsenen Männern war fortan nicht mehr strafbar. Dadurch begann langsam ein öffentliches schwules Leben. Der international bekannte Filmregisseur Rosa von Praunheim veröffentlichte 1971 mit »Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt« einen Film, der heute als Initialzündung der Schwulenbewegung angesehen wird, als »deutscher Stonewall-Moment«. Politische homosexuelle Gruppen schossen aus dem Boden und am 29. April 1972 wurde in Münster die erste Schwulendemo in der Bundesrepublik durchgeführt.

Ziel der lesbischen Frauen, die in der Folge begannen, sich bundesweit in Lesbengruppen zusammenzuschließen, war, aus der Isolierung und Tabuisierung lesbischen Lebens herauszukommen und dies möglichst allen Lesben zu ermöglichen. Neben gemeinsamen Kämpfen mit der Schwulenbewegung wurde aber der feministische Charakter der Bewegung deutlich – der auch zu eigenen Wegen und Distanz zur Schwulenbewegung führte.

Über die nächsten Jahrzehnte kam es zu weiteren Differenzierungen innerhalb der queeren Bewegungen. Dass überhaupt der Begriff »queer« neben dem Akronym LGBTQIA* als möglicher Oberbegriff in den 1990er Jahren Einzug in die deutsche Sprache hielt, zeigt symptomatisch eine wichtige Entwicklung der queeren Bewegung: die Erkenntnis einer Gemeinsamkeit darin, abseits der heteronormativen Gendernorm zu liegen. Und so wurde die Bewegung inklusiver für bi- oder pansexuelle, asexuelle, intersexuelle Menschen und binäre wie nicht-binäre trans Personen.

In den letzten Jahren konnte die queere Bewegung immer wieder Zwischenerfolge wie die endgültige Abschaffung des sogenannten Schwulenparagrafen (1994), die Einführung einer »Ehe für alle« (2017) und die Möglichkeit des Eintragens anderer Geschlechtsidentitäten als männlich und weiblich in offiziellen Dokumenten (2018) verzeichnen. Und dennoch: Die Kämpfe bleiben aktuell. So ist erst vor wenigen Wochen ein Vorschlag zur Ablösung des Transsexuellengesetzes durch ein »Selbstbestimmungsgesetz« vorgelegt worden, welcher den umstrittenen rechtlichen Umgang mit transgeschlechtlichen Identitäten von Grund auf neu regeln würde.

DIE FRAUENBEWEGUNG

Die queere und insbesondere die Lesbenbewegung überschneiden sich auch mit der Frauenbewegung. Sozial- und geschichtswissenschaftlich geschieht die übliche Ordnung der feministischen Frauenbewegung über drei sogenannte Wellen. Die erste Welle ging vor etwa 100 Jahren zu Ende – mit der Anerkennung, dass Frauen auch Menschen sind: Wahlrecht, die Erlaubnis, den Führerschein zu machen, und andere fundamentale Grundrechte für Frauen waren die Folge. In der zweiten Welle ging es dann vor allem um die Gleichstellung vor dem Gesetz. Ihren Höhepunkt hatte diese sogenannte zweite Frauenbewegung im Westen in der Hippie-Bewegung während der 1960er und 1970er Jahre, in die auch die ersten gemeinsamen Kämpfe mit der Lesbenbewegung fielen. Frauen sollten arbeiten und studieren dürfen, und das selbstbestimmt. Außerdem wurde häusliche Gewalt illegal. Auch im Kampf gegen den Paragrafen 218, welcher Abtreibung unter Strafe stellte, schlossen sich die verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung zusammen (und tut es bis heute).

Mit etwas Abstand wurde sichtbar, dass die ersten beiden Wellen zwar eine Verbesserung darstellten, aber eigentlich nur für Frauen der Mittelschicht, und außerdem nur nach den Normen weißer (meist alter) heterosexueller cis Männer – sprich: innerhalb der Regeln des Patriarchats. Entsprechend befinden wir uns in einer dritten Welle, in der es perspektivisch zwar immer noch und vielleicht stärker als je zuvor darum geht, das Patriarchat abzuschaffen, aber auch darum, zu verstehen, dass verschiedene Diskriminierungsformen miteinander einhergehen: Intersektionalität und die Erkenntnis, dass es Privilegien gibt, sind hier die Stichworte.

EINE GESCHICHTE EINER BEWEGUNG?

Dieser Artikel war ein Experiment, das eigentlich nur scheitern kann. Denn mit jedem analytischen Versuch, die verschiedenen politischen Agenden und Strömungen zu einer Emanzipationsbewegung zu vereinen, ignorieren wir wichtige Differenzlinien und schmerzhafte Verletzungen: Trans Frauen werden teilweise bis heute von selbst ernannten Feministinnen aus Frauenräumen ausgeschlossen – und in schwulen Räumen wird häufig verschwiegen, dass mit Marsha P. Johnson eine Schwarze Dragqueen zu den ersten Stonewall-Demonstrant*innen gehörte. Bisexuelle Menschen müssen erleben, innerhalb der queeren Community als »nicht queer genug« angesehen zu werden. Schwarze lesbische Frauen erleben sowohl in der Frauen- als auch in der queeren Bewegung immer wieder, dass die Mehrfachdiskriminierung, die sie erfahren, nicht anerkannt wird.

Die Geschichte von organisiertem queerem und feministischem Widerstand in Deutschland ist eine Geschichte der vielen Geschichten. DIE queere Bewegung gibt es nicht, genauso wenig wie es DEN Feminismus gibt. Auch das ist eine Erkenntnis, die die Arbeit vieler Aktivist*innen besonders in den letzten Jahren hervorgebracht hat, in denen sich die Themen und Kämpfe innerhalb der queeren und der feministischen Bewegungen diversifiziert haben. Aus diesem Grund beende ich meinen Artikel mit ein paar Lesetipps, in denen die verschiedenen Facetten der Bewegungen, die ich in den letzten Absätzen nur anreißen konnte, vertiefend ausgearbeitet wurden.

Ayim, May/Oguntoye, Katharina/Schultz, Dagmar (Hrsg.) (2020): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte. 4. Auflage, Berlin: Orlanda Verlag.

Dennert, Gabriele/Leidinger, Christiane/Rauchut, Franziska (Hrsg.) (2007): In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben. Berlin: Querverlag.

Goethe-Institut New York/Schwules Museum Berlin: Queer as German Folk. Digitale Ausstellung. 2019. www.goethe.de/ins/us/de/kul/wir/swl.html

Lenz, Ilse (Hrsg.) (2010): Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung. 2., aktualisierte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Roßhart, Julia (2016): Klassenunterschiede im feministischen Bewegungsalltag: Anti-klassistische Interventionen in der Frauen- und Lesbenbewegung der 80er und 90er Jahre in der BRD. Berlin: w_orten und meer.

Rebecca Görmann hat 2006/07 einen ASF-Dienst in Israel gemacht und arbeitet heute bei *ConAct*, dem bundesweiten Koordinierungszentrum für deutsch-israelischen Jugendaustausch. Außerdem podcastet sie aus einer intersektionalen, queerfeministischen Perspektive zu Filmen und Serien (kultpess.de), Fußball (fruef.de) und Gesellschaft (reichlich-randale.de) und engagiert sich für die Sichtbarkeit von Frauen, nicht-binären Personen und BIPoC in der deutschsprachigen Podcastszene.

Lesbisch-schwule Bewegungen in der DDR

Die meisten Lesben und Schwulen in der DDR haben ihre Homosexualität verschwiegen. Erst ab Mitte der 1970er Jahre gab es erste Versuche, die Isolation zu durchbrechen.

Obwohl noch vor der Gründung der DDR die Diskussion geführt wurde, Homosexualität völlig zu entkriminalisieren, blieb der Paragraph 151 bis 1987 bestehen, der homosexuelle Handlungen mit Personen unter 18 Jahren bestrafte. Das sogenannte Schutzalter für Heterosex lag hingegen bei 16 Jahren. Im Vergleich zur BRD wurde damit Homosexualität zwar weitaus stärker entkriminalisiert, aber das Stigma des Anormalen blieb erhalten.

Die Ausstrahlung des Films von Rosa von Praunheim »Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt« in der ARD 1973 war auch in der DDR der Gründungsanlass für die erste schwul-lesbische Gruppe, die *Homosexuelle Initiative Berlin (HIB)*. Hauptziel der Gruppe war es, Räume zu schaffen, in denen sich Schwule und Lesben außerhalb von privaten Räumen treffen konnten.

Charlotte von Mahlsdorf, eine stadtbekannte trans Person bot schließlich die Kellerräume in ihrem Gründerzeitmuseum in Berlin-Mahlsdorf an, in denen sich fortan an zwei Sonntagen im Monat getroffen wurde. Lesben waren in der *HIB* in der Minderheit und so organisierten 1978 zwei Lesben der *HIB* das erste Lesbentreffen, zu dem einhundert Lesben kamen. Jedoch mussten die Frauen auf eine Wohnung und zwei Gaststätten ausweichen, da am geplanten Tag Polizisten den Zugang zum Gründerzeitmuseum versperrten. Im Zuge dieses Verbots wurden auch die Sonntagstreffen im Gründerzeitmuseum untersagt. Schließlich löste sich die *HIB* 1979 auf, da es ihr nicht gelang, Räume von der Stadt zu bekommen. Einzelne kämpften weiter, doch erst 1986 gewährten die Behörden Räume im Kulturhaus Berlin-Mitte an jedem zweiten Sonntag. Daraus ging schließlich der Sonntagsclub hervor, der bis heute kulturelle Angebote und Beratung vor allem für transidente Personen anbietet.

Alle anderen schwul-lesbischen Gruppen der DDR trafen sich ab Anfang der 1980er Jahre unter dem Dach der Kirche.

Durch die sich verändernde Stellung der Kirche im politischen System der DDR erhielt sie Ende der 1970er Jahre einen eigenständigen rechtlichen und finanziellen Status und ideologischen Freiraum. Dadurch wurde die Kirche zum Oppositionszentrum der DDR.

In den folgenden Jahren hatte fast jede größere Stadt in der DDR einen kirchlichen Arbeitskreis »Homosexualität«. Diese Tatsache führte auch innerhalb der Kirche zu einer breiten Diskussion, inwieweit sich die Kirche für Homosexuelle und ihre Anliegen öffnen sollte. Es entfaltete sich eine Pro- und Contra-Debatte.[1]

Die erste Lesbengruppe in der DDR war der Berliner Arbeitskreis *Lesben in der Kirche (LiK)*, der sich 1983 gründete. Der Arbeitskreis *LiK* verstand sich als Anlaufstelle für lesbische Frauen zum Kennenlernen und Diskutieren. Viele der Aktiven in den ab 1987 auch in anderen Städten entstehenden Lesbengruppen sahen ihr Lesbischsein nicht nur als eine sexuelle Variante, sondern begriffen ihre lesbische Identität auch als Widerstand gegen die patriarchale Gesellschaft.

Der Arbeitskreis *LiK* beschäftigte sich auch mit dem Schicksal lesbischer Frauen im Nationalsozialismus und machte auf Lesben als vergessene Opfer des Nationalsozialismus aufmerksam. Zum Frauentag

1 Punge, Manfred (1984): Homosexuelle in der Kirche? In: Beiträge der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, Reihe B, Gesellschaftliche Diakonie, Nr. 12, Berlin (als Manuskript vervielfältigt).

Das Foto zeigt die Gruppe Lesben in der Kirche der Gethsemane-Gemeinde in Ost-Berlin bei den Friedenswerkstätten 1983.

am 8. März 1984 legten sie in der Gedenkstätte Ravensbrück einen Kranz mit einer entsprechenden Aufschrift nieder und trugen sich in das Besucher*innenbuch ein. Wenige Tage später waren sowohl der Kranz als auch der Eintrag ins Buch entfernt worden. Dass die Lesben die Gedenkstätte mit dem Kranz überhaupt betreten konnten, zeugt von hoher Konspiration, da ihr Arbeitskreis *LiK* – wie alle kirchlichen Arbeitskreise – von der Stasi unterwandert war.

1985 gedachten 80 Lesben und Schwule der homosexuellen Opfer in der Gedenkstätte Sachsenhausen, ohne dass die Staatssicherheit eingriff.

Bis heute engagieren sich viele Lesben im Freund*innenkreis der Gedenkstätte Ravensbrück und noch immer fordern sie einen Gedenkstein für die lesbischen Opfer.

Im Moment gibt es viele Beiträge und Diskussionen zur Wende, zur Vereinigung und dem Transformationsprozess. Das Engagement von Lesben und Schwulen als Teil der Oppositionsbewegung der DDR findet dabei keine Erwähnung, außer es wird von der Community selbst thematisiert. Schwul-lesbische Geschichte und ihre Protagonist*innen werden so einmal mehr marginalisiert.

Tatjana Volpert ist Diplom-Pädagogin und schrieb 1998 ihre Diplomarbeit zum Thema »Lesben in der DDR. Aspekte einer eigenständigen feministischen Emanzipationsarbeit«. Als politische Bildnerin arbeitet sie seit vielen Jahren zu den Themen Antisemitismus, Rassismus und Gendergerechtigkeit.

»Jahrelang lebte ich mit dem Empfinden, in der deutschen Gesellschaft weder eine Geschichte noch eine Zukunft zu haben.«

May Ayim als junge Erwachsene.

May Ayim wäre in diesem Jahr 60 Jahre alt geworden. Sie zählt zu den prominentesten Vertreterinnen der Schwarzen Community in Deutschland. Ihre Worte und Werke führten nicht nur zur Sichtbarmachung von Schwarzen Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, sondern auch dazu, eine längst verloren geglaubte Geschichte bekannt zu machen.

MAY AYIM – EIN PORTRÄT

May Ayim – mit bürgerlichem Namen Sylvia Brigitte Gertrud Opitz – kam 1960 als Tochter einer weißen deutschen Mutter und eines ghanaischen Austauschstudenten in Hamburg zur Welt. Sie wurde kurz nach ihrer Geburt in ein Heim gegeben und im Alter von 18 Monaten von der weißen deutschen Familie Opitz adoptiert, sodass sie als einziges Schwarzes Kind in einer weißen Familie mit vier weiteren weißen Geschwistern in Münster aufwuchs. Aufgrund der andauernden Nachwirkungen des deutschen Kolonialismus machte sie als Schwarzes Kind vielfältige Erfahrungen mit Rassismus, der noch heute fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft ist:

> *»Jahrelang lebte ich mit dem Empfinden, in der deutschen Gesellschaft weder eine Geschichte noch eine Zukunft zu haben, sondern eines Tages auswandern zu müssen. Daß das sehr belastend ist, steht außer Frage. Inzwischen ist mir klar, daß dies keine Einzelerfahrung ist und mein Erleben exemplarisch den Umgang mit einer Bevölkerungsgruppe widerspiegelt, die im Bewusstsein weiter Teile der deutschen Gesellschaft einfach nicht existent ist.«*

Nach dem Abitur studierte May in Münster und Regensburg Pädagogik. Zu diesem Zeitpunkt resultierten die Identitätsangebote in ihrem Leben im Wesentlichen aus den ihr von fremden Menschen aufoktroyierten Vorstellungen dazu, wer sie sei – was zu Minderwertigkeitsgefühlen und dem Gefühl des »Andersseins« geführt hat. Dies veranlasste sie, das erste Mal nach Ghana zu reisen, um ihr kulturelles Erbe, das mittlerweile integraler Bestandteil ihres Selbstfindungsprozesses geworden war, aufzuspüren. Die Begegnungen mit ihrer ghanaischen Großfamilie beschrieb May Ayim später mit dem Sinnbild eines »walnussmangobaums« (1995) – ein Baum des Lebens, der Früchte aus beiden Ländern trägt. 1986 zog May nach West-Berlin, wo sie zunächst andere Schwarze Frauen kennenlernte, unter anderem die Schwarze US-amerikanische Wissenschaftlerin, Aktivistin und Poetin Audre Lorde.

AUF DEN SPUREN DER EIGENEN GESCHICHTE

Durch Audre Lordes Initiative entstand die Anthologie »Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte«, in der May Ayim ihre Diplomarbeit veröffentlichte. In Analogie zu »Afro-American« entwickelte sie im Austausch mit anderen Schwarzen deutschen Frauen, unter anderem Katharina Oguntoye, die Selbstbenennung »Afrodeutsch«, was nicht den Beginn von Schwarzer deutscher Geschichte anzeigte, aber dennoch ein Wissensmoment symbolisierte, welches durch den Kulturtransfer der Schwarzen Bewegung aus den Vereinigten Staaten ermöglicht wurde.

In der Tradition der Schwarzen US-Amerikaner*innen belegt »Farbe bekennen« das Vorhandensein einer historischen Bedeutungsgeschichte aus der Perspektive von Schwarzen deutschen Frauen unterschiedlicher Generationen, die alle die Gemeinsamkeit teilen, Schwarz und deutsch zu sein. Diese »Doppelidentität« kommunizierte May später in ihren Gedichten »afro-deutsch I«

und »afro-deutsch II«, die 1995 in ihrem ersten Gedichtband »blues in schwarz weiss« erschienen. Gleichzeitig forderte sie die weiße deutsche Mehrheitsgesellschaft heraus, sich mit der Geschichte des Kolonialismus auseinanderzusetzen, und verhandelte das Selbstverständnis dessen, was als Deutsch angenommen oder abgelehnt wurde, neu:

»Sie sind afro-deutsch?
… ah, ich verstehe: afrikanisch und deutsch.
Ist ja 'ne interessante Mischung!
Wissen Sie, manche, die denken ja immer noch,
die Mulatten [sic], die würden's nicht
so weit bringen
wie die Weißen (…)
Wollen Sie denn mal zurück?
Wie, Sie waren noch nie in der Heimat von Papa?
Ist ja traurig… Also, wenn Sie mich fragen:
So 'ne Herkunft, das prägt eben doch ganz schön.«

1987 begann May Ayim eine Ausbildung zur Logopädin, eine Berufssparte, die ihr erlaubte, den Rassismus, der sich in der deutschen Sprache verbirgt, aufzudecken. Rassismus und Sexismus wurden fortan feste Bestandteile ihrer Forschungen, wie auch der Titel ihrer Examensarbeit »Ethnozentrismus und Sexismus in der Sprachtherapie« (1990) zeigte. Nach erfolgreicher Beendigung ihrer Ausbildung arbeitete sie freiberuflich als Logopädin und nahm diverse Lehraufträge an. Um den Übergang von einer auferlegten, fremdbestimmten zu einer selbstbestimmten Identität zu symbolisieren, legte sie schließlich 1992 ihren Adoptivnamen Opitz ab und nahm den Namen ihres ghanaischen Vaters, Ayim, an.

»In dem Moment, als ich zu mir ›ja‹ sagen konnte, ohne den geheimen Wunsch nach Verwandlung, war die Möglichkeit gegeben, die Brüche in mir und meiner Umgebung zu erkennen, zu verarbeiten und aus ihnen zu lernen. Ich bin nicht an meinen Erfahrungen zerbrochen, sondern habe aus ihnen Stärke und ein besonderes Wissen gewonnen.«

In einem Land, in dem »Rasse« und Nationalität aufs Engste miteinander verbunden sind, fand May Ayim als Schwarze Frau, der das Deutschsein abgesprochen wurde, ihre spezifischen Identitätsangebote nicht in der weißen Mainstream-Literatur, sondern in den vielstimmigen wissenschaftlichen, politischen und kulturellen Literaturproduktionen Schwarzer Autor*innen der Welt.

May Ayim litt im Jahr 1996 unter großen körperlichen und psychischen Belastungen und verbrachte mehrere Aufenthalte in einer Psychiatrie, wo ihr zusätzlich die Diagnose Multiple Sklerose gestellt wurde. Am 9. August 1996 sprang May Ayim in Berlin-Kreuzberg vom 14. Stockwerk eines Hochhauses in den Tod.

IHR WIRKEN LEBT WEITER

Im Jahr nach ihrem Tod erschien im Orlanda Verlag in Berlin May Ayims zweiter Gedichtband »Nachtgesang« (1997) sowie ein Sammelband mit dem Titel »Grenzenlos und Unverschämt« (1997), der ihre politischen und biografischen Essays, Interviews und Fotos beinhaltet. Die weiße deutsche Filmemacherin Maria Binder dokumentierte mit »Hoffnung im Herz« (1997) die Spuren ihres Lebens und ihrer Werke. Mit der Auslobung des May Ayim Awards, des ersten Schwarzen Deutschen Literaturpreises, wurde in Kooperation mit der deutschen Sektion der UNESCO im Jahr 2004 im Gedenken an May Ayim die Traditionslinie für das literarische Schaffen Schwarzer Menschen in Deutschland gelegt, wenngleich der Preis bislang nur einmal verliehen wurde.

2010 wurde das Gröbenufer in May-Ayim-Ufer umbenannt.

Mit der Umbenennung der Berliner Straße Gröbenufer in May-Ayim-Ufer 2010 sollte es die Schwarze Community in Deutschland schaffen, sich als selbstbestimmte Teilkultur in die deutsche Nation und deren Geschichte und Gegenwart einzuschreiben. Mit der Straßenumbenennung wird anstelle eines Kolonialherren eine Schwarze Aktivistin geehrt und es wurde ein Grundstein dafür gelegt, dass ein kritischer Bezug zum deutschen Kolonialismus hergestellt und May Ayim gewürdigt wird.

Zu Mays 20. Todestag 2016 erschien im Orlanda Verlag in Berlin die Anthologie »Sisters and Souls« (2015), aus der die jährliche sequenzielle Theaterreihe »M(a)y Sister« am HAU Hebbel am Ufer Theater in Berlin-Kreuzberg entstanden ist. Zwar hat May Ayim nie bewusst die Rolle des »change agent« angenommen, dennoch war es stets ihr Ziel, gesellschaftliche Veränderung herbeizuführen. Dies ist ihr zweifelsohne gelungen.

Dr. Natasha A. Kelly ist promovierte Kommunikationswissenschaftlerin und Soziologin mit den Forschungsschwerpunkten (Post-)Kolonialismus und Feminismus. Die Schwarze Autorin, Kuratorin und Dozentin hat an zahlreichen Institutionen in Deutschland und Österreich gelehrt und referiert und ist seit vielen Jahren in der Schwarzen deutschen Community engagiert. Ihr Debütfilm »Millis Erwachen« wurde 2018 von der 10. Berlin Biennale kommissioniert und international aufgeführt.

Erstveröffentlichung im Digitalen Deutschen Frauenarchiv

Mädchen und Frauen in der extremen Rechten: Das Phänomen der doppelten Unsichtbarkeit

»Es ist dieser Satz, an den er sich heute noch erinnert: ›Zuerst einmal müssen die Ausländer weg‹. Beate Zschäpe, damals 17 Jahre alt, sagte ihn, als sie sich an einem Sommerabend in Jena im Jugendtreff Winzerclub mit ein paar Mädchen unterhielt. Es ging um Zukunftspläne, Berufswünsche, eine wollte Friseurin werden, eine andere Lehrerin.« Der Jenaer Sozialarbeiter, der sich hier in einem Gespräch kurz nach der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 an Beate Zschäpe erinnert, berichtet nur wenige Monate später in einem weiteren Interview: »Beate Zschäpe war damals ein ganz nettes, freundliches Mädchen, von der ich überhaupt keine politische Meinung erwartet hätte. Die habe ich von ihr aber auch so nie gehört«. Die Erinnerung des Sozialarbeiters, der in den 1990er Jahren mit den späteren Rechtsterrorist*innen Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt im Jugendclub gearbeitet hat, spricht Bände. Sie steht für ein Phänomen, das in der feministischen Rechtsextremismusforschung als »doppelte Unsichtbarkeit« extrem rechter Mädchen und Frauen beschrieben wird: Extrem rechte, rassistische und andere menschenverachtende Äußerungen von Mädchen und Frauen werden nicht im selben Maße als politisch, ja gefährlich, eingestuft wie die von Männern. Mädchen und Frauen haben entlang weit verbreiteter Annahmen »keine politische Überzeugung und wenn, dann keinesfalls eine so gewalttätige wie die rechtsextreme«, kritisiert das *Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus* jenes Phänomen. Dabei sind die damaligen Äußerungen Zschäpes nicht nur Ausdruck einer aktiven Befürwortung von Gewalt, sondern müssen ebenso als eindeutig politische Äußerung gelesen werden.

Zeitensprung, 2017: Zwei Aktivistinnen der extrem rechten Identitären Bewegung betreiben einen Blog unter dem Titel »radikal feminin«. In ihm formulieren beide explizit antifeministische Positionen zu geschlechterpolitischen Themen. Zu ihrer Motivation berichtet eine der Aktivistinnen in einem Interview mit dem den Identitären nahestehenden Magazin *Arcadi*: »Es ist als junge Frau [...] wenig überzeugend, wenn man Feminismuskritik ausschließlich von Männern hört, und einige Feministinnen fühlen sich dadurch vermutlich noch in ihrem Denken bestätigt. Unsere Seite zeigt, dass es auch junge Frauen gibt, die den Feminismus in seiner heutigen Form ablehnen«. Die beiden Blogbetreiberinnen beschreiben, wie sie gerade als Frauen politisch aktiv werden wollen – in einer Bewegung, die gemeinhin als antifeministisch und frauenfeindlich beschrieben wird. Dies mag irritieren, entspricht allein der Schritt, eigenständig politisch aktiv zu werden, doch genau einem ur-feministischen Anliegen. Vordergründig liegt der Schluss nahe, dass die jungen Frauen hier vermeintlich entgegen ihrer eigenen Interessen als Frauen handeln.

FRAUEN ÜBERNAHMEN ZU ALLEN ZEITPUNKTEN TRAGENDE ROLLEN IN DER EXTREMEN RECHTEN

Auch wenn die Zahlen zum Anteil von Frauen und Mädchen in rechten Szenen schwanken: Der moderne Rechtsextremismus nach 1945 kam nie ohne das aktive Zutun von Mädchen und Frauen in den eigenen Reihen aus. Egal ob als treusorgende Mutter oder politische Aktivistin an der Seite aktiver Männer oder eigenständig organisiert: Frauen übernahmen zu allen Zeitpunkten tragende Rollen in der extremen Rechten. »Frauen sind prinzipiell in der Lage, jede Aufgabe zu übernehmen, allerdings wissen sie sich zurückzuhalten, solange es fähige Männer zur Erfüllung dieser gibt«, schrieb 2007 die *Gemeinschaft Deutscher Frauen (GDF)*. Die traditionalistisch neonazistische Frauenorganisation erklärte die Zurückhaltung von Frauen nicht mit dem weiblichen Unvermögen, sondern stilisierte es gar zur weiblichen Tugend, sich als Frauen nicht weniger aktiv, aber stets in der zweiten Reihe zu

Zu allen Zeiten übernahmen Frauen tragende Rollen in der extremen Rechten. Das Foto zeigt rechte Demonstrant*innen in Koethen im September 2018.

halten. Dementsprechend organisierte sie Räume des Austausches unter Frauen in Form von Mütterfrühstücken oder gemeinsamen Traditionsveranstaltungen. Sie schufen damit wichtige Räume der weltanschaulichen Schulung und des Austauschs unter Mädchen und Frauen. Und doch hätte die eine oder andere Aktivistin der neonazistischen Rechten der 1990er und 2000er Jahre wahrscheinlich mit Neid auf die Mädchen und Frauen der Identitären Bewegung heute geblickt: Weltanschaulich gefestigt, rhetorisch eloquent und gut vernetzt über die Ländergrenzen hinaus, verstehen es diese zum Beispiel, das Thema Gewalt gegen Frauen von rechts zu besetzen. Sie erhalten dafür Applaus nicht nur aus der eigenen Szene. Und noch etwas hat sich verschoben: Mädchen und Frauen prägen heute sichtbarer als zuvor das Bild neuer rechter Parteien wie der AfD und Organisationen wie Pegida oder die Identitäre Bewegung im vorpolitischen Umfeld der Partei. Auch wenn der Frauenanteil aller AfD-Fraktionen in den Landtagen sowie im Bundestag bei gerade mal elf Prozent liegt (Stand: Juli 2020), prägen Politikerinnen wie Alice Weidel, Beatrix von Storch oder Nicole Höchst als Mitglieder des Bundestags das Bild der Partei nach außen. Sie stehen für moderne rechte Politikerinnen, die sich anders als ihre Vorgängerinnen nicht allein auf Themen rund um Familien- und Sozialpolitik beschränken – auch wenn insbesondere die familienpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Nicole Höchst, die Themen aggressiv und offen rassistisch besetzt. Die Wahrnehmung rechter Aktivistinnen als Frauen spielt ihnen dennoch bis heute in die Hände – und wird von Aktivistinnen strategisch genutzt. So präsentieren sie sich zum Beispiel auf Aufmärschen der Szene nicht als politische Aktivistin, sondern als »besorgte Mutter«, und hetzen in ihren Reden offen gegen Zugezogene, erklären Gender- und Gleichstellungspolitiken zum Feindbild oder die parlamentarische Demokratie als »links-grün-versifft«. Ein Beispiel hierfür lieferte der Aufmarsch in Köthen, Sachsen-Anhalt, im September 2018. Nur wenige Wochen nach den extrem rechten Ausschreitungen in Chemnitz sprach dort die langjährige Neonazi-Aktivistin Jenny S. und präsentierte sich als junge Mutter in Sorge um ihre Kinder: »In so einer Welt möchte und [...] werde ich meine Kinder nicht großziehen, das wird sich hier ändern, Deutschland wird sich ändern, und da gibt es keine Zweifel dran, die da hinten werden als erstes brennen.« Die damals 22-jährige S. bedrohte damit offen die anwesenden Journalist*innen.

Nicht in Gänze neu, aber von neuer Qualität, verbinden sich in Debatten der vergangenen Jahre die Themen Migration, Asyl und das Feindbild Islam mit einer angeblich steigenden Gefahr für Frauen, Opfer von (sexualisierter) Gewalt im öffentlichen Raum zu werden. Die Protagonistinnen jener rassistischen und zugleich »im Namen aller Frauen sprechenden« Kampagnen sind Mädchen und Frauen, die – hierin vermeintlich authentisch – eine eigene, gefühlte Bedrohung durch Männer nichtdeutscher

Herkunft verbalisieren. Erst auf den zweiten Blick wird ersichtlich, dass es sich hierbei um Aktivistinnen der extremen Rechten handelt. Die einzelnen Debattenbeiträge bewegen sich häufig im Spannungsfeld zwischen der Verhandlung konkreter Fälle sexualisierter Gewalt sowie Frauenmorden und der Behauptung gänzlich unterschiedlicher und unvereinbarer Kulturen. Insbesondere das rassistische Narrativ des »fremden, bedrohlichen Mannes« schafft Anschlüsse an Debatten um sexuell übergriffiges Verhalten und sexualisierte Gewalt nach der Silvesternacht 2015/2016 in Köln und anderen deutschen Städten. Behauptungen über »die fremden Männer« werden ergänzt durch Appelle an die Männer der »eigenen« Gruppe, sich männlich-wehrhaft zu geben und »deutsche Frauen« zu beschützen. Und auch die Frauen selbst verweilen nicht in der behaupteten Ohnmacht, sondern rufen in den sozialen Medien dazu auf, sich als Frauen zur Wehr zu setzen – und politisch aktiv zu werden.

HERAUSFORDERUNGEN

Die neue Sichtbarkeit extrem rechter Frauen erinnert uns daran, Phänomene wie Rechtsextremismus, Rassismus und Antifeminismus nicht getrennt voneinander zu betrachten, sondern in ihrer Verschränktheit. Für die Arbeit in pädagogischen Settings bedeutet dies zunächst genauer hinzuschauen, womit ich es zu tun habe. Politische Äußerungen von Mädchen und Frauen sollten ebenso ernstgenommen werden wie die dahinter liegenden Ängste und Erfahrungen. Dies kann heißen: Formulieren Mädchen eine Kritik am Feminismus aus einer antifeministischen, womöglich gar extrem rechten Motivation heraus? Fußen geäußerte Ängste vor Gewalt im öffentlichen Raum auf tatsächlichen Erfahrungen? Oder bieten extrem rechte Erzählungen über bedrohliche »fremde« Männer hier die Möglichkeit, tatsächliche Erfahrungen sexualisierter Gewalt besprechbar zu machen? Für die pädagogische Arbeit heißt das, nicht nur Mädchen ernstzunehmen, sondern auch ihre widersprüchlichen, ungleichen Lebenslagen. Es bedeutet auch, mögliche Gleichzeitigkeiten von Betroffenheitserfahrungen und Täterinnenschaft zu reflektieren. Die rechte Szene unterbreitet Angebote, eine real erlebte oder gefühlte Ohnmacht in Bezug auf Gewalt gegen Frauen zu überwinden, indem (vermeintliche) Täter benannt und Mädchen und Frauen Handlungsangebote unterbreitet werden. Was bleibt, sind die Forderungen nach Abschiebungen und stärkeren Grenzkontrollen statt einer differenzierten Debatte um sexualisierte Gewalt im Nah- und Familienbereich. Mädchen und Frauen wachsen in unserer Gesellschaft auf mit der permanenten Aufforderung, sich vor Männern »in Acht zu nehmen«. Gleichzeitig gibt es schwindend wenig Räume, über die damit einhergehenden Ängste und das Unwohlsein zu sprechen. Extrem rechte Narrative können hier ansetzen: Sie ersetzen die diffuse Bedrohung durch ein (vermeintlich) klares Täterprofil und unterbreiten gleichzeitig ein Angebot, sich dagegen zur Wehr zu setzen, versprechen gar eine starke Gemeinschaft. Motive von Mädchen und Frauen, sich extrem rechten Szenen zuzuwenden, sind so divers wie es weibliche Lebensrealitäten sind – und nicht selten mit diesen verknüpft: Die Entlastung von der Doppelbelastung Job und Familie gleichzeitig bestreiten zu müssen – »in völkischen Lebenswelten kannst du ohne schlechtes Gewissen nur Mutter sein« –, kann dabei ebenso Motivation sein wie das Bedürfnis, »Action« und Tabubrüche zu erleben, was Mädchen anderenorts nicht zugestanden wird. Es braucht somit Wege, insbesondere Mädchen und junge Frauen zu entlasten von Anforderungen und Einschränkungen des Frauseins in einer Gesellschaft, in der sie nach wie vor nicht vollumfänglich gleichgestellt sind. Es braucht Angebote für Mädchen und Frauen, Konflikte und Erfahrungen fehlender Anerkennung anders zu lösen als in der Abwertung anderer.

Dies ist eine überarbeitete Version des Beitrags »Frauen und Mädchen in der extremen Rechten«. Die Erstveröffentlichung des Beitrags erfolgte im Magazin »Gegenpol« der Vielfalt-Mediathek (www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6857/m-dchen-und-frauen-in-der-extremen-rechten.html).

Juliane Lang, M.A. Gender Studies/Erziehungswissenschaft, arbeitet wissenschaftlich, journalistisch und in der politischen Bildungsarbeit zu Themen rund um Rechtsextremismus und Geschlechterverhältnisse. Sie ist Mitglied im *Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus*. Aktuell forscht sie an der Universität Gießen zu »Weiblichkeitskonstruktionen und Vorstellungen von Mutterschaft bei Protagonistinnen der völkisch-nationalistischen Rechten – Perspektiven für eine geschlechtersensible politische Bildung«.

Antifeminismus als Demokratiegefährdung?! Gleichstellung in Zeiten eines erstarkenden Rechtspopulismus

Rechtspopulismus und Menschenfeindlichkeit als Herausforderungen für die Gleichstellungsarbeit

In Deutschland erstarkt und formiert sich seit einigen Jahren eine Neue Rechte, die sich unterschiedlichen ideologischen Strömungen – vor allem Antiliberalismus und Antimodernismus, Rechtskonservativismus und Rassismus, völkischem Nationalismus, Antisemitismus und in Teilen auch Rechtsextremismus – zuordnen lassen. Vertreter*innen rechtspopulistischer bis extrem rechter Bewegungen können dabei auf teils prominente Stichwortgeber*innen aus der Wissenschaft, aus unterschiedlichen Parteien sowie aus Funk und Fernsehen zurückgreifen. Eingebettet ist diese Formation in eine gegenwärtige gesellschaftliche Stimmung, die eine Normalisierung von Rassismus und Antifeminismus befördert. Dazu gehören zahlreiche Anschläge auf Geflüchtete und deren Unterkünfte, auf Moscheegemeinden und ehrenamtliche wie professionelle Unterstützer*innen sowie Einschüchterungen und Gewalt gegen Feminist*innen, Minderheiten, politische Gegner*innen auf der Straße oder im Netz, gegen Journalist*innen, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen.

Im Zuge der Ausweitung und Ausdifferenzierung rechtspopulistischer und extrem rechter Bewegungen differenzieren sich auch Akteur*innen und ihre jeweiligen (geschlechter-)politischen Positionen aus. Gemein ist ihnen, dass die Kategorie Geschlecht innerhalb dieser Lebenswelten eine signifikante Rolle spielt. Dabei gilt eine Orientierung an traditionellen Geschlechterrollen, -eigenschaften und -fähigkeiten; soziale Positionen werden qua Geschlecht zugeordnet. Rechtspopulistische und extrem rechte Bewegungen verfolgen also ein differenztheoretisches beziehungsweise biologistisches Modell. Davon abweichende Lebensweisen und Identitäten werden als unnatürlich diffamiert und bekämpft. Ein ganz wesentliches Fragment der Ideologien rechter Bewegungen ist folglich der Antifeminismus.

EIN ERSTARKENDER RECHTSPOPULISMUS BEDEUTET AUCH EIN ERSTARKEN DES ANTIFEMINISMUS

Der Kampf um die Gleichstellung der Frau ging immer auch mit Gegendiskursen und Gegenbewegungen einher, so auch heute: Seine Gegner*innen machen den Feminismus für persönliche Probleme (zum Beispiel Ehescheidungen) sowie für wirtschaftliche und soziale Probleme von Frauen und der Gesellschaft insgesamt verantwortlich. Antifeminismus richtet sich gegen Feminismen und ihre jeweiligen politischen Ziele. Er kann also gegen Feminismus als kollektive Bewegung – mit zum Teil fundamentalen Ideen für gesellschaftliche Veränderungen – gerichtet sein und ebenso gegen die konkrete gesetzlich verankerte kommunale Frauen- und Gleichstellungsarbeit. Zu den Hauptbestandteilen gegenwärtiger antifeministischer und rechtspopulistischer Politiken zählt die Bekämpfung der Geschlechtergerechtigkeit, des Feminismus und der vielfältigen Lebensentwürfe von Frauen und Familien. Ebenso gehört dazu die Bekämpfung von Frauen- und Geschlechterforschung und die Ablehnung der Gleichberechtigung von Homosexuellen und Trans*. Kennzeichnend ist außerdem die permanente Diffamierung der Emanzipation gesellschaftlicher Gruppen als übertriebene Political Correctness.

Antifeministische Ressentiments werden derzeit vor allem entlang von Rassismus und Islamfeindlichkeit und im Kontext der Bewahrung vermeintlich traditioneller, konservativer oder christlicher Werte geschürt. Sie finden hohe Resonanz und Anschlussfähigkeit in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Signalwörter und Diskursstränge können eine Brückenfunktion zwischen extrem rechten Bewegungen und dem Mainstream einnehmen. Dann werden beispielsweise feministische kinderlose Frauen als »verbitterte Karrierefrauen« verächtlich und für den Geburtenrückgang verantwortlich gemacht; der »Gender-Wahn« und die rassistische Figur des »übergriffigen Fremden« werden konstruiert; Gewalt an Frauen wird als allein durch eingewanderte junge Männer verursacht dargestellt, woran wiederum die Feminist*innen schuld seien, da sie Migration befürworten.

Hinzu kommen Diskussionen um das Thema Gender. Der »Antigenderismus« des Rechtspopulismus tritt hier als eine Spielart des Antifeminismus zutage. Der Frauen- und Geschlechterforschung beziehungsweise den Gender Studies spricht er ihre Wissenschaftlichkeit ab; zudem zieht er massiv gegen die liberale Idee einer Geschlechtervielfalt zu Felde. Schließlich wendet er sich unter dem Kampfbegriff der »Frühsexualisierung« gegen eine plurale Sexualerziehung.

Ein wesentliches Fragment der Ideologien rechter Bewegungen ist der Antifeminismus.

Im Rechtspopulismus finden sich durchaus auch heterogene Auffassungen, was die Rolle von Frauen, das Ziel ihrer gesellschaftlichen Aufwertung oder gar die Frage des Feminismus – beziehungsweise dessen, was darunter verstanden wird – betrifft. Sie changieren zwischen zwei Polen. Einerseits ist der Feminismus ein massives Feindbild; er sei schuld an Migration und damit an einer angeblichen »Überfremdung«. Andererseits wird eine nationalistische Frauenrolle proklamiert: Mit biologistischen und ultrakonservativen Argumentationen werden Mutterschaft und vermeintlich typisch weibliche Eigenschaften aufgewertet. Rechtskonservative bis extrem rechte Frauen werden als »wahre Feministinnen« inszeniert, die – im Gegensatz zu »Fake-Feministinnen« – »deutsche Frauen« vor sexualisierter Gewalt durch »Fremde« schützten. Vor allem letztere Argumentation hat gegenwärtig Konjunktur und verfügt über ein enormes Mobilisierungspotential bis weit in konservative und bürgerliche Kreise der Gesellschaft hinein.

Frauen selbst spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, antifeministische Ziele und geschlechterpolitische Themen zu transportieren. Sie geben antifeministischen oder sexistischen Argumentationen Gewicht – nach dem Motto: »Wenn sogar eine Frau das sagt, ...«. Außerdem geben sie extrem rechten Bewegungen ein weibliches, vermeintlich friedfertiges Gesicht und machen sie damit anschlussfähig an die gesellschaftliche Mitte. Geschlechterpolitische Fragestellungen und sogenannte Frauenthemen werden in (neu)rechten Bewegungen – auch von weiblichen Vertreter*innen – ambivalent verhandelt. Die propagierten Geschlechterbilder und die zugrunde liegenden sexistischen Ideologien einerseits, die Vereinnahmung feministischer Anliegen sowie die aktive politische Rolle von Frauen innerhalb der Bewegung andererseits führen zu einer widersprüchlichen Gemengelage.

ANTIFEMINISMUS ALS DEMOKRATIEGEFÄHRDUNG ERNSTNEHMEN

Frauenfeindlichkeit, Misogynie, Frauenhass oder Sexismus nehmen sehr unterschiedliche Gestalten und Formen an, und sie sind sehr viel älter als der Antifeminismus. Frauenfeindlichkeit kann aber als Mittel eingesetzt werden, um Antifeminismus durchzusetzen. Vor allem dann, wenn sie als Feministinnen das Wort ergreifen, werden Frauen massiv eingeschüchtert und sollen so zum Schweigen gebracht werden. In welch erschreckendem Ausmaß und mit welcher Heftigkeit Gewalt, Vergewaltigungen oder sexualisierter Mord angedroht werden, können vor allem frauenbewegte Politiker*innen und Netzfeminist*innen berichten. Es lässt sich fragen, ob Hetze und Diffamierungen in sozialen Medien und in den Kommentarspalten der Zeitungen sowie sexistische Äußerungen mächtiger Politiker, wie beispielsweise Donald Trump, als Ausdruck einer Normalisierung von Sexismus und Antifeminismus verstanden werden müssen. Andererseits lässt sich gegenwärtig aber auch ein Anstieg feministischer Aktivitäten und Erfolge ausmachen. Dazu gehören sowohl der Aufstieg eines populären Feminismus, der durch prominente Schauspieler*innen vertreten wird, als auch Debatten und Konsequenzen aus #MeToo, #Aufschrei oder #TimesUp.

Nicht jede Kritik an Feminismus und feministischen Zielen ist antifeministisch; Feminismus ist dynamisch und befindet sich in einem Prozess ständiger Veränderung. Der Kampf für Frauenrechte und gegen Sexismus verbindet sich jedoch seit jeher mit dem Kampf für Menschenrechte und gegen weitere Formen der Diskriminierung und Hierarchisierung wie Rassismus, Kapitalismus, Nationalismus, Kolonialismus oder Heterosexismus. Dieses ideelle Verständnis von Feminismus ist mit antiliberalen, antimodernen und rassistischen Vorstellungen extrem rechter Bewegungen und Politiken nicht vereinbar. Der Anstieg und die Verschärfung einer antifeministischen und frauenverachtenden gesellschaftlichen Stimmung, Gegendiskurse zur Gleichstellung von Mann und Frau sowie genderbezogene Aggressionen müssen im Blick behalten werden und als das bezeichnet und bekämpft werden, was sie sind: antidemokratisch.

Judith Rahner hat Gender Studies, Musik- und Erziehungswissenschaften studiert und ist bei der Amadeu Antonio Stiftung für Rechtsextremismusprävention zuständig. Sie leitet im Rahmen des *Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention* den Projektbereich zur Stärkung der bundesweiten Zivilgesellschaft und ist Leiterin der Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus, die mit einem Fokus auf Gender-Bildungsarbeit, Politik und Medien im Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit berät und schult.

Rechtspopulismus und Gender

Zur Kampagne »GENDER.ismus«

Als 2013 die Orientierungshilfe der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit dem Titel »Zwischen Autonomie und Angewiesenheit: Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken« erschien, schlugen die Wellen hoch. Das Papier beschrieb ganz sachlich die existierende Vielfalt von Familienformen, jedoch wurde es vielfach als ein Angriff auf die heterosexuelle Ehe als vermeintliches Leitbild der Evangelischen Kirche interpretiert. Die öffentliche Debatte machte deutlich, dass etliche Menschen von der evangelischen Kirche eine konservative Haltung zu Ehe und Familie erwarteten. Zeitgleich erstarkten in ganz Europa rechtspopulistische und neokonservative Strömungen, die neben offen rassistischen Positionen auch eine rückwärtsgewandte Geschlechterpolitik vertraten.

Zunehmend wurde die Frage virulent, ob es auch innerhalb der evangelischen Kirche Gruppen gibt, die mit rechtspopulistischen Positionen sympathisieren, und wenn ja, warum. Eine Vermutung ist, dass es weniger die rassistischen Haltungen sind als vielmehr die stereotype Auffassung von Geschlechterbildern, die Parteien wie die AfD für evangelische Christ*innen attraktiv macht. Die scharfen rechtspopulistischen Attacken gegen eine liberale Geschlechterpolitik und ihre theoretischen Grundlagen, die rechte Fabrizierung eines angeblichen »Genderismus«, der bekämpft werden müsse, veranlassten uns, das *Evangelische Zentrum Frauen und Männer*, 2016 die Kampagne »GENDER.ismus« zu starten (http://gender-ismus.de). Sie wurde gefördert aus Mitteln der EKD sowie des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.

Bei Gender geht es im Wesentlichen um Geschlechtergerechtigkeit und darum, dass alle Menschen ihr Leben in Vielfalt so gestalten können, wie sie möchten – die einen so, die anderen so. Was ist dann »Genderismus«? Im Zentrum der Kampagne steht unser Flyer, konzipiert von der Kampagnenleiterin Ruth Heß. Er erklärt kurz und präzise, wie der herrschafts- und ideologiekritische Begriff »Gender« von rechtspopulistischen Diskursen auf den Kopf gestellt und selbst zu einer Ideologie erklärt wird, die vorgeblich nicht Freiheit beinhaltet, sondern Zwang »von oben«. Aus dem Fachbegriff wird so ein Stigma. Dämonisierung und Karikierung sind zwei zentrale Werkzeuge, die rechtspopulistische Kräfte einsetzen, um Gender zu diskreditieren. Es ist wichtig zu verstehen, wie diese Fabrikation des Pappkameraden »Genderismus« funktioniert, um wirkungsvolle Gegenstrategien entwickeln zu können.

Was tun? Ein Aspekt des Flyers beschreibt, wie wir konkret mit Angriffen auf Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt umgehen können: auf der Sachebene bleiben, nachfragen, Konkretionen fordern und Widersprüche aufdecken. Höchstwahrscheinlich werden diese Tipps nicht dazu führen, dass rechtspopulistische Hardliner ihre Meinung ändern, vielmehr geht es – wie so oft – um die anderen, die still zuhören, die auf Facebook mitlesen, ohne sich selbst zu äußern. Sie nachdenklich zu machen ist das Ziel der Kampagne.

Der Flyer ist kostenfrei erhältlich, und bisher wurden circa 85.000 Stück verteilt – nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich und der Schweiz. Die Evangelische Kirche in Italien hat um eine Fassung in italienischer Sprache gebeten; sie sollte ab September zur Verfügung stehen. 2017 erschien eine epd-Dokumentation (Nr. 42) mit dem Titel »Gender Gaga?! Kritische Analysen der Anti-Gender-Bewegung und Gegenstrategien für die Kirche«, in der Ruth Heß ihre Forschungsergebnisse präsentiert.

Der Bedarf an sachlicher Information ist in den letzten Jahren seit Beginn der Kampagne gestiegen, das zeigen die Bestellungen des Flyers und die Zugriffszahlen auf die Kampagnenwebsite. Darüber hinaus besteht für die EKD, die sich Geschlechtergerechtigkeit als evangeliums-gemäßen Wert auf die Fahne geschrieben hat, die Herausforderung, theologisch auf die tiefgreifenden Veränderungen auf dem Feld der Geschlechterverhältnisse zu reagieren. Rechtspopulist*innen rekurrieren auch auf die Bibel, die ihres Erachtens eine von Gott gewollte hierarchisch strukturierte Zweigeschlechtlichkeit festschreibt. Welche Schöpfungslehre entfaltet evangelische Theologie vor dem Hintergrund geschlechtlicher Vielfalt? Und wie verträgt sich die Rede von der »(heterosexuellen) Ehe als Leitbild« mit der Vielfalt von Lebensformen und Sexualitäten? Die Verfestigung des Rechtspopulismus in Deutschland macht eine Sprachfähigkeit der EKD zu diesen Fragen umso dringlicher.

Dr. Eske Wollrad, Theologin, ist Geschäftsführerin des *Evangelischen Zentrums Frauen und Männer gGmbH*. Sie promovierte zu afroamerikanischer feministischer Theologie.

»Wir stehen für die Kirche, in der jeder Platz hat und die eine Kirche ist, die uns auch selbst begeistert.«

Ellen (l.) und Stefanie Radtke sind Pastorinnen im niedersächsischen Eime.

Mit ihrem YouTube-Kanal »Anders Amen« lotet das Pastorinnenpaar Stefanie und Ellen Radtke die Grenzen der evangelischen Kirche aus und setzt sich für ihre Vision einer Kirche ein, in der auch queere Menschen einen Platz haben. Ute Brenner hat sie nach ihren Zielen gefragt.

Ute Brenner: Mitte Januar haben Sie Ihren eigenen YouTube-Kanal gestartet. »Anders Amen« heißt das Format, in dem Sie über Gott und die Welt reden, aber auch ganz Privates erzählen – wie kam es zu der Idee?
Ellen Radtke: Wir haben uns schon seit Längerem über verschiedene konservative Social-Media-Kanäle zum Thema Kirche aufgeregt. Da geht es um Enthaltsamkeit, darum, jungfräulich in die Ehe zu gehen, oder um Höllenstrafen. Was da gezeigt wird, ist oft sehr restriktiv. Die konkrete Idee entstand, als wir auf einem Empfang Mitarbeiter*innen des Evangelischen Kirchenfunks kennengelernt haben. Es wurde Apfelwein getrunken und wir haben miteinander herumgesponnen. Wir hatten die Idee einer Daily Soap, die sollte »crazy holy life« heißen. Am nächsten Tag, als wir alle wieder nüchtern waren, kam von den Kirchenfunkleuten eine E-Mail, sie würden tatsächlich gern etwas mit uns machen. Und dann haben wir losgelegt.

Wen wollen Sie mit den Videos erreichen?
Stefanie Radtke: Wir hatten zunächst queere Menschen Anfang der Zwanziger im Blick, die kaum noch ein Vaterunser aufsagen können. Für uns ist es wichtig, diese Zielgruppe im Hinterkopf zu haben, weil mittlerweile von außen viele Ansprüche und Ideen an uns herangetragen werden, die oft nicht dazu passen. Inzwischen haben wir gemerkt, dass wir aber auch andere Menschen mit unseren Themen ansprechen.

Verstehen Sie sich als Botschafterinnen für eine queere Kirche?
Ellen Radtke: Wir stehen für die Kirche, in der jeder Platz hat und die eine Kirche ist, die uns auch selbst begeistert. Die vielen klassischen Gemeindeformen und das typische Gemeindeleben passen für uns beide nicht so gut, weil wir als lesbisches Paar darin nicht vorkommen. Noch haben wir keine Kinder – erst in drei Monaten ist es soweit – das heißt, wir waren bisher auch nicht als Eltern angesprochen. In den üblichen Sonntagsgottesdiensten habe ich für mich keinen Ort gefunden. Aber im Gemeindepfarramt leben wir trotzdem unsere Vision einer Kirche, die auch mal laut ist, die offen ist, in der auch Partys gefeiert werden, die Freude am Leben hat. Genau für diese Vision stehen wir auch bei YouTube ein: für eine Kirche, die kein Blatt vor den Mund nimmt, die nicht Traditionen über Kommunikation stellt.

Die Medien überschlagen sich mit Lob und Berichterstattung, genauso wie viele User*innen, die Sie als die »coolsten Pastorinnen Deutschlands« feiern: Haben Sie damit gerechnet, dass es so einen großen Hype um Ihre Videos geben wird?
Ellen Radtke: Ich weiß nicht, ob wir das gemacht hätten, wenn wir gewusst hätten, was auf uns zukommt. Wir sind Kirche und die Medien hypen Kirche normalerweise nicht so. Unser Ziel war es, in den ersten sechs Monaten 1.000 Follower zusammenzubringen. Dann hatten wir nach der ersten Woche schon die tausend voll. Wir haben zwischendurch nachgedacht, ob wir das Projekt abbrechen sollen, weil es zu groß wird und wir das zeitlich nicht mehr schaffen, denn wir machen das ehrenamtlich neben unseren Vollzeitjobs.
Stefanie Radtke: Wir dachten auch, nach zwei Wochen ist es mit dem Interesse vorbei. Aber es hörte und hört nicht auf. Das hätten wir niemals gedacht, wir sind doch »nur« Dorfpastorinnen aus Eime.

Sie haben mit ihrem YouTube-Auftritt offenbar den Nerv bei vielen User*innen getroffen.
Ellen Radtke: Wir haben eine Lücke gefüllt. Ganz offen und schamlos für Kirche einzutreten, das hat bisher vielleicht gefehlt. Und wir können offenbar so reden, dass die Menschen uns verstehen.

Wir verfallen nicht in diesen »Theologensprech«, den wir an der Uni gelernt haben und uns im Vikariat wieder hart abtrainiert haben.

Es gibt aber auch kritische Stimmen und Hasskommentare auf YouTube – wie gehen Sie damit um?
Stefanie Radtke: Wir wollen deutlich machen, dass es auch homophobe und radikale Christen gibt. Das leistet »Anders Amen«, indem es diese Stimmen sichtbar macht und sagt: Nein, liebe Kirche, nur weil wir lesbische Pastorinnen sind und die Kirche uns bezahlt, ist nicht alles gut. Darum legen feindliche und beleidigende Kommentare auf YouTube eigentlich nur das offen, was wir immer erleben.
Ellen Radtke: Viele Leute sind echt unkreativ. Die kopieren immer die drei gleichen Bibelstellen, die belegen sollen, dass die Bibel vermeintlich nur Heterosexualität vorgibt, und schreiben das dann in ihre Kommentare. Wir lachen mittlerweile darüber. Aber nachdem wir die Schwangerschaft bekanntgegeben hatten, wurde es krass. Leute haben geschrieben, sie wünschten, dass es eine Missgeburt wird. Damit wir wissen, wie lästerlich unser Leben ist. Das war heftig für mich. Da dachte ich: Es geht hier um ein ungeborenes Leben und ihr nennt euch Christen. Es gab Momente, in denen ich das kaum mehr ertragen habe.

Sie leben seit 2017 in dem niedersächsischen Dorf Eime – wie reagieren die Einwohner*innen auf Ihren YouTube-Kanal?
Stefanie Radtke: Am Anfang haben wir das der Gemeinde gar nicht gesagt, weil wir dachten, wir starten einen Social-Media-Kanal und das interessiert niemanden. Aber als das dann durch alle Medien ging, hat das natürlich jeder mitbekommen. Mittlerweile haben sich die Leute daran gewöhnt und die unterschiedlichen Generationen setzen sich mittwochs abends zusammen, um das neue Video anzuschauen. Viele sind auch stolz, weil Eime so bekannt geworden ist.
Ellen Radtke: Es gibt natürlich auch Stimmen, die sagen, als Pastorin sollte man nicht mit so privaten Dingen an die Öffentlichkeit gehen. Das sind die Leute, die sich auch beschweren, wenn wir beim Dorffest mitfeiern, bis das Licht angeht, oder wenn wir mit den Jugendlichen mal Döner essen, statt nur in der Bibel zu lesen.

Sie haben auf YouTube Ihren Kinderwunsch thematisiert – wie waren die Reaktionen darauf?
Ellen Radtke: Als wir über die Samenspende gesprochen haben, hatten wir schon Sorgen, was gesagt wird, aber die meisten fanden das gar nicht so schlimm.
Stefanie Radtke: Das Gute ist, dass jedes Thema irgendwer gut findet. Dann mokiert sich jemand und ein anderer sagt, genau das fand ich interessant. Wir haben mit der Samenspende auch neue Leute angesprochen, nämlich Heterosexuelle, die keine Kinder bekommen können, die nie über Samenspende oder künstliche Befruchtung reden und auch niemanden haben, mit dem sie darüber sprechen können.

Sie geben sehr viel aus Ihrem privaten Leben preis, warum machen Sie das?
Stefanie Radtke: Das sehe ich anders, denn wir zeigen nicht unser Schlafzimmer. Wir beantworten im Grunde nur Fragen, die

Küssen auf dem Kirchturm von Eime: Stefanie und Ellen Radtke erwarten im Herbst ihr erstes Kind.

uns sowieso gestellt werden. Ich möchte nicht, dass diese Fragen später unserem Kind gestellt werden. Alle wissen jetzt, dass Ellen nicht mit einem Mann geschlafen hat, sondern dass wir eine Samenspende aus Dänemark bekommen haben. Fertig!
Ellen Radtke: Sobald man anders ist, verlieren viele Menschen Hemmungen. Ich vergleiche das immer mit Schwarzen Menschen, die mir erzählen, dass sie ständig gefragt werden, ob man in ihre Haare greifen darf und das wird dann auch einfach getan, ohne die Antwort abzuwarten. Diese Übergriffigkeit gegenüber Menschen, die man als anders wahrnimmt, ist unglaublich krass. Das erleben Regenbogenfamilien, die hemmungslos gefragt werden, wie sie zu dem Kind gekommen sind. Wenn wir also über solche Dinge in der Öffentlichkeit sprechen, ist der Grund auch Selbstschutz. Schön wäre es natürlich, wenn wir in einer Welt leben würden, in der wir normal wären und diese Offensivität nicht bräuchten. Aber da sind wir noch lange nicht, gerade sind wir eher an einem Punkt, an dem es Rückschritte gibt.

Wie queer soll Kirche sein? Was wünschen Sie sich von Ihrer Kirche?
Ellen Radtke: Wenn bei uns Gottesdienst gefeiert wird, dann sitzen da die Geschiedenen, die Patchworkfamilien, die Alleinstehenden, die Witwen, die Eltern ohne Kinder, die aber ihre Eltern pflegen, kinderlose Singles. Die Kirche soll so kommunizieren, dass sich alle angesprochen fühlen, und die jeweilige Entscheidung für die eigene Lebensform nicht als defizitär wahrgenommen wird. Ich wünsche mir Sensibilität und das Verständnis dafür, dass eine Familie nicht automatisch Mama, Papa, Kind ist, sondern auch Mama, Mama, Kind sein kann – oder etwas ganz anderes.

Wo bietet Kirche noch das Dach, so coole Sachen umzusetzen wie den YouTube-Kanal »Anders Amen«, also welche Netzwerke oder Bündnisse gibt es zum Beispiel?
Stefanie Radtke: Für die Kommunikation auf Social Media gibt es »yeet«, ein Netzwerk ganz unterschiedlicher evangelischer Stimmen, das gerade noch wächst und auf Insta und YouTube sichtbar ist. Auf Twitter finden sich viele Diskussionen und Ideen unter #digitalekirche. Aber ansonsten gilt, was evangelisch immer gilt: Einfach machen!

Ellen und Stefanie Radtke leben gemeinsam in dem niedersächsischen Dorf Eime. Beide sind Pastorinnen. Stefanie Radtke betreut seit 2017 die Gemeinde. Ellen Radtke kümmert sich für die Evangelische Landeskirche in Niedersachsen um das Thema Digitalisierung. Im Oktober erwarten die beiden ihr erstes Kind.

Ute Brenner, Historikerin und Redakteurin, ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Was ist Sexismus?

Über Macht, Gewalt und männliche Sexualität

Die überkommenen Geschlechterverhältnisse scheinen in den zurückliegenden Jahrzehnten durch gleichstellungspolitische Fortschritte heftig in Bewegung geraten zu sein. Diese Veränderungen bleiben jedoch weitgehend an der Oberfläche, solange die tieferen Strukturen einer nach wie vor hierarchischen Geschlechterordnung grundsätzlich unangetastet bleiben. Die Gleichzeitigkeit von Modernisierungen sowie von rückwärtsgerichteten Beharrungskräften und Gegenbewegungen zeigt sich beispielhaft in den immer wiederkehrenden öffentlichen Sexismus-Debatten. So auch aktuell im Umgang mit der weltweiten #MeToo-Kampagne.

Auffällig an diesen Debatten ist zunächst einmal das weitgehende Fehlen einer klaren Definition von »Sexismus« und seiner Abgrenzung vom sogenannten »Flirten«: Ein Frauen gleichzeitig begehrender und verachtender Sexismus hat nichts mit Flirten, mit erotischem Spiel auf Augenhöhe und im wechselseitigen Respekt zu tun. Daher ist die verbreitete Klage unsinnig, Männer seien durch den Erfolg des Feminismus so verunsichert, dass sie nicht einmal mehr Komplimente zu machen wagten. Zwischen Sexismus und Flirten gibt es keinen fließenden Übergang, wohl aber zwischen Alltagssexismus und manifester sexueller beziehungsweise sexualisierter Gewalt. Sexismus ist somit vor allem als Sammelbezeichnung für alle Varianten sexueller Aggressivität gegenüber Mädchen und Frauen zu verstehen, die in Gesellschaften mit männlicher Vorherrschaft weiterhin als Objekt und potenzielle Beute des männlichen Zugriffs wahrgenommen und behandelt werden. Die Abstufungen in den Erscheinungsformen des Sexismus reichen vom anzüglichen Spruch, der sexuellen Anmache, dem Belästigen, dem Begrapschen bis hin zum zerstörerischen Übergriff durch Vergewaltigung. Damit wird ein Festhalten an dem beschwichtigenden Irrglauben hinfällig, Sexismus sei weitgehend harmlos und habe mit sexueller Gewaltförmigkeit absolut nichts zu tun.

In diesem Zusammenhang wird ein weiteres Defizit der Sexismusdebatten deutlich: eine Verkürzung der Motive sexuell übergriffiger Männer auf ein reines Machtproblem. Denn es geht nicht ausschließlich um Machtausübung, sondern auch und gerade um die vorherrschenden Ausgestaltungen der heteronormativen männlichen Sexualität in männlich bestimmten Gesellschaften, die bereits grundlegend aggressiv und feindselig aufgeladen ist. Dies wird in den aktuellen Diskussionen weitgehend ausgeblendet oder als unveränderbare Biologie verkannt und zuweilen sogar als unbändige männliche Verführungskunst positiv gerechtfertigt. Mit einer solchen Naturalisierung der Geschlechterungleichheiten wird sexuelle und sexualisierte Gewalt in letzter Konsequenz als unausweichlich verklärt. Diese Rechtfertigung der sexuellen Aggressivität des Mannes reiht sich gut in die verbreiteten Klagen über seine Verunsicherung und die damit einhergehende Forderung ein, die Männer müssten ihren aus biologischen Gründen angestammten Platz in der Geschlechterhierarchie wieder einnehmen.

MÄNNLICHKEIT ALS EIN FRAGILER UND KRISENANFÄLLIGER ZUSTAND, DER BEI KONFLIKTEN NOTFALLS MIT GEWALT »REPARIERT« WERDEN MUSS

Verkannt wird damit vor allem die trotz aller Fortschritte nach wie vor geltende »geistige und moralische Vorherrschaft von männlichen Wert- und Ordnungssystemen«, die an die »Produktion einer hierarchischen Kultur der Zweigeschlechtlichkeit« gebunden ist und einen grundlegenden Kern aufweist: Das »Männliche gilt als Norm und gegenüber dem Weiblichen als überlegen« (Sylka Scholz), das Weibliche dagegen weiterhin als untergeordnet, nachrangig und weniger wert. Dieses System der männlichen Vorherrschaft ist tief in der kulturellen Ordnung der Gesellschaft und in den weitgehend unbewussten Wahrnehmungs- und Einstellungsmustern der Einzelnen (nicht nur der Männer) verankert. In männlich dominierten Gesellschaften unterliegen Männer nach wie vor dem Druck, Unterschiede gegenüber den Frauen zu betonen, sie zu bewerten und sich damit nicht nur als ein anderes, sondern grundsätzlich als das »wichtigere« und überlegene Geschlecht zu »setzen« und diese Selbstsetzung »im Notfall« zu beweisen. Als kulturelles und als psychosoziales Konstrukt gilt Männlichkeit vor diesem Hintergrund als ein fragiler und krisenanfälliger Zustand, der bei Konflikten, die immer auch als Krise der Männlichkeit erlebt werden, notfalls mit Gewalt »repariert« werden muss. Das heißt: Im Zentrum des Selbstverständnisses einer auf hierarchischen Geschlechtergegensätzen aufgebauten Kultur steht das Bild einer intakten und autonomen, aber immer wieder bedrohten Männlichkeit.

Statue des griechischen Sonnengottes Apollon in Athen.

Diese Bedrohung zeigt sich insbesondere auf dem Feld der Sexualität. Sein der Norm der Heterosexualität unterliegendes und somit auf Frauen gerichtetes Begehren macht den Mann im hohen Maße abhängig: abhängig von seinem eigenen Begehren und damit gleichzeitig abhängig von den Frauen, an die seine Sexualität fixiert bleibt. Der Mann ist unter diesen Bedingungen nirgends schwächer – und (scheinbar) einer fremden Kontrolle unterworfen – als auf dem Feld der Sexualität. Diese normative heterosexuelle Orientierung unterwirft den Mann einem unausweichlichen Dilemma: einem nicht auflösbaren Gegensatz von zwanghaftem Autonomiewunsch und einer tief sitzenden Abhängigkeitsangst. Die Folge ist die Entwicklung einer im Krisenfall kampfbereiten Abwehrhaltung, deren unbewusster Kern eine ambivalente, aus Angst, Lust und Hass gekennzeichnete Einstellung zu allem Bedrohlichen ist, das als Schwäche, als nichtmännlich empfunden, als »weiblich« definiert, Frauen angeheftet und nun im Außen als »Notwehr« energisch bekämpft werden kann. Hier liegt eine der wichtigsten Quellen für alle Formen des alltäglichen Sexismus bis hin zu manifester sexueller und sexualisierter Gewalt. Denn im Selbstverständnis des vermeintlich autonomen und überlegenen Geschlechts sind diejenigen, die Quelle von Begierde und Lust sind, gleichzeitig, gerade weil sie es sind, offenbar die größte Quelle von Unlust und Angst. Mit sexueller Gewalt wird somit unbewusst zweierlei erreicht: eine Befriedigung ohne Kontrollverlust und eine Bestrafung der Frauen für das Begehren, das sie (vermeintlich) im Mann auslösen. Bei allen Erscheinungsformen des Sexismus geht es also nicht nur um männliche Macht, sondern auch und gerade um eine vorherrschende sexuelle Lust, in die Feindseligkeit und Gewaltförmigkeit bereits grundlegend und strukturell eingelagert sind.

Dieser Text ist eine gekürzte Fassung aus: medica mondiale e. V. (2019): »Kein Krieg auf meinem Körper – Fachbeiträge zu sexualisierter Gewalt, Trauma und Gerechtigkeit«, Köln, S. 12–13.

Professor Dr. Rolf Pohl studierte an der Universität Hannover Psychologie, Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie, wo er 1986 promoviert wurde und sich 1996 habilitierte. Bis 2017 war er Hochschullehrer im Fach Sozialpsychologie am dortigen Institut für Soziologie. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören im Bereich der Politischen Psychologie die Themen NS-Täter, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sowie im Bereich der Geschlechterforschung die Themen Sexismus, Männlichkeit, sexuelle Gewalt und männliche Jugend. Er ist Autor zahlreicher Publikationen.

»Die Männer hatten genauso Küchendienst. Die Frauen waren auch am Bagger.« Ein Blick auf Geschlechterfragen in der ASF-Geschichte

Fragen von Geschlecht und Sexualität prägten und prägen unsere Gesellschaft und damit auch Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Erinnerungen an vergangene Debatten um Arbeitsteilung, Gleichberechtigung und Diskriminierung sowie der Blick in Dokumente zeigen, dass diese Diskussionen in die Gegenwart hineinreichen – so der Eindruck von Christina Brinkmann.

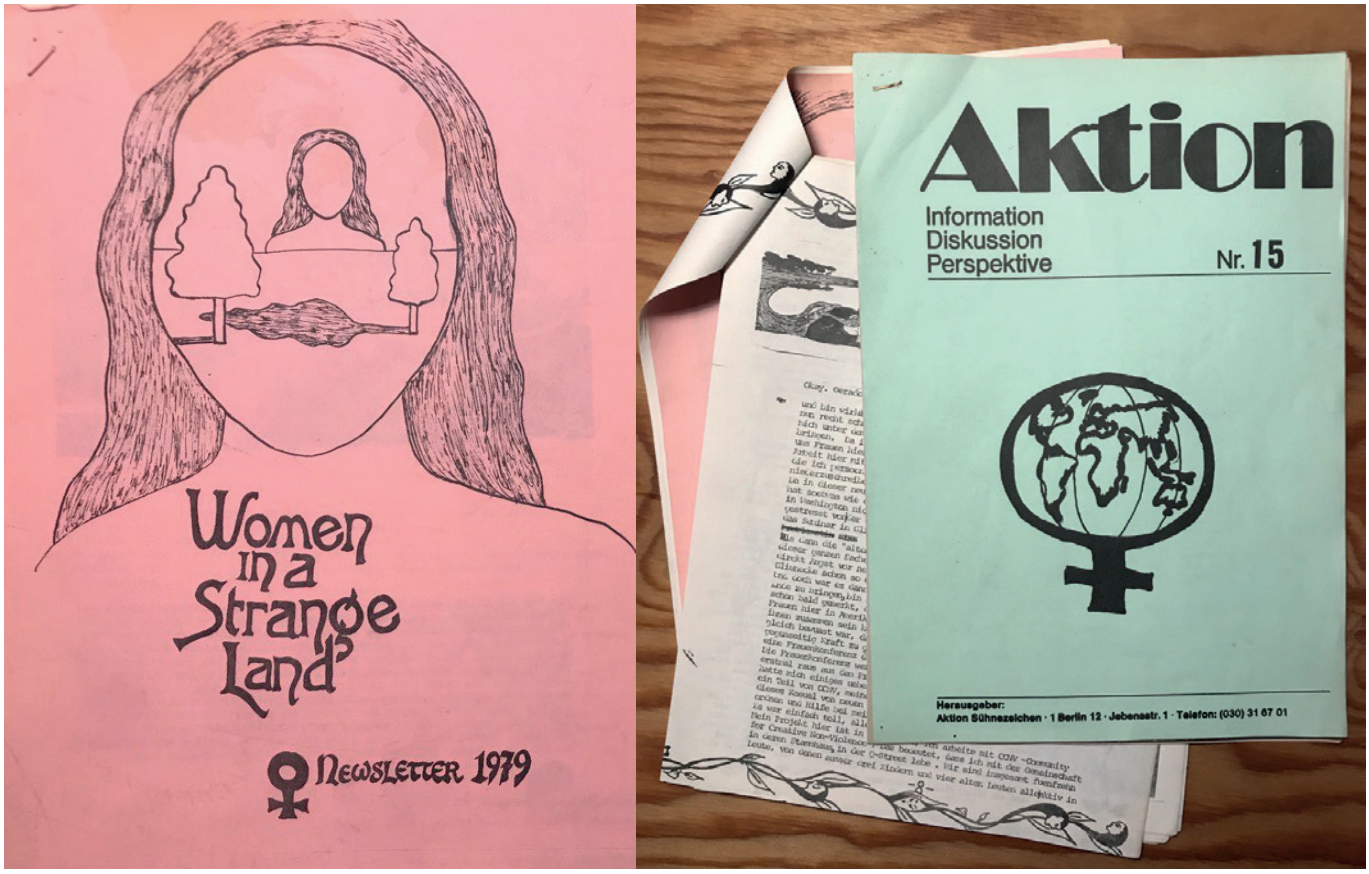
Ich öffne den großen, weißen Briefumschlag. Neben einem kurzen Brief enthält er zwei Stapel Papier, die jeweils nur mit einer Klammer zusammengetackert sind. Es sind zwei Publikationen, die ASF-Freiwillige herausgegeben haben: Auf dem rosa Titelblatt des einen steht neben einer Zeichnung der Titel »Women in a Strange Land. Newsletter 1979«, auf dem grünen Titelblatt des zweiten Papierstapels prangt außer dem Titel »Aktion. Information, Diskussion, Perspektive« das Symbol für das weibliche Geschlecht, in dessen Kreis eine Erdkugel eingefügt ist. Beide Newsletter stammen aus dem Jahr 1979, sie sind die ersten Quellen, die ich in den Händen halte, als ich beginne, zu Geschlechterfragen in der Geschichte von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zu recherchieren. Das Jahresthema von 2020 »On the basis of sex and gender« in der Geschichte von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zu suchen, habe ich mich aufgemacht. Die zwei Newsletter erhalte ich von einer ehemaligen Freiwilligen, die Ende der 1970er Jahre in den USA und darauffolgend als Freiwilligenvertreterin von ASF-West im Berliner Büro aktiv war. Die Texte der Newsletter thematisieren Gewalt gegen Frauen, die Erfahrungen von Frauen als Langzeitfreiwillige in verschiedenen Projekten und Ländern und die Rolle von Frauenbündnissen in der damals so wichtigen Friedensbewegung. Sie sind Zeitzeugnisse, auch in ihrer materiellen Präsenz: Maschinen- oder handgeschriebene Artikel, Zeichnungen, ausgeschnittene und kopierte Zeitungsartikel und Karikaturen sind auf dem mittlerweile vergilbten Kopierpapier zusammengefasst.

Im Evangelischen Zentralarchiv in Berlin finde ich auf meiner Suche weitere solcher Newsletter und andere Dokumente. Beim Lesen von Projektberichten denke ich auch an meine eigene Zeit als Freiwillige 2012/13 in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim. Die Arbeitsteilung in »meinem Projekt«, alle Koch- und Reinigungsarbeiten wurden in der Jugendbegegnungsstätte von Frauen erledigt, das Erfordernis, als junge Frau vor Gruppen selbstständig aufzutreten, die Themen der Gedenkstättenpädagogik – in allen Bereichen meines Freiwilligenjahres war die Kategorie »Geschlecht« wesentlich. Darüber nachzudenken und eine eigene Haltung zu entwickeln, war wichtiger Bestandteil meines Freiwilligendienstes. Dass ich damit nicht allein war, das wurde mir beim Lesen der Archivdokumente klar.

In meinen Recherchen zeigte sich, dass Geschlecht und sexuelle Orientierung stets gegenwärtige Themen bei Aktion Sühnezeichen waren, ob bewusst oder unbewusst. Weibliche Langzeitfreiwillige organisierten in den USA der 1970er Jahre separate Frauentreffen oder Frauenkonferenzen, in Berichten liest man über die ungleiche Behandlung von Männern und Frauen in Projekten oder es wird übergriffiges Verhalten männlicher Freiwilliger thematisiert.

Während meiner Recherche beginne ich auch, mit Frauen* zu sprechen, die zu unterschiedlichen Zeiten bei ASZ in der DDR oder ASF in der BRD aktiv waren. Ich höre Sätze wie: »Natürlich hatten wir diese starken Männer in der ASF-Geschäftsführung« oder »Jeder hat alles gemacht in den Sommerlagern. Die Männer hatten genauso Küchendienst. Die Frauen waren auch am Bagger.« Meine Fragen an die Gesprächspartner*innen sind geprägt vom retrospektiven Blick auf die Vergangenheit und dem Abgleichen mit der Gegenwart.

So diskutierte man ab Ende der 1980er Jahre bei ASF-West Quotierungen, um die Geschlechterverhältnisse in Gremien auszugleichen. Noch 1998 heißt es in einem Dokument zur Stellenbesetzung der Geschäftsführung: »Der Vorstand sei nicht an die



In Newslettern von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in den siebziger Jahren ging es immer wieder um das Thema »Frau« unter unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Aspekten – hier Titelblätter von 1979.

Dienstvereinbarung zur Quotierung gebunden, da diese nur vom Geschäftsführer und der Mitarbeitervertretung unterzeichnet worden sei. Darüber hinaus stelle die allein männliche Form in der Stellenbeschreibung keinen wirklichen Hinderungsgrund für potentielle Bewerberinnen dar. Diese müßten in Blick auf den Posten selbstbewußt genug sein, zudem gäbe es unterschiedliche Positionen zwischen ost- und westdeutschen Frauen in dieser Frage.« Heute muss bei ASF nicht mehr über Quotierung gestritten werden, der Großteil der hauptamtlich Arbeitenden sind Frauen*. Wenn damit zwar eine Forderung vergangener Debatten erfüllt ist, gibt es aber bei weitem kein Ausruhen auf den Erfolgen: Soziale Berufe wie die in der Freiwilligenarbeit werden heute zumeist von Frauen* ausgeführt und sind tendenziell schlechter entlohnt.

Diskussionen um Quotierung und geschlechtersensible Sprache, um eine Projektpolitik mit Schwerpunkten auf Organisationen im LGBT-Bereich, Unterschiede in den Geschlechterrollen in Ost- und Westdeutschland, tabuisierte Themen wie Schwangerschaftsabbruch und sexualisierte Gewalt – dies und vieles findet sich in der Geschichte von Aktion Sühnezeichen. Die Stimmen der Beteiligten zeigen, wie unterschiedlich das Erlebte heute erinnert, interpretiert und damit auf die Gegenwart bezogen wird. Für eine meiner Gesprächspartner*innen ist das Engagement für feministische Belange bis heute wichtiger Bestandteil ihres Lebens, eine andere zeigte sich zufrieden und äußerte Unverständnis gegenüber heutigen Forderungen. Denke ich an meine eigenen Sommerlagererfahrungen in den letzten Jahren, kam in den gemeinsam verbrachten Wochen häufiger die Frage auf, wieso Tätigkeiten wie Putzen und Kochen oft den weiblichen Teilnehmenden zugeordnet werden, während schwere handwerkliche Aufgaben als »Männersache« gelten. In den Gesprächen während meiner Recherche und beim Durchblättern des Archivmaterials wird mir bewusst, wie viel meine eigenen Erfahrungen bei Aktion Sühnezeichen mit dem zu tun haben, was bereits Geschichte ist.

In einer Gegenwart, die von patriarchalen Strukturen bis hin zu misogyner, homo- und transfeindlicher Gewalt geprägt ist, ist es wichtig, daran zu erinnern, welche Diskussionen um Geschlecht und Sexualität schon geführt worden sind. Um damit auf die Erfolge zu verweisen, die diese Kämpfe bisher hervorbrachten. Und um zu zeigen, dass Debatten wiederkehren, die schon geführt wurden. Daran schließt die Frage an, wieso diese historischen Debatten heute so wenig bekannt sind und wieso die Verhältnisse, die sie hervorbrachten, sich so wenig verändert haben. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte zeigt außerdem Leerstellen auf und kann damit neue Diskussionen hervorbringen. In den gegenwärtigen Diskussionen können wir einen radikalen feministischen Gestus gebrauchen. Auch der ist nicht neu. Einer der Newsletter-Texte der 1980er Jahre ist unterschrieben mit dem Slogan: »VIVA LA REVOLUCIÓN DE LAS MUJERES«. Dem würde ich nur noch ein Sternchen hinzufügen.

Christina Brinkmann ist Mitglied des Leitungskreises der Sommerlagerarbeit. Sie hat 2012/13 als Freiwillige in der IJBS Oświęcim/Auschwitz gearbeitet. Seit sie in Halle studiert, ist sie Teil der dortigen Regionalgruppe. Sie freut sich über weitere Hinweise, Kommentare und Erinnerungen zu Geschlechterfragen in der Geschichte von ASF. Schreiben Sie an presse@asf-ev.de.

»Asozial« – eine fortdauernde Verfolgung und Stigmatisierung

Menschen, die im Nationalsozialismus als sogenannte »Asoziale« Opfer der Verfolgung wurden, haben – wenn sie überlebten – oft bis ins hohe Alter unter der Zuschreibung gelitten. Jutta Weduwen sprach darüber mit Christa Schikorra, Leiterin der Bildungsabteilung der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg.

Jutta Weduwen: Im Februar dieses Jahres hat der Bundestag beschlossen, Menschen, die im Nationalsozialismus als sogenannte Asoziale beziehungsweise Berufsverbrecher verfolgt wurden, als NS-Opfer anzuerkennen. Warum ist das so spät geschehen und welche Bedeutung hat diese Anerkennung dennoch?
Christa Schikorra: Dass sogenannte Asoziale als Opfergruppe des Nationalsozialismus jahrzehntelang nicht im Blick der Öffentlichkeit, aber auch der historischen Forschung sind und waren, hat sicherlich mit der fortdauernden Stigmatisierung zu tun. Ich bin aufgewachsen mit dem Wissen, dass in der Grundschule in meiner Klasse Kinder saßen, die aus der Efeustraße kamen. Damit war alles gesagt, da wohnten die »Asis«. Sie waren schmuddelig, hatten meistens ihre Hausaufgaben nicht gemacht, mit ihnen wollte keiner spielen. Das ist sicherlich eine Erfahrung, die so oder so ähnlich viele kennen.

Heute muss dieser Form der Ausgrenzung im Kanon der NS-Verbrechen entgegengehalten werden: Niemand war zu Recht in einem Konzentrationslager inhaftiert. Dass der Deutsche Bundestag davon überzeugt werden konnte und die Anerkennung ausgesprochen hat, war selbstverständlich kein Selbstläufer, sondern verdankt sich der hartnäckigen Präsenz und jahrelangen Forderung einer Initiative, bestehend aus Familienangehörigen und Wissenschaftler*innen. Auch wenn viele Betroffene bereits verstorben sind, ist diese Anerkennung für die Familien, aber auch als Botschaft an die Gesellschaft, sehr wichtig.

Wer war von der Verfolgung betroffen? Was ist den Menschen passiert?
Über sogenannte Asoziale zu sprechen, heißt über soziale Außenseiter zu sprechen, auch unabhängig von der Gesellschaftsform. Letztlich geht es um das Selbstverständnis einer Mehrheitsgesellschaft, die Normen entwickelt, postuliert und durchsetzt – und ihre gesellschaftlichen Ränder, die sich außerhalb oder am Rand dieser Normen bewegen. Es geht um Zugehörigkeit, sprich: Inklusion einerseits und Ausschluss, sprich Exklusion, andererseits. Beide sind zwei Seiten einer Medaille.

Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten wird dieses Prinzip der Inklusion und Exklusion als Auslese versus Ausmerze Staatspolitik. Gegossen in Gesetze, Verordnungen und Erlässe verschärften sich die Lebensbedingungen der als randständig Definierten. Das Ideal war die nationalsozialistische »Volksgemeinschaft«, in der ausschließlich »Volksgenossen« einen Platz hatten. Dem gegenüber standen die Ausgrenzung und Verfolgung von politisch Andersdenkenden und an vorderster Stelle aus »rassischen« Gründen Verfolgten wie Juden und Jüdinnen, wie Sintezze*Sinti und Romnja*Roma. Die Definition, wer als »asozial« galt, war nicht sehr genau und wurde zu einem Sammelbegriff für als »artfremd« oder »gemeinschaftsfremd« Stigmatisierte.

Es hat Bettler, Landstreicher und Obdachlose getroffen, aber auch alleinerziehende Mütter, Frauen, die Kinder von verschiedenen Vätern hatten, oder Prostituierte. Gemeinsam war ihnen, dass sie in Armut lebten, vielfach keine feste Arbeit nachweisen konnten und bei dem Wohlfahrtsamt oder der Fürsorge bekannt waren. Eine entscheidende Rolle kam den Sozialbehörden zu. Sie waren wichtige Akteure in der Verfolgung sogenannter Asozialer vom Arbeitshaus, zur Anstalt, ins Konzentrationslager. Von Bedeutung war insbesondere die erbbiologisch grundierte psychiatrische Forschung, die in medizinischen Gutachten attestierte, dass Personen »minderwertig«, »liederlich« oder »unverbesserlich« seien.

Kannst Du eine typische Biografie von jemandem schildern, die oder der von den Nazis als »asozial« verfolgt wurde?
Als die 16-jährige Franziska auf Beschluss des Wiener Gaujugendamtes im Juli 1943 in eine Arbeitsanstalt für Mädchen und

Frauen eingewiesen wird, hat sie bereits über ein Jahr lang verschiedene Erziehungsheime und psychiatrische Kliniken »kennengelernt«. Ein Gutachter bescheinigt ihr »sittliche Verwahrlosung und Arbeitsscheu bei einem körperlich gut entwickelten, geistig primitiven triebhaften Jugendlichen«. Während ihres Aufenthaltes in der Arbeitsanstalt wird ein Schulheft bei Franziska entdeckt, mit sogenannten Schlurfliedern. Ihrer Aussage nach hat sie sich im 2. Bezirk regelmäßig in einem Café mit anderen »Schlurfleuten« getroffen, dort hätten sie nach Jazzmusik getanzt. Sie habe dazu einen kurzen Faltenrock und ein überlanges, amerikanisches Sakko getragen. Ähnlich wie im Hamburg der Swing-Jugend wird den Wiener Jugendlichen ihre Vorliebe für angloamerikanische Musik zum Verhängnis. Diese Form der Jugendkultur steht im krassen Gegensatz zu den militärisch durchorganisierten Jugendorganisationen der Nationalsozialisten. Franziska wird in den Akten der Arbeitsanstalt als Aufwieglerin und Anführerin beschrieben, die die Einrichtung mit »jenem zersetzenden Schlurfgeist durchseuche, der ihr schon zur zweiten Natur geworden ist.« Franziska wird im August 1944 strafverschärfend in das Mädchen-Konzentrationslager Uckermark transportiert. Ihr weiterer Weg ist unbekannt.

Wichtig erscheint mir, darauf hinzuweisen, wer alles beteiligt war an der Verfolgung sogenannter Asozialer. Neben den Sozialbehörden, den Arbeitsämtern und der Kriminalpolizei waren es vor allem auch Mediziner*innen, die in ihren »ärztlichen Gutachten« nicht nur ihre Befunde darlegten, sondern auch weiterführende Maßnahmen empfahlen, bis hin zur Einweisung in ein Konzentrationslager.

Gab es genderspezifische Unterschiede bei der Verfolgung?

Da ich mich schwerpunktmäßig mit der Geschichte verschiedener Konzentrationslager befasse, fiel mir auf, dass die Gruppe der als »asozial« Inhaftierten in Ravensbrück als Frauen-Konzentrationslager wesentlich größer war in der Gesamtzahl der Häftlinge als in einem Männer-Konzentrationslager wie Flossenbürg. Dabei waren die unmittelbaren Vorkriegsjahre der Zeitraum, den ich betrachtete. Daraus ergab sich die Frage: Was wird bei Frauen, was bei Männern als »asozial« gesehen? Setzt sich das Bild der/des »Asozialen« genderspezifisch zusammen? In den überlieferten Akten der Fürsorgeeinrichtungen, Gesundheitsämter, der Polizei oder der Krankenanstalten ist auffällig, dass die Sicht auf ihre Klientel deutlich von Geschlechterbildern geprägt ist. Bei den Frauen wird wiederholt das »unsittliche Verhalten« beziehungsweise die »verwahrloste Person« betont. Bei den Männern finden sich eher Kennzeichnungen als »Drückeberger« und »Arbeitsscheuer«. Während Männer in erster Linie durch Landstreicherei und Eigentumsdelikte auffielen, ohne dass ihre Sexualität dafür als Begründung galt, wurde Verwahrlosung von Frauen in der Regel mit ihrem sexuellen Verhalten begründet. Meine Beobachtung ist, dass Vergehen von Frauen als Abweichung von den sozialen Normen wahrgenommen und durchweg sexualisiert wurden, Vergehen von Männern hingegen innerhalb des kriminalistischen Kanons als Straftat beschrieben wurden.

Diese Sicht wirkt sich letztlich darauf aus, mit welcher Begründung die Kriminalpolizei Menschen in die Konzentrationslager eingewiesen hat. Wenn es nicht um ein Delikt, also eine Straftat ging, sondern um eine der Person zugeschriebene Charaktereigenschaft im Sinne einer Abweichung, bietet es einen Erklärungsansatz, warum quantitativ mehr Frauen mit dem Haftgrund »asozial« in ein KZ eingeliefert wurden als Männer.

Wie ist es den Menschen nach 1945 ergangen? Gab es Kontinuitäten der Verfolgung und Stigmatisierung?

Stigmatisierung und Ausgrenzung bis hin zur strafrechtlichen Verfolgung blieben auch nach Kriegsende in Form von Bedrohung und Einschränkungen für diese NS-Verfolgten bestehen. Vielfach waren die Betroffenen bei ihren Bemühungen um Rehabilitierung mit Gutachter*innen, Ärzt*innen, Richter*innen und Sozialarbeiter*innen konfrontiert, die aktiv an Ausgrenzungen und Verurteilungen während der NS-Zeit mitgewirkt hatten. Landläufig herrschte die Meinung vor, dass die Inhaftierung sogenannte Asozialer kein NS-Unrecht, sondern selbstverschuldet sei; nach dem Motto: Hättest Du Dich besser benommen, wärst Du nicht ins KZ gekommen! Die fehlende gesellschaftliche Anerkennung der NS-Verfolgung als Unrecht sowie die extrem negativ geprägten Erfahrungen mit Zwangsinstitutionen und dem darin erlebten Unrecht, ließen die mit dem Stigma der Asozialität Belasteten allein zurück. So war eine Betroffene, als sie im Jahr 1951 anlässlich ihrer Heirat ein Verfahren zur Rücknahme ihrer Entmündigung einleiten wollte, mit der gleichen Beamtin konfrontiert, die 1936 ihre Entmündigung veranlasst hatte.

Den meisten der von mir (Mitte der 1990er Jahre) interviewten Frauen gelang es in der Mehrheitsgesellschaft individuell, wieder Fuß zu fassen, jedoch unter erheblichen Anpassungsleistungen. Da-

mit ihnen das gelingen konnte, mussten sie das Stigma ihrer Verfolgung als »Asoziale« im NS-Staat verdrängen. Dies ist einer der Gründe, warum viele Überlebende erst im Alter versuchten, ihre Ansprüche nach Anerkennung und Entschädigung anzumelden. Außerdem war die Zuschreibung »asozial« nicht selbst gewählt, es gab keinen positiven Bezug, keine Gruppenidentität, keine gesellschaftliche Lobby – »asozial« wurde weiterhin als Stigma erlebt.

Ich habe Dich im letzten Jahr bei einer Podiumsdiskussion zum Thema erlebt und war beeindruckt, wie Du den Menschen, die als »Asoziale« verfolgt wurden, Aufmerksamkeit, Erinnerung und Anerkennung gibst. Was hat Dich bewegt, dich besonders mit der Verfolgung von sogenannten Asozialen im NS zu beschäftigen?
Ich besuchte mit einer internationalen Frauengruppe aus West-Berlin kommend 1986 das erste Mal das ehemalige Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück. Dort fragten wir uns, ob lesbische Frauen eigentlich im KZ inhaftiert waren. Das war der Ausgangspunkt meiner damaligen Forschungen zu den sogenannten asozialen Häftlingen im Frauen-KZ Ravensbrück, die mich dann auf einen ganz anderen Weg geführt haben. Am Anfang meiner Recherchen stand die Suche – nach Frauen, die als »Asoziale« nach Ravensbrück deportiert wurden und überlebt hatten und die ich befragen konnte. Die intensivste Erfahrung bei diesen Gesprächen war für mich, wie stark eingeschlossen das Thema auch in ihrem ganz persönlichen Leben geblieben war. Manche hatte Jahrzehnte lang nicht über ihre Verfolgungserfahrung gesprochen. Die Stigmatisierung und das Tabu wirkten spürbar bis in die Gegenwart.

Was können wir tun, damit wir den Menschen gerecht werden, deren Geschichten so wenig bekannt sind?
Eine sehr gute Frage, die sich jede*r selbst stellen und durch sein Tun beantworten sollte. Heute deutlich und entschieden gegen Ausgrenzung und für Gerechtigkeit einzustehen wäre meine klare Botschaft.

Dr. Christa Schikorra
studierte in Dortmund und Berlin Erziehungswissenschaften, Soziologie und Politikwissenschaft, promovierte in Geschichtswissenschaft. Sie ist seit 2010 Leiterin der Bildungsabteilung der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg. Ehemals Mitglied des Vorstands, jetzt Mitglied des Kuratoriums von ASF.

Jutta Weduwen
studierte in Hamburg, Jerusalem und Berlin Soziologie. Sie kam 2001 als Referentin zu ASF und ist seit 2012 Geschäftsführerin. Sie ist unter anderem Mitglied im Sprecher*innenrat der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche + Rechtsextremismus* sowie im *Netzwerk Rechtsextremismusprävention*.

»Das hieß arbeitsscheu.«

Ilse wird 1924 bei Wismar geboren. Schon früh muss sie bei der Feldarbeit mithelfen – die Stiefmutter hat nur wenig für Ilse übrig. Ilse reißt immer wieder aus und wird deshalb als »arbeitsscheu« klassifiziert. 1943 wird sie ins Arbeitshaus im Schloss Güstrow eingeliefert, im August 1944 wird Ilse nach Ravensbrück überstellt.

ILSE HEINRICH GEBOREN AM 17. JULI 1924 IN HORNSDORF

Ilse wird 1924 in Hornsdorf bei Wismar geboren. Ihre Mutter stirbt an Tuberkulose, als Ilse sechs Jahre alt ist. Die zweite Frau ihres Vaters bringt wenig Verständnis für sie auf. Ilse hat eine schwere Zeit: Sie muss auf dem Feld helfen und findet kaum Zeit, sich auf die Schule vorzubereiten.

1939 schließt sie die Schule ab und möchte gerne als Schiffsschwester oder Säuglingsschwester arbeiten. Aber wegen ihrer schlechten Schulbildung erhält sie keine Berufsausbildung, sondern muss wieder beim Bauern arbeiten. Immer wieder reißt sie aus, wird von der Polizei aufgegriffen und zurückgebracht. Sie wird deshalb als »arbeitsscheu« klassifiziert. 1943 wird Ilse ins Arbeitshaus im Schloss Güstrow eingeliefert und muss wieder Feld- und Gartenarbeit leisten.

Im August 1944 wird sie aufgefordert, ihre Sachen zu packen. Sie glaubt, dass sie nach Hause gehen kann, doch stattdessen wird sie in das Frauen-KZ Ravensbrück überstellt. Ihr werden die Haare geschoren. Das Bett ist verlaust, sie hungert, friert und muss schwer arbeiten. Anfang 1945 erkrankt sie schwer und wird ins Krankenrevier eingeliefert. 1945 bei Kriegsende – die SS und die meisten Häftlinge haben bereits das Lager verlassen – hilft ihr eine Häftlings-Krankenschwester aus dem Krankenrevier und bringt sie zu einer SS-Villa, wo Ilse die nächsten 14 Tage hochgepäppelt wird. Als sie endlich wieder zu Hause eintrifft, will die Stiefmutter sie nicht im Haus haben.

ENDLICH FINDET SIE EIN ZUHAUSE UND EINE FAMILIE

Im September 1947 bringt Ilse eine Tochter zur Welt. Das Kind ist unehelich, der Vater ein russischer Soldat. Das Landesjugendamt von Wismar will ihr das Kind wegnehmen, aber Ilse wehrt sich. So lässt das Jugendamt das Kind von Ilses Vater abholen. Wenig später gibt er das Kind zur Adoption frei. 1948 arbeitet Ilse – wieder im Schloss Güstrow – als Küchenhilfe. Sie bekommt eine zweite Tochter, die sie versorgt. Ilse geht dann nach Berlin, ihre Tochter bleibt im Kinderheim Hagenow. Bei den Weltjugendfestspielen 1951 in Berlin lernt sie ihren Mann kennen. Sie heiraten, haben zusammen einen Sohn und eine Tochter und holen die zweite Tochter Ilses aus dem Kinderheim zu sich. Endlich kommt sie zur Ruhe – in ihrer Familie findet sie auch ihr Zuhause.

Ende Januar 2006 besuchte Ilse Heinrich die Gedenkstätte Ravensbrück.

1987 erfährt sie von der Möglichkeit, als Opfer der NS-Willkür eine Entschädigung zu erhalten. Sie kämpft um die Anerkennung als Verfolgte des Nazi-Regimes und erhält nach langjährigen Bemühungen ab 1995 endlich eine Zusatzrente und im Jahre 2003 die erste Rate aus dem Fonds zur Entschädigung für Zwangsarbeit.

Im Jahr 2010 wurde ihr der Verdienstorden des Landes Brandenburg verliehen. 2014 dann erhielt Ilse die »Medaille zur Anerkennung von Verdiensten für das Gemeinwesen«.

Aus einem Interview mit Christa Schikorra, Erstabdruck auf der Webseite der Bundeszentrale für politische Bildung unter www.bpb.de/ravensbrueck

Der Paragraph 175 – ein kurzer Überblick über seine Geschichte

Der § 175 des deutschen Strafgesetzbuches stellte von 1872 bis 1994 sexuelle Handlungen insbesondere zwischen Personen männlichen Geschlechts unter Strafe. 1935 verschärften die Nationalsozialisten den bestehenden § 175 und erweiterten ihn um § 175a (zur Verfolgung unter anderem von männlicher Prostitution und von homosexuellen Handlungen mit Männern unter 21 Jahren). Zwischen 1933 und 1945 wurden knapp 50.000 Männer wegen Homosexualität verurteilt und über 5.000 in Konzentrationslagern inhaftiert, wo mehr als die Hälfte von ihnen ermordet wurde. Einige von ihnen wurden nach ihrer Befreiung erneut in Gefängnisse überstellt.

Das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen ist eine Gedenkstätte am Berliner Tiergarten, die im Mai 2008 eingeweiht wurde. Im Inneren des Denkmals läuft ein Film, der zwei sich küssende Männer zeigt.

In der DDR wurden ab Ende der 1950er Jahre homosexuelle Handlungen unter Erwachsenen rechtlich nicht mehr geahndet. Seit 1968 stellte ein § 151 homosexuelle Handlungen mit Jugendlichen gesondert unter Strafe. 1989 wurde auch dieser Paragraph ersatzlos gestrichen.

Die BRD übernahm die §§ 175 und 175a ins geltende Recht und hielt zwei Jahrzehnte lang an der nationalsozialistischen Fassung fest. Auf dieser Grundlage kam es allein zwischen 1950 und 1969 zu circa 50.000 Verurteilungen. 1969 gab es eine erste, 1973 eine zweite Reform. Sexuelle Handlungen mit männlichen Jugendlichen unter 18 Jahren blieben weiter strafbar. Das Schutzalter bei lesbischen und heterosexuellen Handlungen lag hingegen bei 14 Jahren.

Die deutsche Vereinigung änderte zunächst nichts am unterschiedlichen Umgang mit Homosexualität in Ost und West. 1994 hob der Bundestag § 175 ersatzlos auf. 2002 beschloss der Bundestag, Verurteilungen in der Zeit des Nationalsozialismus für nichtig zu erklären. Unangetastet blieben die Urteile nach 1945.

2017 beschloss das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Urteile, die aufgrund des § 175 gefällt wurden, und zur teilweisen Entschädigung der schätzungsweise rund 5.000 damals noch lebenden Verurteilten.

Thomas Heldt ist Referent für Freiwilligenarbeit sowie stellvertretender Geschäftsführer.

»Ich habe gelebt, aber nie so richtig.«

»Die Tatsache allein, dass man trans ist, ist kein schweres Schicksal. Ein schweres Schicksal ist die Sache, wie die Gesellschaft damit umgeht.« Das sagt Linus Giese, der sich mit 31 Jahren geoutet hat. Seit einigen Jahren erzählt und schreibt er auf unterschiedlichen Plattformen offen darüber. Ute Brenner hat mit ihm gesprochen.

Ute Brenner: In Ihrem Buch »Ich bin Linus«, das im August erschienen ist, beschreiben Sie den Moment Ihres Outings als trans Mann in einem Kaffeeladen – können Sie mir erzählen, was da passiert ist?
Linus Giese: Das war im Oktober 2017. Ich bin in den Starbucks am Frankfurter Hauptbahnhof gegangen und habe auf die Frage, welcher Name auf den Becher geschrieben werden soll, zum ersten Mal Linus gesagt. Das war der Moment, in dem ich zum ersten Mal den Namen laut ausgesprochen habe, den ich mir im Hinterkopf immer für mich gewünscht hatte. Danach habe ich ein Foto von dem Becher gemacht, auf Facebook hochgeladen und meinen Freunden und Freundinnen gesagt: Das ist der Name, der in Zukunft meiner sein wird.

Wie hat Ihr Umfeld auf Ihr Outing reagiert?
Nachdem ich den Post abgeschickt hatte, habe ich den Rechner heruntergefahren und gar nicht in die Kommentare geguckt, weil ich so angespannt und aufgeregt war, wie die Menschen reagieren würden. Die ersten Reaktionen darauf waren dann sehr verständnisvoll, sehr wohlwollend. Manche sagten, sie hätten sich das schon gedacht oder es geahnt.

Seit seinem Outing als trans Mann 2017 hat sich für Linus Giese vieles geändert – was ihn glücklicher macht.

Wann wurde Ihnen zum ersten Mal bewusst, dass das Ihnen zugewiesene Geschlecht als Frau nicht das ist, das zu Ihnen passt?
Der Gedanke, dass ich mich anders fühle oder dass irgendetwas nicht stimmt und sich nicht richtig anfühlt, war schon sehr früh da, als ich etwa sechs Jahre alt war. Im Laufe der Pubertät ist es immer schlimmer geworden, aber ich wusste nicht genau, was los ist. Ich kannte den Begriff »trans« gar nicht und konnte nicht formulieren, dass ich ein trans Junge bin. Mir fehlte komplett das Vokabular. Es gab auch niemanden, mit dem ich darüber sprechen konnte. Ich war ein zurückgezogener und schüchterner Mensch. Mit 16 Jahren habe ich im Internet das Tagebuch eines trans Mannes gelesen. Er hatte vor seinem Coming Out schon angefangen zu schreiben und erzählte, welchen Weg er geht. Da habe ich zum ersten Mal gedacht, oh, das klingt interessant. Aber dann hat es trotzdem noch gedauert, bis ich 31 Jahre alt war und mich geoutet habe.

Es klingt so, als ob Sie in diesen Jahren sehr einsam waren?
Ich habe das damals nicht so bewusst erlebt, aber wenn ich jetzt zurückschaue, kommt mir das auch sehr traurig, sehr einsam vor. Wenn ich mir Fotos von damals ansehe, frage ich mich, warum das niemand sehen konnte, dass etwas nicht in Ordnung war.

Sie schreiben in Ihrem Buch: »Ich transitioniere und das Schöne daran ist, dass das kein gerader, vorgegebener Weg sein muss.« Können Sie mir beschreiben, wie Ihr Weg bis heute aussah?
Wenn in den Medien über das Thema »trans« berichtet wird, entsteht schnell der Eindruck, ich würde quasi in einen Kleiderschrank steigen, mich »umoperie-

Das Buch:
Ich bin Linus – Wie ich der Mann wurde, der ich schon immer war. Rowohlt Polaris, August 2020.

ren« lassen und dann als Mann wieder herauskommen. Aber so ist es nicht. Ich habe mich im Oktober 2017 geoutet, seit Februar 2018 nehme ich Testosteron. Dadurch hat sich vieles bei mir verändert, was mich sehr viel glücklicher gemacht hat – sei es meine Stimme oder der Haarwuchs, meine Schultern sind breiter geworden. Ich fühle mich wohler in meinem Körper, aber ich hatte noch keine Operation. Das ist etwas, was ich anstrebe, aber ich lasse mir Zeit damit. Ich habe in den vergangenen drei Jahren erst einmal entdeckt, was mir Spaß macht und gefällt. Sei es, dass ich ausprobiert habe, welche Frisur zu mir passt und mir zum ersten Mal in meinem Leben die Haare gefärbt habe. Dass ich meinen Spaß daran entdeckt habe, Kleidung zu kaufen – etwas, was ich früher ganz furchtbar fand. Früher wäre ich nie auf die Idee gekommen, ein Selfie von mir zu machen. Ich hatte keinen Spaß daran, mich mit mir und meinem Körper zu beschäftigen. Ich habe gelebt, aber nie so richtig. Das hat sich jetzt geändert.

Sie beschreiben Ihren Weg als eine Geschichte der Verdrängung und Unterdrückung – trotzdem wollen Sie nicht, dass er als ein langer, schmerzhafter Weg verstanden wird. Was meinen Sie damit?

Dass es bei mir so lange gedauert hat, bis ich mich geoutet habe, ist für mich persönlich schmerzhaft. Aber ich finde es schade, wenn der Schwerpunkt darauf gelegt wird, dass das ein Leidensweg oder ein Schicksalsweg sei oder dass Menschen, die sich als trans outen, ein schweres Schicksal haben. Die Tatsache allein, dass man trans ist, ist kein schweres Schicksal. Ein schweres Schicksal ist die Sache, wie die Gesellschaft damit umgeht. Das ist es, was es einem schwermacht, was einen leiden lässt.

Sie sind seit mehreren Jahren mit Ihrem Leben in der Öffentlichkeit, bei Twitter, Sie bloggen, Sie schreiben für den Tagesspiegel – wie reagieren Leser*innen und User*innen?

Ich merke, dass es viel Interesse und Neugier gibt. Es ist für mich immer wieder ein Abwägen, wo ich meine Grenzen setze. Wie viel bin ich bereit zu zeigen und zu geben? Ich bekomme Nachrichten von Menschen, die glauben, dass sie trans sind oder von Eltern, deren Kinder mit ihrem Geschlecht hadern, und ich sage immer, ich bin kein Therapeut. Ich bin selbst in Therapie. Ich erzähle gern von meinem Lebensweg, aber ich kann Menschen nicht betreuen oder beraten. Ich freue mich, dass ich Menschen durch meine Art zu schreiben erreichen und etwas anstoßen kann.

Sie werden auf Twitter regelmäßig bedroht und beschimpft, seit Sie sich geoutet haben. Sie werden mit dem Tod bedroht oder Ihnen wird damit gedroht, Sie zu vergewaltigen: Wie gehen Sie mit dem Hass um, der Ihnen entgegenschlägt?

Das ist nicht immer einfach, das geht mir sehr nahe. Das war für mich ein komplett neuer Umgangston, den ich plötzlich erlebt habe. Ich habe mir Hilfe bei einer Therapeutin geholt, die auf das Thema Hass im Netz spezialisiert ist. Das hat mir unglaublich geholfen, das von mir zu abstrahieren, dass diese Menschen mich nicht persönlich hassen, sondern dass ich ein Symbol oder eine Projektionsfläche bin für etwas, was Menschen Angst macht oder sie aufregt.

Und bei den Drohungen im Internet ist es nicht geblieben: Sie wurden auch schon in dem Buchladen, in dem Sie arbeiten, von Menschen aufgesucht und beschimpft und auch Ihr Zuhause war nicht mehr sicher. Warum tun Sie sich das an?

Anfang des Jahres habe ich sehr mit meiner Situation gehadert und darüber nachgedacht, mich zurückzuziehen und auch das Buch nicht zu schreiben. Ich habe dann für mich beschlossen, ich lasse mich nicht aus meiner Wohnung vertreiben oder mir Angst einjagen. Mir ist es wichtig, weiter meine öffentliche Arbeit zu machen und

das lasse ich mir nicht nehmen. Dafür habe ich mich entschieden, aber ich hinterfrage das auch immer wieder. Es kann sein, dass ich mich doch irgendwann entscheide, eine neue Wohnung zu suchen oder mich aus den sozialen Netzwerken zurückzuziehen.

Was bekommen Sie an Positivem zurück? Was ermutigt Sie, wenn Sie sich in den sozialen Netzwerken zeigen?
Ich freue mich, wenn ich Rückmeldungen von Leuten bekomme, die sagen, sie haben etwas an ihrer Sprache verändert, oder dass ich durch meine Perspektive etwas bei ihnen bewirkt habe. Ich glaube, dass viele bei mir mitlesen und denken, das ist interessant, aber sie äußern sich nicht, im Gegensatz zu denen, die wütend werden und Hasskommentare schreiben. Solange ich das Gefühl habe, dass es noch Menschen gibt, die etwas daraus mitnehmen, mache ich das noch, aber gehe vielleicht irgendwann in den Twitter-Ruhestand. Ich könnte mir auch vorstellen, in Schulen zu gehen oder an anderen Orten aufzuklären.

Sie beschreiben in Ihrem Buch das Gefühl der Dysphorie, das vor allem bei nichtbinären und trans Menschen vorkommt – können Sie mir erklären, was das ist?
Bei mir kommt das zum Beispiel dadurch, dass ich mich unwohl fühle mit bestimmten Körperteilen wie mit meinen Brüsten. Weil Brüste in der Gesellschaft etwas weiblich Konnotiertes sind und ich denke, wenn ich unterwegs bin, achten alle auf meine Brüste. Das Gefühl der Dysphorie beschränkt sich aber nicht nur auf Körperteile, sondern entsteht auch in sozialen Situationen im Alltag. Wenn ich etwa beim Bäcker bezahle und die Kassiererin sagt, »bitte schön, die Dame«. Das löst das Gefühl aus, nicht richtig erkannt zu werden, nicht richtig gelesen zu werden.

Was wünschen Sie sich von den Menschen, wie sie mit dem Thema Geschlechteridentitäten umgehen?
Wir sollten schon im Kindergarten anfangen, bestimmte Themenbereiche anders aufzuklären. Und ich würde mir wünschen, dass in der Gesellschaft weniger binär gedacht wird. Wir sind alle in diesen Vorstellungen verfangen, wie ein Mann und wie eine Frau auszusehen haben. Viele sind mit den Gedanken überfordert, wenn Dinge davon abweichen, dass nicht jeder Mann einen Penis haben muss und nicht jede Frau eine Vulva hat. Eine Vulva ist nichts typisch Weibliches und ein Penis nichts typisch Männliches. Wenn sich für so ein Denken eine breitere Akzeptanz in der Gesellschaft finden würde, würde ich mich darüber freuen. Ich wünsche mir, dass wir unsere Vorstellungswelten und unsere Perspektiven erweitern und Menschen so akzeptieren können, wie sie sind.

Die Gesellschaft ist binär geprägt: Es gibt zum Beispiel Herren- und Damenabteilungen bei Bekleidungsgeschäften, Herren- und Damenhaarschnitte beim Friseur – was bedeutet das für einen trans Menschen?
Das ist gerade am Anfang schwierig, Zugang zu diesen gegenderten Bereichen zu bekommen, wenn man noch in der Transition ist. Mir ist das ein Mal passiert, dass ich in die Herrenumkleide wollte und weggeschickt wurde. Oder ich hatte einen Termin gemacht beim Friseur für einen Herrenhaarschnitt und als ich ankam, wurde ich in den Damenbereich gesetzt. Es wäre für alle trans Menschen einfacher, wenn es nicht diese strikten Trennungen gäbe. Wenn es einfach Haarschnitte für kurze und lange Haare gäbe und wenn Kleidung nicht nach Mann und Frau sortiert wird, sondern nach Körperformen und -größen. Ich habe auch sehr lange gebraucht, um mich ins Fitnessstudio zu trauen, weil ich mich ständig gefragt habe, in welche Umkleide muss ich denn gehen und wo würde ich vielleicht rausgeworfen werden? Das ist etwas, worüber Menschen, die nicht betroffen sind, nicht nachdenken.

Sie haben in ihrer Kindheit nicht über Ihre Gedanken gesprochen, aus Scham oder auch, weil Sie selbst nicht wussten, was da ist – was raten Sie Eltern, deren Kinder in einer ähnlichen Situation sind, wie Sie es waren?
Eltern rate ich, ihren Kindern zu glauben, ihre Kinder zu unterstützen, und keine Angst zu bekommen. Häufig wird Panik verbreitet, aber nur weil Du die Gedanken Deines Kindes ernst nimmst, heißt das nicht, dass Dein Kind morgen Hormone bekommt und operiert wird. Eltern sollten sich Hilfe und Unterstützung suchen, sich mit anderen Eltern von trans Kindern austauschen.

Was gewinnt die Gesellschaft generell – auch Menschen, die nicht trans sind beziehungsweise, die sich im binären System einordnen können – wenn sie mehr Vielfalt kennenlernt und zulässt? Was schenkt sie allen, wenn Sie Ihre Geschichte erzählen?
Vielleicht kann ich den Anstoß dazu geben, sich mit sich selbst auseinanderzusetzen und mit den eigenen Bedürfnissen. Je weiter wir uns von den festgelegten Geschlechterrollen entfernen, desto freier können alle Menschen sein. Es gibt sicher auch cis Männer, die sagen, ich würde mir gern die Nägel lackieren oder ich würde gern mal ein Kleid tragen, weil mir das gefällt, ohne dass ich auf der Straße angespuckt werden möchte. Es kann ein Gewinn sein, sich selbst immer wieder zu fragen, was macht mich glücklich und was wünsche ich mir und dem dann nachzugehen. Wenn wir in einer Gesellschaft leben, in der man diesen Wünschen gefahrenfrei nachgehen könnte, dann profitieren wir am Ende alle davon.

Linus Giese hat Germanistik studiert und ist Blogger, Journalist und Buchhändler in Berlin. Auf www.buzzaldrins.de schreibt er über Bücher und auf www.ichbinslinus.de über seine Transition. Er twittert unter @buzzaldrinsblog.

Ute Brenner ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit bei ASF.

»Bei LGBTI-Rechten müssen wir auf EU-Ebene mehr tun«

Die grüne EU-Abgeordnete Terry Reintke will die EU-Kommission stärker in die Pflicht nehmen.

Die EU-Abgeordnete Terry Reintke setzt sich im Europäischen Parlament für LGBTI-Rechte ein.

Ute Brenner: Sie sitzen seit 2014 im Europäischen Parlament, seit 2017 sind Sie Co-Vorsitzende der LGBTI-Intergroup – was hat sich in den vergangenen sechs Jahren für LGBTI-Menschen in EU-rechtlicher Hinsicht verändert, vielleicht sogar verbessert?
Terry Reintke: Wir haben einige Fortschritte gesehen. Das beste Beispiel ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum Thema Freizügigkeit von LGBTI-Menschen: Es gibt nach wie vor Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union, in denen es keine Möglichkeit gibt, gleichgeschlechtliche Partnerschaften einzugehen. Im sogenannten »common case« sind die Rechte von Partner*innen, die in einem Mitgliedsstaat geheiratet haben und dann in ein anderes EU-Land umziehen, nochmals bestätigt worden. Das heißt, dass sie ihre Partnerschaft anerkannt bekommen müssen. Gleichzeitig sehen wir, dass es auch immer mehr rückschrittliche, regressive Entwicklungen gibt. In Polen, in Ungarn, aber auch in anderen europäischen Ländern werden LGBTI-Rechte ganz offensiv angegriffen.

Laut einer Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) vom Mai 2020 stehen zwar immer mehr lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle Menschen offen zu ihrer sexuellen Identität, aber Angst, Gewalt und Diskriminierung sind nach wie vor weit verbreitet. Welche weiteren politischen Maßnahmen brauchen wir in der EU, um die Sicherheit und die Rechte der LGBTI-Gemeinschaft zu stärken?
Als ich die Zahlen der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte gesehen habe, war ich schockiert. Auch in Ländern wie Deutschland sagen etwa die Hälfte in der Community, dass sie öffentlich keine Zärtlichkeiten zeigen wollen, weil sie Angst haben davor, Gewalt oder Diskriminierung ausgesetzt zu sein. Ich glaube, das ist nochmal ein ganz starker Antrieb für uns alle, dass wir mehr tun müssen. Ende des Jahres soll die Strategie der Europäischen Kommission für LGBTI-Rechte vorgestellt werden, bei der wir uns weitere umfassende Antidiskriminierungsmaßnahmen erhoffen. Wir haben ja bereits auf europäischer Ebene Antidiskriminierungsgesetze, wenn es um den Arbeitsmarkt geht. In anderen Bereichen, zum Beispiel bei Dienstleistungen, gibt es das in Bezug auf sexuelle Orientierungen und Geschlechtsidentität bisher noch nicht. Das wollen wir ändern und das wäre ein ganz wichtiger rechtlicher Schritt. Darüber hinaus brauchen wir weitergehende Maßnahmen wie zum Beispiel Kampagnen gegen Hasskriminalität und gegen Hassrede.

Wie Sie schon gesagt haben, gibt es auf der einen Seite positive Entwicklungen innerhalb der EU, was die Rechte von LGBTI angeht: Zum Beispiel können inzwischen in 16 der 28 Mitgliedsstaaten gleichgeschlechtliche Paare heiraten. Wie in Deutschland gibt es immer mehr Mitgliedsstaaten, die eine dritte Option für ihre intergeschlechtlichen Bürger*innen verankern. Auf der anderen Seite gibt es schwere Rückschläge wie in Polen, wo sich bis Mitte Juni knapp 100 Lokalregierungen, das ist knapp ein Drittel, zur »LGBTI-freien Zone« erklärt haben – fällt die EU bei diesem Thema auseinander?
Dass die EU als Ganzes auseinanderfällt, wäre zu viel gesagt. Es gibt die Lesart: Im Westen geht es voran, im Osten geht es rückwärts. Das ist sehr holzschnittartig, weil es in der Realität so ist, dass es zum Beispiel auch in Deutschland einen regressiven Diskurs gibt. Wenn ich mir die Debatte anschaue, die es zum Selbstbestimmungsrecht oder zur Reform des Transsexuellengesetzes im Bundestag gab und was die AfD da so geäußert hat – das ist sehr nah an dem, was in Polen rechtsnationalistische Politiker*innen sagen. Dementsprechend ist es wichtig klarzumachen, dass wir eine europäische Solidarität für LGBTI-Rechte brauchen. Ich bekomme das immer wieder mit, wenn ich mit polnischen oder ungarischen Aktivist*innen spreche. Für sie ist es unfassbar wichtig, dass nicht nur von Politiker*innen aus dem Europäischen Parlament

In 16 von 28 Mitgliedsstaaten der EU können gleichgeschlechtliche Paare mittlerweile heiraten. Auf der anderen Seite gibt es schwere Rückschläge wie in Polen.

zu spüren, sondern gerade auch von der Community. Denn es gibt auch in Ländern wie Polen und Ungarn eine aktive LGBTI-Szene, die Rechte einfordert und eine dynamische Vielfalt prägt und gestaltet.

Reicht es, wenn das EU-Parlament wie im vergangenen Dezember in einer Entschließung zu den sogenannten LGBTI-freien Zonen in Polen erklärt, dies sei »Hetze von öffentlichen Stellen und gewählten Amtsträgern«? Was sollte die Politik zusätzlich unternehmen?
Es gibt einen zentralen Punkt, den wir in der Resolution deutlich machen wollten. Wir wollten nicht nur deklaratorisch sagen, das ist falsch und wir verurteilen dieses Vorgehen, sondern wir haben gefordert, dass das jetzt auch rechtliche Konsequenzen hat. Es muss Teil des Rechtsstaatlichkeitsverfahrens gegen Polen werden. Bisher gibt es ein sehr starkes Augenmerk auf die Unabhängigkeit der innerstaatlichen Justiz, was auch sinnvoll ist. Aber wir müssen auch Grundrechte in den Blick nehmen. Konkret bezogen auf die »LBGTI-freien Zonen« heißt das: Da die entsprechenden Kommunen auch Arbeitgeber*innen sind, ist die Erklärung von »LGBTI-freien Zonen« eine Vertragsverletzung, weil wir im Arbeitsmarktbereich bereits eine Antidiskriminierungsgesetzgebung haben. Deshalb drängen wir als EU-Parlament darauf, dass die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren einleitet, weil dann am Ende der Europäische Gerichtshof entscheiden wird. Die Folge können Strafzahlungen sein, wenn sich Polen nicht an grundlegende Antidiskriminierungsgesetze hält.

Wir erleben in rechtspopulistischen Kreisen, dass Antifeminismus erstarkt und massiv gegen die Pluralisierung von Geschlechteridentitäten und deren Gleichstellung mobil gemacht wird. Was können Sie dem als EU-Politikerin entgegensetzen?
Am Beispiel der Istanbul-Konvention – dem Übereinkommen des Europarats gegen geschlechtsbasierte Gewalt –, die in zwei Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gestoppt wurde, sieht man, dass regressive rechtsnationalistische und zum Teil christlich-fundamentalistische Kräfte erfolgreich Kampagnen gegen die Konvention gefahren haben. Ich kann als Politikerin einerseits ein Bewusstsein dafür schaffen, dass wir gemeinsam kämpfen. Und dass es hier also nicht isoliert um queere Rechte geht. Da geht es zum Beispiel um Frauenrechte. Es geht um Grundrechte.

Andererseits sage ich ganz klar: An den Stellen, an denen EU-Recht gebrochen wird, muss die Kommission einschreiten. Bisher war sie oft zurückhaltend. Wir müssen im Diskurs noch stärker hervorheben, dass es um Grundrechte von EU-Bürger*innen geht und dass es auch die Aufgabe der Kommission ist, an solchen Stellen für diese Grundrechte einzutreten.

Sind Sie optimistisch, dass das in der Zukunft gelingen wird?
Ich habe in den sechs Jahren, die ich im EU-Parlament sitze, gelernt: Wenn es Druck von außen gibt, also etwa Demos auf den Straßen, und wenn die Kommission immer wieder in die Pflicht genommen wird, dann kann sehr viel passieren. Deshalb brauchen wir gerade jetzt eine geeinte und starke Bewegung, die sich für Menschenrechte und für Minderheitenrechte einsetzt. Wenn wir das hinbekommen, dann bin ich sehr hoffnungsvoll, dass wir diesen Trend, diesen Backlash auf Grundrechte, wieder zurückdrehen können.

Terry Reintke sitzt seit 2014 als Abgeordnete der Grünen/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament und ist seit 2019 stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Dort streitet sie für die Rechte von Frauen und LGBTI-Menschen sowie gegen die Ausbeutung europäischer Arbeitnehmer*innen. Terry Reintke hat Politikwissenschaft in Berlin und Edinburgh studiert.

Ute Brenner,
Historikerin und Redakteurin, ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Geschlechtsbezogene Verfolgung – rechtlicher Schutz von Flüchtlingen

Lange war es für geflüchtete Frauen und LSBTI-Personen schwer, im Asylverfahren wegen geschlechtsspezifischer Verfolgung einen Schutzstatus zu erhalten. Eine geschlechtssensible Auslegung des Flüchtlingsrechts musste sich erst durchsetzen.

Menschen fliehen aus unterschiedlichen Gründen aus ihren Heimatländern. Sie werden dort etwa wegen ihrer politischen Arbeit verfolgt, haben aufgrund von Krieg, Armut oder Naturkatastrophen keine Möglichkeiten, ihre Existenz zu sichern oder werden von dort vertrieben, weil sie einer ethnischen Minderheit angehören. Daneben erleben überwiegend Frauen sowie lesbische, schwule, bi-, inter-, und transsexuelle Personen – LSBTI-Personen – sogenannte geschlechtsspezifische Verfolgung.

Stellen Schutzsuchende aufgrund dieser Fluchtgründe in Deutschland einen Asylantrag, prüft das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), ob ihnen deswegen eine Anerkennung als Asylberechtigte oder als Flüchtlinge, ob ihnen subsidiärer Schutz oder Abschiebungsverbote zustehen. Für Frauen und LSBTI-Menschen ist es wichtig, dass sie in der Anhörung durch einen Entscheider oder eine Entscheiderin des BAMF in die Lage versetzt werden, über geschlechtsspezifische Verfolgung sprechen zu können und dass der Flüchtlingsschutz geschlechtssensibel angewandt wird.

WAS IST GESCHLECHTSSPEZIFISCHE VERFOLGUNG?

Geschlechtsspezifische Verfolgung wird dann angenommen, wenn der Grund für die Verfolgung oder die Art der Verfolgung an das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung eines Menschen anknüpft. So fliehen Frauen aufgrund von Gewalttaten wie beispielsweise sexualisierter oder häuslicher Gewalt, Zwangsheirat, drohender Genitalverstümmelung und Menschenhandel. Auch die Verfolgung, die sie erleben, wenn sie sich in ihren Ländern Kleidungsvorschriften widersetzen oder gegen Arbeits- und Bildungsverbote verstoßen, kann geschlechtsspezifisch begründet sein. Das ist dann der Fall, wenn diese Ge- und Verbote Männer nicht in gleichem Maße betreffen oder Sanktionen anders ausfallen. Wenn sexualisierte Gewalt gegen Menschen als Kriegsmittel genutzt wird, um politische Gegner als Gruppe zu verletzen und zu demütigen, handelt es sich um eine geschlechtsspezifische Art der Verfolgung. LSBTI-Personen, die ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität ausleben und darin nicht den sozialen und rechtlichen Normen ihrer Herkunftsländer entsprechen, erfahren oft Gewalt und Diskriminierung, die sie zur Flucht zwingen.

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE VERFOLGUNG IM FLÜCHTLINGSRECHT

Zentraler Ausgangspunkt für den flüchtlingsrechtlichen Schutz ist das sogenannte Refoulement-Verbot der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) von 1951 (Artikel 33 Abs. 1). Danach dürfen Geflüchtete nicht in Gebiete aus- oder zurückgewiesen werden, wenn dort ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht ist. Als Flüchtling gilt, wer sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen einem der fünf Konventionsgründe – »Rasse«, Religion, Nationalität, politische Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe – in einem anderen Land befindet. Der Fokus auf Geschlecht und damit auch auf geschlechtsspezifische Unterschiede zwischen Menschen sowie dementsprechende Schutzbedarfe war 1951 noch nicht verbreitet. Daher ist

Überwiegend Frauen sowie lesbische, schwule, bi-, inter-, und transsexuelle Personen erfahren sogenannte geschlechtsspezifische Verfolgung. Frauen fliehen aufgrund von Gewalttaten wie sexualisierter oder hauslicher Gewalt, Zwangsheirat, drohender Genitalverstümmelung und Menschenhandel.

der Geschlechterbegriff nicht in der GFK verankert worden. Fast zeitgleich entstandene menschenrechtliche Rechtsdokumente, wie zum Beispiel die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte oder die Europäische Menschenrechtskonvention enthalten aber durchaus Diskriminierungsverbote, die an das Geschlecht anknüpfen. Darauf aufbauende Entwicklungen im Menschenrechtsschutzsystem, die maßgeblich von der internationalen Frauenrechtsbewegung initiiert wurden, haben ab den späten 1980er Jahren dann die geschlechtsspezifische Interpretation des Flüchtlingsrechts befördert.

Bis dahin war es für Frauen und LSBTI-Personen schwierig, eine Flüchtlingsanerkennung zu erhalten. Frauen waren im Nachteil, da der Begriff der Verfolgung in der GFK aufgrund vorherrschender männlicher Erfahrungen interpretiert wurde. Damals herrschte die Vorstellung vor, bei Flüchtlingen handele es sich typischerweise um Männer, die in ihren Herkunftsländern in der öffentlichen Sphäre politisch aktiv waren und deswegen vom Staat verfolgt wurden. Frauen waren demgegenüber, entsprechend ihrer Rollenzuweisung, seltener politisch aktiv, beziehungsweise ihre Teilnahme an politischen Aktivitäten war und ist weniger öffentlich sichtbar. Darüber hinaus ereignet sich sexualisierte oder häusliche Gewalt, die weltweit überwiegend Frauen betrifft, häufig im privaten Bereich. Verfolger ist dann nicht unmittelbar der Staat.

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE VERFOLGUNG UND DIE DEUTSCHE RECHTSPRECHUNG

In der Bundesrepublik Deutschland hatte der Parlamentarische Rat 1948/49 nach den Erfahrungen mit Flucht und Vertreibung während des Nationalsozialismus im Grundgesetz das individuelle, einklagbare Recht auf Asyl für politisch Verfolgte verankert. 1953 überführte der deutsche Gesetzgeber dann die Bestimmungen aus der Genfer Flüchtlingskonvention in nationales Recht, wobei er zunächst ebenfalls auf den Geschlechterbegriff verzichtete. Asylanträge von Frauen, die auf geschlechtsspezifische Verfolgung gestützt waren, wurden auf diesen rechtlichen Grundlagen in der Praxis sehr uneinheitlich entschieden und häufig abgelehnt. Viele Anträge scheiterten daran, dass die Gerichte die Staatlichkeit der Verfolgung verneinten. Asylanträge wegen geschlechtsspezifischer Verfolgung wurden oft abgelehnt. Begründet wurde dies damit, dass der Staat entweder faktisch keine Möglichkeit habe, Schutz vor Gewalt zu bieten, die im Verborgenen stattfindet – wie beispielsweise Genitalverstümmelung – oder der Staat mit einem Verbot und Kampagnen bereits alle (Schutz-)Möglichkeiten ausgeschöpft habe. Bei sexualisierter Gewalt in Bürgerkriegskontexten fehle es, so die Begründung, aufgrund des Zerfalls des Staates an einer Staatsgewalt, der man die Gewalt an Privatpersonen zurechnen könne. Im Fall einer drohenden Entführung zur Zwangsverheiratung entschied das Bundesverwaltungsgericht, diese sei nur durch präventive Maßnahmen zu verhindern, die dem Staat aber nicht zumutbar seien.

FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

Als Reaktion auf diese Entwicklung, die nicht auf Deutschland beschränkt war, haben das Europäische Parlament und der Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) seit Mitte der 1980er Jahre regelmäßig in verschiedenen Beschlüssen, Empfehlungen und Leitlinien darauf hingewiesen, dass die GFK geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund anerkennt.

In Deutschland schuf der Gesetzgeber mit dem 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetz in mehrerlei Hinsicht rechtliche Klarheit. Das Gesetz erkennt seitdem an, dass eine Verfolgung wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe auch dann vorliegen kann, wenn die Bedrohung des Lebens, der körperlichen Unversehrtheit oder der Freiheit allein an das Geschlecht anknüpft. Die Verfolgung kann auch von Privatpersonen ausgehen (sogenannte nicht-staatliche Verfolgung), wenn staatliche oder internationale Akteure nicht willens oder in der Lage sind, Schutz zu bieten. Dabei ist es unerheblich, ob eine »staatliche Herrschaftsmacht« vorhanden ist.

RECHTLICHE VERBESSERUNGEN FÜR LSBTI-PERSONEN

In den vergangenen Jahren ist der Geschlechterbegriff zunehmend ausdifferenziert worden. Dies hat dazu geführt, dass die Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung eines Menschen anknüpfend an den Verfolgungsgrund »Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe« zum Flüchtlingsschutz führen können. So können zum Beispiel trans- und inter-Personen als Flüchtlinge anerkannt werden, wenn sie im Asylverfahren glaubhaft machen, dass ihnen im Herkunftsland schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen drohen. Insbesondere anhand von Asylverfahren gleichgeschlechtlich orientierter Menschen hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in den letzten Jahren ein paar grundsätzliche Entscheidungen getroffen. So wurde 2013 die – auch deutsche – Rechtsprechung für europarechtswidrig befunden, die homosexuellen Personen flüchtlingsrechtlichen Schutz vorenthielt mit der Begründung, dass sie sich in ihrem Herkunftsland unauffällig verhalten und so die Verfolgung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung vermeiden könnten. Berufen sich Asylsuchende im Verfahren auf eine Verfolgung wegen ihrer sexuellen Orientierung oder Identität, dürfen Behörden und Gerichte dies nicht allein mit stereotypen Vorstellungen von gleichgeschlechtlicher Orientierung (zum Beispiel bzgl. Verhalten oder Kleidung) überprüfen. Auch detaillierte Befragungen zu sexuellen Praktiken sind nicht erlaubt. Gutachten, die die Homosexualität bestätigen, sind zulässig, soweit sie mit den in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union garantierten Grundrechten – wie dem Recht auf Wahrung der Menschenwürde und dem Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens – in Einklang stehen. In diesem Zusammenhang hat der EuGH im Januar 2018 entschieden, dass Asylbewerber*innen zur Bestimmung ihrer sexuellen Orientierung keinen psychologischen Tests unterzogen werden dürfen.

AUSBLICK

Geschlechtsspezifische Fluchtgründe sind im deutschen Flüchtlingsrecht mittlerweile seit mehr als zehn Jahren anerkannt und festgeschrieben. Die Frage, inwieweit Behörden und Gerichte dies auch tatsächlich umsetzen, ist mit dem Inkrafttreten der sogenannten Istanbul-Konvention des Europarates Anfang 2018 erneut aktuell geworden. Dieses »Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt« verpflichtet die Vertragsstaaten zu geschlechtersensiblen Asylverfahren sowie zum Erstellen geschlechtsspezifischer Leitlinien und geschlechtersensibler Statistiken. Einiges davon gibt es in Deutschland schon. So sieht das BAMF in Fällen von sexualisierter Gewalt die Befragung durch geschulte Sonderbeauftragte für geschlechtsspezifische Verfolgung vor. Antragstellerinnen sollen von einer Frau angehört und ihnen soll eine Dolmetscherin gestellt werden. Aus der Praxis gibt es allerdings nach wie vor Hinweise darauf, dass es an Sensibilisierung der am Asylverfahren beteiligten Personen fehlt. Wissenschaftliche Forschung in diesem Bereich gibt es kaum. Von Behörden veröffentlichte statistische Daten erfassen derzeit nur die Anerkennungsquote aufgrund geschlechtsspezifischer Verfolgung als Schutzgrund im Kontext der Flüchtlingsanerkennung. Um systematische Aussagen darüber treffen zu können, inwieweit die Vorgaben der Genfer Flüchtlingskonvention und der Istanbul-Konvention in Deutschland umgesetzt werden, wäre es ein erster wichtiger Schritt, die Datenerfassung zu verbessern: Die Art der Verfolgungsgründe, die Gesamtzahl der Anträge, bei denen geschlechtsspezifische Verfolgung als Grund für die Flucht angegeben wurde, sowie die Zahl abgelehnter Asylbewerber*innen, die im Asylverfahren geschlechtsspezifische Verfolgung vortrugen, sollten regelmäßig erhoben und veröffentlicht werden.

Dieser Artikel ist Teil des Kurzdossiers »Frauen in der Migration«, Bundesstiftung für politische Bildung.

Heike Rabe ist stellvertretende Leiterin der Abteilung Menschenrechtspolitik Inland/Europa und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Menschenrechte. Ihr aktueller Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich geschlechtsspezifische Gewalt und Zugang zum Recht.

Rainbow Refugees Stories – queere Geflüchtete bekommen eine Stimme

DAS PROJEKT

Rainbow Refugees Stories erzählen die Geschichten von 27 LGBTI*-Geflüchteten, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Identität in ihren Heimatländern verfolgt werden. Viele von ihnen erwarten den Bescheid, ob sie in Deutschland bleiben dürfen oder dahin zurückkehren müssen, wo sie auf Ablehnung stoßen. Ihr Leben ist geprägt von Erfahrungen mit Gewalt, Unterdrückung und Enttäuschung, aber auch von Hoffnung, neuen Begegnungen und Neuanfängen. Das Projekt hat der Fotograf Francesco Giordano in München initiiert. Zusammen mit Journalist*innen und Fotograf*innen, dem Mentoring-Programm des Presseclub München sowie den Mentoren der *Rainbow Refugees Munich* wird den Geflüchteten die Möglichkeit gegeben, in einer Gesellschaft zu Wort zu kommen, in der sie sonst kaum gehört werden. Wir stellen in kurzen Ausschnitten drei Menschen vor. Alle Geschichten in voller Länge sind zu finden unter ▸rainbowrefugeesstories.com. Auf der Webseite kann auch das Magazin bestellt werden.

KEHINDE: ICH WOLLTE »NORMAL« SEIN, UM ZU ÜBERLEBEN

Begonnen hat alles in Nigeria, in der Millionenstadt Lagos. Mit 13 Jahren sammelt Kehinde ihre ersten Erfahrungen mit einer Frau. Als sie in der Schule zum ersten Mal ein Mädchen küsst, verrät ihre Zwillingsschwester sie an die Mutter. Doch diese will davon nichts wissen. Eines ihrer Mädchen lesbisch? Die Mutter tut es als Absurdität ab. Fünf Jahre später bettelt Kehinde die beste Freundin ihrer Mutter an, sie nicht der Polizei auszuliefern. Der Grund: Sie »erwischt« Kehinde und ihre Tochter beim Sex, darauf steht in Nigeria eine Gefängnisstrafe von bis zu 14 Jahren. Daraufhin verständigt sie Kehindes Mutter. »In Afrika glaubt man, dass Homosexuelle der Geist der Vergangenheit sind – sie glauben nicht, dass wir sind, wie wir sind«, so Kehinde. Um dieser psychischen und physischen Gewalt zu entkommen, gibt es für sie nur noch eine Option – die Flucht.

Kehinde ist aus Nigeria geflohen, um der Gewalt zu entkommen.

Mehr unter ▸rainbowrefugeesstories.com/ich-wollte-normal-sein.html

RAGNI UND ANMOL: BEIM TANZEN LACHE ICH

Ragni und Anmol sind wegen ihrer sexuellen Identität aus Pakistan geflohen.

Ragni und Anmol sind Transgender. Sie sind beide aus Pakistan geflüchtet, um einen Ort zu finden, wo sie sie selbst sein dürfen. Anmol hat mittlerweile Asyl bekommen. Ragni ist zwar akzeptiert worden, erleichtert ist aber auch sie nicht – ihr Partner Faisal hat auch nach dreimaliger Berufung einen Ablehnungsbescheid erhalten. In einem Traunreuter Flüchtlingsheim teilen sich die zwei ein kleines Zimmer und überlegen nun, wie es für sie weitergeht. Eins steht fest: Zurück können sie nicht.

Mehr unter ▸rainbowrefugeesstories.com/beim-tanzen-lache-ich.html

EDWARD: UNSERE SICHERE BLEIBE UND NOCH MEHR GEFAHR

Edwards Engagement für die Sicherheit anderer brachte ihn selbst in Gefahr und veranlasste ihn zur Flucht aus Uganda. Er hat einen dreijährigen Aufenthalt genehmigt bekommen. Edward wollte durch sein Safe-Housing-Projekt in Uganda vor Ort eine sichere Bleibe für queere Menschen schaffen. »Ein Safe House ist ganz generell ein Ort, an dem jeder ohne Ängste vor der Außenwelt so sein kann und so leben kann, wie er möchte. Mein Safe House in Uganda war besonders für verstoßene LGBTI-Menschen, aber auch Sexarbeiter*innen brauchen eine sichere Unterkunft. Wenn ich hier von Sicherheit spreche, dann ist das alles vom Schlafplatz über persönliche Betreuung, Verpflegung, medizinische Versorgung bis hin zu handwerklicher Weiterbildung und bürokratischer Unterstützung. Das alles ermöglicht Freiheit in einer sicheren Gemeinschaft fernab von der Gewalt der Polizei, der Familien und der Bevölkerung.«

Edward wollte mit seinem Safe House in Uganda einen sicheren Ort für queere Menschen schaffen.

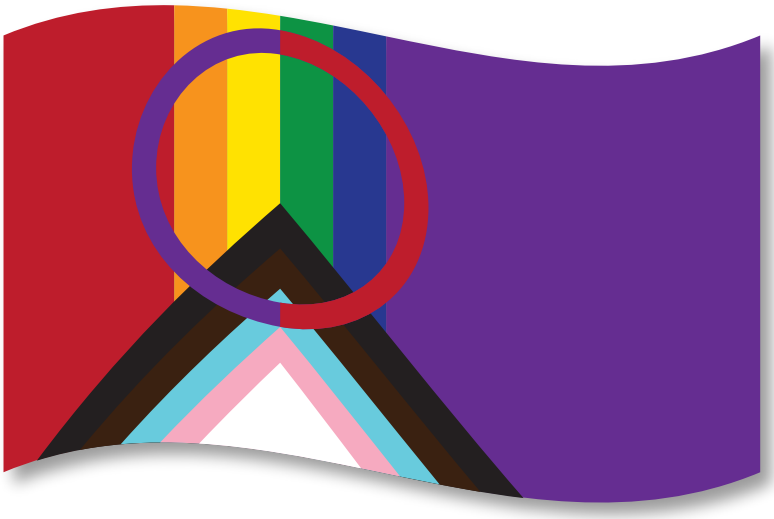
In Uganda ist Homosexualität noch immer verboten, jeder queere Mensch läuft Gefahr, von der Polizei und der Bevölkerung verfolgt und verletzt zu werden.

Mehr unter ▸rainbowrefugeesstories.com/unsere-sichere-bleibe.html

Internationale Perspektiven

Die Erfindung des samischen Wortes »BONJU«

Obwohl Norwegen als eine der modernsten Gesellschaften der Welt gilt, spielen auch hier Diskriminierung und Rassismus bis heute eine große Rolle. Eine langlebige, nicht heilen wollende Wunde Norwegens ist die Diskrepanz zwischen ethnischen Norwegern und den norwegischen Samen.



Samische Flagge mit integrierter Pride- und Antirassismussymbolik: Wer als Same homosexuell ist, gehört zu einer Minderheit in der Minderheit.

Gleichzeitig ist das samische Norwegen, das bis heute unter den Folgen der Norwegisierung im 17. Jahrhundert und der damit einhergehenden Zwangschristianisierung leidet, eine nach norwegischen Vorgaben entstandene patriarchische, heteronormative Gesellschaft, die keine guten Grundlagen für eine fruchtbare Entwicklung alternativer Geschlechterverständnisse bietet.

Wer heute sowohl Same als auch homosexuell ist, gehört gleich zwei Minoritäten an. Oder vielmehr: einer Minderheit in der Minderheit.

So ist die Geschichte der LGBTI-Bewegung in Sápmi, so nennt man die samischen Teile Norwegens, Schwedens, Finnlands und Russlands, eine sehr kurze: Erst seit 2002 gibt es Organisationen, die sich für die Rechte von LGBTI-Samen einsetzen. Dafür war die Entwicklung in den letzten Jahren umso rasanter: Im Laufe kurzer Zeit hat sich die Zahl der offen als LGBTI lebenden Samen vervielfacht, und der Aktivismus wächst stetig. 2015 fand die erste *Sápmi Pride* in Norwegen statt und wird seitdem jährlich gefeiert. Gerade in Minderheiten müsse, so die samische Wissenschaftlerin Elisabeth Stubberud, ein sicherer Raum für diejenigen geschaffen werden, die auch in ihrer eigenen Gruppe ausgegrenzt und diskriminiert werden. Dazu gehört auch die Erfindung und Etablierung eines neuen Wortes, da es bisher keine samische Entsprechung für queer gab: bonju.

Dieser Text beruht auf einem Forschungsartikel von Elisabeth Stubberud und Dávvet Bruun-Solbakk von der Technisch-Naturwissenschaftlichen Universität in Norwegen in Trondheim, der im Sommer 2019 auf den Seiten der Universität in Oslo (UiO) veröffentlicht wurde: www.stk.uio.no/forskning/stks-temasider/PRIDE/sapmi-pride-og-skeiv-samisk-organisering.html

Doris Wøhncke wurde im nordnorwegischen Kirkenes als Kind deutscher Eltern geboren. Sie wuchs sowohl in Norwegen als auch in Deutschland auf und hat einen beruflichen Hintergrund in Kultur und Medien. Seit März 2020 ist sie als Landesbeauftragte für ASF in Norwegen tätig.

Russland: LGBTI-Initiativen außerhalb der Anonymität der Metropolen haben es schwer

Russland steht häufig im Fokus wegen seiner homophoben Gesetzgebung. Weniger Aufmerksamkeit erhält die Frage, wie queeres Leben aussieht und wie viele Freiräume bleiben – insbesondere außerhalb von Moskau und St. Petersburg. Beim Blick gen Osten sticht das im Nord-Ural gelegene Perm hervor mit seinen verhältnismäßig gut entwickelten zivilgesellschaftlichen Strukturen und einer lebendigen Kulturszene. Neben einer schon länger existierenden Initiativgruppe, die sich vorrangig mit dem Thema Diskriminierung befasst, entstand im vergangenen Jahr ein neues LGBTI-Community-Zentrum.

Die selbstgestellten Aufgaben sind vielfältig. Zunächst geht es dem ehrenamtlichen Team um die Klärung aktueller Bedürfnisse an einem sicheren Ort. Die Fluktuation in der Permer Community ist hoch, viele suchen die Anonymität der russischen Metropolen. Psychologische Unterstützung und Fortbildungen finden bereits in einigen Bereichen statt, Ziel ist es jedoch, mehr nach außen zu treten und beispielsweise die Eltern jüngerer LGBTI in das Beratungskonzept einzubeziehen. Professionalisierung, mehr mediale Präsenz und strategische Planung lauten die zentralen Schlagworte.

Mit privaten Rücklagen mietete das Zentrum zunächst für drei Monate passende Räumlichkeiten an, die auf längere Sicht als Anlaufstelle dienen sollten. Doch die Gelder sind aufgebraucht und die Corona-Krise erschwert die Akquise neuer Mittel. Zumal eine Vereinsregistrierung als LGBTI-Organisation unter den derzeitigen politischen Gegebenheiten ausgeschlossen ist.

Ute Weinmann ist freie Journalistin und arbeitet in Moskau als Landesbeauftragte von ASF.

LGBTI in Tschechien: Vieles ist bereits erreicht, gleichzeitig fehlen an anderen Stellen Akzeptanz und politischer Wille

Tschechien gehört, was die Rechte der LGBTI-Community angeht, zu den liberalen Ländern in Mitteleuropa, selbst wenn es auch hier gelegentlich zu offenen, meist verbalen Angriffen seitens der konservativen Politiker*innen und Vertreter*innen der katholischen Kirche auf Schwule und Lesben kommt.

Homosexualität wurde in der damaligen Tschechoslowakei bereits im Jahre 1962 legalisiert, das Thema war allerdings bis zur Samtenen Revolution (1989) absolut tabu. Im Jahr 2006 wurde die eingetragene Lebenspartnerschaft eingeführt, seit dieser Zeit haben diese offiziell anerkannte Variante des Zusammenlebens etwa 3.500 Paare genutzt. Seit 2011 findet regelmäßig im Sommer das LGBTI-Festival *Prague Pride* statt, das viel besucht und in der letzten Zeit auch direkt von der Stadtregierung unterstützt wird. Dieses Jahr musste der Prague-Pride-Umzug coronabedingt ausfallen, das Begleitprogramm jedoch fand wie immer statt. Jedes Jahr im Herbst gibt es in Prag bereits seit 20 Jahren auch ein Festival der LGBTI-Filme *Mezipatra* (Zwischenräume) und im öffentlich-rechtlichen tschechischen Fernsehen läuft jede Woche ein Magazin für Lesben und Schwule. Aktuell ist das größte Thema der LGBTI-Bewegung in Tschechien die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe. Ein entsprechendes Gesetz wartet bereits seit dem Jahr 2018 auf seine Verabschiedung im Abgeordnetenhaus. Aus einer Umfrage unter der Bevölkerung der Tschechischen Republik geht hervor, dass 67 Prozent der Menschen die Legalisierung befürworten, doch der politische Wille ist offenbar nicht da. Zu einem der beliebtesten LGTBI-Treffpunkte in Prag gehört das Q Café in der Opatovická-Straße mit einem bunten und sympathischen Publikum vor sowie hinter der Theke – sagt der Stammgast. Wir sehen uns dort!

Míla Man war als tschechischer ASF-Freiwilliger 2001/02 in der Gedenkstätte Buchenwald im Einsatz. Er arbeitet heute als Pädagoge an der Universität Passau und im Prager Verein Pragkontakt.

Trotz vieler Ressentiments und Restriktionen: In Polen nehmen Sichtbarkeit und Akzeptanz von LGBTI-Personen zu

Die Sichtbarkeit von LGBTI-Personen in Polen hat sich in den letzten 20 Jahren verbessert, 2001 fand in Warschau eine erste *Parada Równości* (Gleichheitsparade) statt. Solche Paraden werden jetzt jedes Jahr in kleineren Städten organisiert.

Es gibt immer mehr Coming-outs von Personen des öffentlichen Lebens. Polen hatte in den Jahren 2011 bis 2015 einen ersten trans Menschen im Parlament und es war zugleich der erste Fall in Europa. In den Präsidentschaftswahlen im Juli 2020 war einer der Kandidaten ein offen homosexuell lebender Politiker, Parlamentarier und Europa-Parlamentarier. Durch immer mehr Coming-outs wird das LGBTI-Thema immer präsenter und dank der Medien wird Nicht-Heteronormativität der Gesellschaft auch langsam vertrauter.

In Großstädten gibt es zahlreiche Initiativen und auch viele Organisationen für LGBTI-Menschen. Die seit 2015 regierende rechtskonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) spielt aber leider die homophobe Karte aus und versucht mit der sogenannten »fremden LGBTI-Ideologie«, die angeblich die traditionelle polnische Familie zerstört, Ängste zu schüren. Infolgedessen gibt es in der Gesellschaft weniger Unterstützung für die Rechte von LGBTI-Menschen und es kommt zu homophober Hassrede und Gewalt gegen die Personen. Es kann geschehen, dass bei Gleichheitsmärschen in kleineren Städten die Teilnehmer*innen mit Eiern oder sogar Steinen beworfen werden.

Mit großen Problemen werden trans Menschen konfrontiert, weil keine Gesetze in Bezug auf die Geschlechterwahl und Folgen von Geschlechtsänderung vorhanden sind. Auch werden nicht-heteronormative Familien nicht vom Staat geschützt.

Trotz des ungünstigen politischen Systems und einer offensichtlichen Diskriminierung ist die Thematik kein Tabuthema mehr, wie es noch vor mehr als zehn Jahren der Fall war. LGBTI-Menschen sind eine beachtliche gesellschaftliche Kraft geworden, die politisch vertreten ist und von jüngeren und liberalen Teilen der polnischen Gesellschaft unterstützt wird.

Agnieszka Popławska ist Sozialpsychologin und arbeitet im Museum der Geschichte der Polnischen Juden in Warschau in der Bildungsabteilung. Sie war ASF-Freiwillige in Deutschland (2007/08) und Israel (2012).

Bundesverdienstkreuz für Simon Gronowksi

Simon Gronowski beim 60jährigen Jubiläum von ASF in Berlin.

Im Juni wurde Simon Gronowski das Bundesverdienstkreuz am Bande in Brüssel verliehen.

Simon Gronowski, Überlebender der Shoah, wurde am 26. Juni 2020 das Bundesverdienstkreuz am Bande der deutschen Bundesregierung in Brüssel verliehen.

Die deutsche Bundesregierung möchte damit ihre Anerkennung für das jahrelange Engagement von Simon Gronowski deutlich machen, der nicht müde wird, seine Geschichte jungen Menschen zu erzählen. »Je crois dans la bonté humaine« – ich glaube an die Güte des Menschen. Diesen Satz sagt Simon Gronowski, wenn er junge Menschen trifft und ihnen seine Geschichte erzählt. So kennen ihn auch viele Freiwillige von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Belgien.

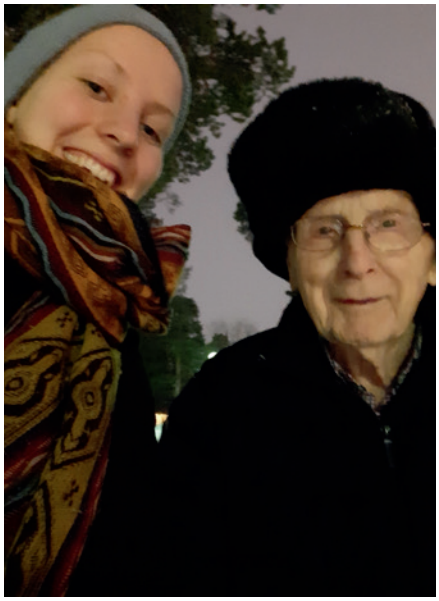
Simon Gronowski nahm 2018 als Ehrengast am 60-jährigen Jubiläum von ASF in Berlin teil und begeisterte die Besucher*innen mit einer Jazzmusikeinlage.

Freiwilligendienst in Zeiten von COVID-19

Im März 2020 rief Aktion Sühnezeichen Friedensdienste aufgrund der COVID-19-Pandemie und der Reisewarnung des Auswärtigen Amtes alle Freiwilligen aus Deutschland zurück. Betroffen waren ca. 140 Freiwillige in zwölf Ländern. Viele Freiwillige engagierten sich weiterhin von zu Hause aus. Sie standen mit den Menschen in ihren Projekten in Kontakt, arbeiteten im Homeoffice oder ehrenamtlich vor Ort. Die meisten unserer internationalen Freiwilligen in Deutschland und Polen konnten mit Einschränkungen ihren Dienst fortsetzen. ASF hat alle Freiwilligen in dieser Zeit eng begleitet. Ab Juni konnten fast 60 Freiwillige aus Deutschland in ihre Projekte in EU-Nachbarländern und Norwegen zurückkehren.

Die Pandemie stellt ASF weiter vor große logistische und finanzielle Herausforderungen. Ab September soll eine neue Generation von Freiwilligen ihren Friedensdienst beginnen. Die Vorbereitungsseminare finden aus Sicherheitsgründen online statt. Wir danken unseren Freiwilligen und Projektpartner*innen für ihre Flexibilität und Verbundenheit, und allen Menschen, die unsere Arbeit unterstützen und begleiten. *thh*

Ein Freiwilligenjahr in Nordnorwegen unterbrochen durch Corona. »Es fühlt sich an wie Nachhausekommen.«



Johanna bei einem Spaziergang mit einem Bewohner des Alten- und Pflegeheims.

Im nordnorwegischen Alta hat Johanna in der Demenzabteilung eines Alten- und Pflegeheims ihren Freiwilligendienst geleistet.

Seit September 2019 lebe ich als ASF-Freiwillige in Alta, Nordnorwegen. Hier arbeite ich auf einer Demenzabteilung mit acht Bewohner*innen im *Furuly sykehjem*, einem Alten- und Pflegeheim, das zur Stiftung Betania gehört.

Dass Aktion Sühnezeichen Friedensdienste seit vielen Jahren Freiwillige nach Alta entsendet, steht im Zusammenhang mit Ereignissen im Zweiten Weltkrieg unter der deutschen Wehrmacht. Im Herbst 1944 gab Hitler den Befehl zur Niederbrennung und Zwangsevakuierung von Nord-Troms und der Finnmark – die nördlichste Provinz Norwegens – zu der auch Alta gehört. Die Taktik der »verbrannten Erde« sollte den Russen den Einmarsch in die Finnmark erschweren. Somit war die Bevölkerung gezwungen, die Heimat zu verlassen und in südlichere Landesteile zu ziehen. Mitnehmen konnte sie fast nichts – im Gepäck waren Angst, Hunger und Kälte.

Oft begegne ich bei meiner Arbeit Menschen, die noch viele lebhafte Erinnerungen an die Zeit der Zwangsevakuierung und der Flucht haben, da sie diese als Kinder oder junge Erwachsene miterlebten. Es sind Erinnerungen, die sich tief eingebrannt haben, die noch so präsent sind, als wäre das Erlebte erst gestern geschehen.

Obwohl der Krieg für mich so weit zurückliegt, ist er durch die Geschichten und Erzählungen, die ich hier höre, doch wieder ganz nah. Es ist unvorstellbar, welches Leid die Deutschen den Menschen in der Finnmark damals zugefügt haben. Umso mehr schätze ich es, dass mir hier heute als Deutsche, vor allem auch von der älteren Generation, mit so viel Herzlichkeit begegnet wird.

Die älteste Bewohnerin auf meiner Abteilung, M., ist 97 Jahre alt. »97 Jahre – kannst du dir das vorstellen?«, fragt sie mich jedes Mal. Die meiste Zeit liegt sie nur im Bett, weshalb ich oft zu ihr gehe und ihr ein bisschen Gesellschaft leiste. Dann erzählt sie mir viel von früher, von der Zeit, als sie so alt war wie ich und mit ihrer Familie ihr Zuhause in Alta verlassen musste, weil die Deutschen alles niedergebrannt und das Vieh auf den Höfen geschlachtet haben. Von der Zeit, als sie zu einem Flüchtling in ihrem eigenen Land wurde.

Immer, wenn ich M. bei ihren Geschichten zuhöre und dabei ihre Hand halte, die so leicht in meiner liegt, dass ich sie ein bisschen drücken muss, um sie zu spüren, frage ich mich, wie es wohl sein muss, am Ende eines so langen Lebens zu stehen. M. hat keine Angst vor dem Tod. Sie begrüßt ihn. Das bewundere ich sehr und werde es wahrscheinlich erst richtig verstehen können, wenn ich selbst mal alt bin, mein Leben gelebt habe und meine Kräfte mich verlassen haben.

Als mich im März die Nachricht von ASF erreichte, dass aufgrund der Covid-19-Pandemie alle Freiwilligen ihre Projekte verlassen und zurück in die Heimat reisen müssten, war das ein bisschen so, als würde plötzlich eine kleine Welt zusammenbrechen. Alles ging so schnell und

fühlte sich so unwirklich an. Zum richtigen Abschiednehmen blieb kaum Zeit. Wer hätte ahnen können, dass das Jahr einen solchen Verlauf nehmen würde?

Drei Monate vergingen. Es waren Wochen, die sich zogen und in denen ich darauf hoffte, dass wir noch einmal zurückreisen könnten. Umso schöner und auch tröstlich war es da, ab und zu die anderen Norwegenfreiwilligen bei Online-Seminareinheiten zu sehen, die unsere Länderbeauftragte von ASF für uns organisierte. Auch die acht Bewohner*innen meiner Abteilung im Altenheim bekam ich bei gelegentlichen Videotelefonaten zu Gesicht. Als mich dann vor einigen Wochen die freudige Botschaft erreichte, dass eine Rückreise für Ende Juni möglich sei, habe ich es als pures Glück empfunden. Zurückzukommen war emotional. In den vier Wänden meiner kleinen Wohnung schien die Zeit in den letzten drei Monaten stehengeblieben zu sein, während das Leben außerhalb weitergegangen ist. Die Welt draußen ist jetzt grün und die Sonne geht nicht mehr unter. Nur der letzte Schnee auf den Bergspitzen erinnert noch an den tiefen Winter, in dem Alta bei meiner Abreise im März lag. Anders als erwartet, ist es bei meiner Rückkehr ins Projekt so, als sei ich nie weggewesen. Vertraute Gesichter. Vertrautes Lachen. Hier ist das Leben noch so, wie ich es in Erinnerung hatte. Ich merke, wie ich es vermisst habe, hier zu sein und wie sehr ich doch alle schon ins Herz geschlossen habe.

Es fühlt sich an wie Nachhausekommen. Ich bin dankbar dafür, dass ich die Möglichkeit bekommen habe, die letzten zwei Monate des Freiwilligendienstes noch hier zu verbringen und auf diese Weise einen guten Abschluss mit dem Jahr für mich zu finden.

Johanna Stuck war 2019/20 Freiwillige mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Alta, Nordnorwegen, gefördert durch den IJFD und die Nordkirche. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland studiert sie Skandinavistik.

»... richtete ich mir ein kleines Büro ein und begann, weiter für mein tolles Projekt zu arbeiten.«

Freiwilligenjahr unter Corona-Bedingungen

Vielen Menschen in Deutschland wird die letzte Märzwoche wohl ihr Leben lang in Erinnerung bleiben. Jeden Tag neue Einschränkungen, immer dramatischere Infektionszahlen, plötzliche Angst um die eigene Gesundheit – die Liste der plötzlichen Veränderungen ließe sich wohl noch deutlich länger fortsetzen. Ich saß zu dieser Zeit in meinem WG-Zimmer in Chicago und versuchte, gleichzeitig die Situation in Deutschland und in den USA im Blick zu behalten. Denn während das Infektionsgeschehen in Europa bereits in den vorherigen Wochen klar zu erkennen war, kam die Ernsthaftigkeit der COVID-19-Krise im Kopf vieler US-Amerikaner*innen erst jetzt wirklich an. Zwischen den Nachrichten aus Deutschland, meinen Erfahrungen in den USA und der stetigen Kommunikation mit ASF in Berlin stand für uns dann relativ bald fest, was niemand wahr haben wollte: Eine sofortige Rückkehr nach Deutschland war nicht zu umgehen. Ohne Verabschiedungen und mit Übergepäck machten wir uns so überhastet auf den Weg zurück in unser nun zweites Zuhause.

Noch bevor der Jetlag überstanden war, richtete ich mir ein kleines Büro ein und begann, weiter für mein tolles Projekt, das Illinois Holocaust Museum and Education Center, zu arbeiten. Ich durfte Vorträge über Holocaust-Unterricht in deutschen Schulen und meinen eigenen Hintergrund halten, unterstützte meine Kolleg*innen bei technischen Schwierigkeiten und half, eine 24-stündige Online-Mahnwache mit Teilnehmer*innen aus der ganzen Welt zu organisieren – inklusive 16 ASF-Freiwilligen. In Zeiten der sozialen Isolation war es ein sehr schönes Gefühl, vereint mit Menschen auf der ganzen Welt ein Zeichen gegen Hass und Völkermord und für Zusammenhalt zu senden. Meine Arbeit für mein Projekt und für ASF waren in diesen Monaten ein wichtiger Stützpfeiler für mich.

Margo Wieseler leistete 2019/20 einen Freiwilligendienst am Illinois Holocaust Museum and Education Center in Skokie im US-Bundesstaat Illinois. Ihr Dienst wurde gefördert durch den IJFD. Nach ihrer vorzeitigen Rückreise wegen der Covid-19-Pandemie unterstützte sie das Museum weiter von zu Hause.

»… da ist nicht männlich noch weiblich – denn alle seid ihr einzig-einig im Messias Jesus« (Gal. 3, 28)

Zuerst möchte ich mit Euch in den Garten gehen, jenen Ort, von dem erzählt wird, dass Gott dort nach uns ruft: Adam, Ischah, Mensch, wo bist du? In diesem paradiesischen Garten, der wohl auf dieser Erde, aber doch vor aller Geschichte zu finden ist, in diesem Garten Eden, da begegnen uns zwei Menschen, männlich und weiblich bezeichnet. Beide von derselben Erde gemacht und von Gottes Odem belebt: derselbe Leib, dieselbe Seele. Gott braucht sie beide, um sagen zu können, das Gegenüber sei sehr gut. Paradiesisch ist dieser Garten darin, dass es hier noch kein Gender-Mainstreaming braucht, weil die Leiber einander nicht entfremdet und die Seelen durch Macht deformiert sind. Erst die unerklärliche Versuchung der diabolisch züngelnden Schlange etabliert die erste Geschlechtergrenze: die Kleidung (zu der wir heute auch Schuhe und andere Accessoires zählen).

Mit der Vertreibung aus dem Paradies wird dann die Geschlechterordnung etabliert, wie sie den biblischen Schriftstellern vor Augen war. Und wieder hören wir Gott rufen: »Kain, wo ist dein Bruder?« Vielleicht auch: »Lilith, wo ist deine Schwester?« – Mann und Frau werden miteinander in die Geschichte entlassen, Geburtsschmerzen und Rastlosigkeit für das Leben »jenseits von Eden« geschlechtsspezifisch zugeteilt. Männer können mehrere Frauen haben, und sie haben die Macht über diese Frauen.

Es ist Teil dieser Geschlechterordnung, die in den biblischen Texten reflektiert wird, dass die Liebe zwischen zwei Menschen desselben Geschlechts als gefährlich betrachtet wird. Wo sich Gottes Segen an der Zahl der Nachkommen zeigt, da erscheint es undenkbar, dass zwei Menschen desselben Geschlechts einander lieben können. Und noch undenkbarer erscheint es, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt. Hier in der Geschichte, jenseits des Paradieses und der Schöpfungsordnung also, hat die zweigeschlechtliche Ehe ihren Ort und ihre historische Prägung erfahren. Sie hat sich allerdings schon in biblischer Zeit gewandelt, denn immer wieder wird die Machtförmigkeit der Geschlechterbeziehung im Namen Gottes kritisiert. Es ist, als rufe Gott durch die Geschichte: »Adam, Ischah – was treibt ihr?«

Und wer einmal all die biblischen Geschichten von Vergewaltigungen und Ehebrüchen gelesen hat, wer die heimliche Liebe jenseits der Geschlechtergrenzen oder die erotische Spannung in den Evangelien gespürt hat, der versteht, warum die Geschlechterordnung als erlösungsbedürftig betrachtet wird. Jenseits von Eden werden wir auf die Lebensformen festgelegt, die den jeweiligen Verhältnissen als normal gelten. So gelten den einen die bürgerliche Ehe und die Kleinfamilie als normal. Andere fühlen sich befreit, wenn sie – ob als LGBTIQ oder Heteros – in beliebigen Konstellationen mit und ohne Kinder leben. Doch alle unsere Lebensformen enthalten Zuschreibungen, die unsere Leiber und Seelen einschnüren. Wir alle sind erlösungsbedürftig.

Schon im Alten Testament entsteht deshalb die Hoffnung, dass Gott der Menschenfamilie einen neuen Paradiesgarten bereiten möge. Die theologische Figur von der Rückkehr in den Garten Eden tauchte auf. Die Geschichte mit ihren Verirrungen und Verletzungen hinter sich lassen, den alten Garten wieder herstellen – das ist die große Hoffnung jeder Schöpfungstheologie. Die andere große Hoffnung, die dann im Neuen Testament weitere Nahrung erhält, träumt nicht von der Rückkehr in den anfänglichen Garten. Vielmehr wird dort von der Verwandlung der

Geschichte in eine endzeitliche Garten-Stadt geträumt. Die Menschheitsfamilie wird dort von ihren Verletzungen geheilt. Mit diesem Traum der neuen Schöpfung vor Augen hat Paulus (im Brief an die Gemeinden in Galatien, Kap. 3, 28) Konsequenzen für die Geschichte gezogen. In Christus hat jetzt schon die Verwandlung der Schöpfung begonnen. »Da ist nicht jüdisch noch griechisch, da ist nicht versklavt noch frei, da ist nicht männlich und weiblich: denn alle seid ihr einzig-einig im Messias Jesus.« (Übersetzung: Bibel in gerechter Sprache)

Die Verwandlung betrifft also auch die Geschlechterordnung. Es gibt weiterhin unterschiedliche Geschlechtsidentitäten. Aber diese sind befreit von den geschichtlichen Festlegungen der Geschlechterordnung. Sie müssen nicht mehr so sein, wie sich die jeweilige Zeit die Geschlechter vorstellt. Weder Schuhe noch Kleider sind geschlechtsspezifisch, weder Macht noch Ohnmacht, weder Vernunft noch Gefühle. Und wieder hören wir Gott rufen, diesmal vom Ende der Geschichte her: »Ischah, Adama – wollt ihr neue Menschen werden?«

In der neuen Schöpfung werden die Erfahrungen, die wir Menschen in der Geschichte miteinander gemacht haben, nicht einfach ausgelöscht. Die Stadt, das Sinnbild der Geschichte, sie wird in Gottes neuer Welt in eine Garten-Stadt verwandelt. Die Völker, so heißt es im Buch der Offenbarung, werden dort lagern und ihre Verletzungen werden mit Blättern von Bäumen des Lebens geheilt. Anders als in der Vorstellung von einer Rückkehr in das anfängliche Paradies wird hier die Geschichte kenntlich gemacht. Auch für die Geschlechterordnungen ist das eine frohe Botschaft. Das, was Menschen an Verletzungen ertragen mussten, weil sie als Frauen erniedrigt wurden, weil sie als LGBTIQ diskriminiert, ausgegrenzt oder verfolgt wurden, weil sie als Männer nicht aus ihrer patriarchalen Haut konnten, wird nicht vergessen sein.

Ganz im Gegenteil, die Narben werden bleiben, so wie auch der gekreuzigt Auferstandene an den Narben erkennbar bleibt. Doch geheilt und verwandelt können Menschen aller Geschlechtsidentitäten nun einander jenseits aller Festlegungen durch die Geschlechterordnungen der Geschichte begegnen. Das Fest der neuen Schöpfung wird deshalb weder einem Abschlussball aus den 1950er Jahren noch einer Christopher-Street-Day-Parade aus dem 21. Jahrhundert gleichen. Wir werden ungleich freier miteinander umgehen. Wir werden uns als Menschen begegnen, die aus derselben Erde gemacht und von Gott beseelt wurden. Das ist das Wahrheitsmoment der Schöpfungstheologie. Wir werden aber – und das ist die größere Wahrheit der angebrochenen Neuschöpfung – wir werden staunen über den Reichtum an Möglichkeiten, Kinder Gottes zu sein und mit dem Messias im neuen Paradies zu leben.

Gabriele Scherle war bis zu ihrem Ruhestand 2017 Pröpstin, Friedenspfarrerin und Gemeindepfarrerin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Sie studierte Sozialarbeit, Evangelische Theologie und Judaistik in Berlin, Jerusalem und Dublin. Bereits während ihres Studiums war sie von 1980 bis 1984 Mitglied im Vorstand von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und ist es wieder seit 2019.

Geschäftsführung neu aufgestellt

Geschäftsführerin Jutta Weduwen mit den beiden stellvertretenden Geschäftsführern Michael Säger (l.) und Thomas Heldt (r.).

Der Vorstand von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste freut sich, dass Jutta Weduwen weiterhin Geschäftsführerin von ASF ist. Nach dem Ausscheiden der Co-Geschäftsführerin Dr. Dagmar Pruin wird sie seit 1. August 2020 durch zwei stellvertretende Geschäftsführer unterstützt: Michael Säger und Thomas Heldt.

»Wir freuen uns, mit Jutta Weduwen weiterhin eine sehr kompetente Geschäftsführerin zu haben, die ASF besonders auch in den herausfordernden Zeiten, die wir gerade erleben, sehr gut leiten wird«, sagt ASF-Vorstandsvorsitzender Dr. Stephan Reimers. »Jutta Weduwen steht gleichzeitig für Kontinuität und auch für die Begeisterung für neue Projekte und Wege. Thomas Heldt und Michael Säger werden sie mit ihren Fachkompetenzen im Freiwilligenbereich sowie in Verwaltungs- und Finanzfragen wunderbar unterstützen. Wir freuen uns auf die gemeinsame Arbeit mit ihnen.«

Jutta Weduwen ist Soziologin und kam 2001 zu ASF. Sie war zunächst Israelreferentin und leitete später den Arbeitsbereich »Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft«. Seit 2012 ist sie Geschäftsführerin. Sie ist Mitglied im Sprecher*innenrat der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche + Rechtsextremismus (BAG K+R)* und gehört damit dem *Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention* an. Darüber hinaus ist sie von der EKD berufenes Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss der Interkulturellen Woche.

Thomas Heldt ist evangelischer Theologe und arbeitet seit 1997 als Referent für Freiwilligenarbeit bei ASF. Er war in den vergangenen Jahren unter anderem zuständig für die Freiwilligenarbeit in Deutschland, Polen, Tschechien und in den USA. Zudem leitet er länderübergreifend die Koordination der ASF-Freiwilligenarbeit. Er vertritt ASF im Fachbereich III (Freiwilligendienste) des Dachverbandes *AGDF*.

Der Theologe Michael Säger hat einen zusätzlichen Abschluss als Master of Business Administration und ist seit 2015 Finanzreferent bei ASF. Er hat die Verwaltungsleitung bei ASF inne und leitet neben dem Finanzreferat die Personalverwaltung und die IT.

Verabschiedung von ASF-Geschäftsführerin Dr. Dagmar Pruin

Theologin wird Präsidentin von Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe

Liebe Dagmar,
im Namen des Vorstands danke ich Dir von Herzen für sieben Jahre gelungener Zusammenarbeit. Gern erinnere ich mich persönlich an viele inspirierende Momente aus dieser Zeit: die von Dir vorbereiteten »Politischen Nachtgebete« auf Kirchentagen, die Predigten und Gebete. Oder auch gemeinsames Erleben auf den Rückkehrer-Seminaren in Villigst, wenn uns Freiwillige teilhaben ließen an den Erlebnis- und Erfahrungsschätzen des zurückliegenden Jahres.

Als Theologin schlägt Dein Herz besonders auch für den Christlich-Jüdischen Dialog. Bevor Du zu uns kamst, hattest Du an der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum das deutsch-amerikanische Begegnungsprogramm *Germany Close Up*

konzipiert und konntest es in die Arbeit von ASF einbringen. Da Jutta mit *AMIGRA* und der *BAG K+R* zwei refinanzierte Arbeitsbereiche aufgebaut hatte, ergab sich die Chance, erstmals zwei Geschäftsführerinnen zu berufen. Auf die »Doppelspitze« hat sich der Vorstand verlassen und konnte es auch bis hin zu ausgeglichenen Haushalten, über die wir uns seit Jahren freuen. Danke für alles!

Dass die Qualität Deiner Arbeit wahrgenommen wurde, zeigt auch Deine Berufung in das Amt der Präsidentin von »Brot für die Welt«. Der Vorstand wünscht Dir viel Freude und Gottes Segen für die neue verantwortungsvolle Aufgabe.

Stephan Reimers, promovierter Theologe und seit April 2015 ASF-Vorsitzender.

Sometimes you meet someone and you become friends, without realizing what doors and paths this friendship may lead you to. Such was the case with Dagmar, whom I met eleven years ago on a rainy day in Berlin, on a *Germany Close Up* trip, when she gave us a fascinating lecture about the brave German women who stood up for their Jewish husbands and managed to save them during the Holocaust. Little did I know then that Dagmar wrote her doctoral dissertation about the contentious figure of biblical Jezebel, which paralleled my PhD dissertation that centered on the figure of an Israeli female traitor. I did not know of the friendship we would develop, meeting again and again in New York, Israel or Berlin; and I had no clue that the friendship that began on that trip would ignite within me the questions that would lead to a Post Doctorate in Berlin four years later. Dagmar has been my inspiration time after time, and I am so grateful to call her my friend.

Hadas Cohen, promovierte Politikwissenschaftlerin und Alumna von *Germany Close Up (GCU)*.

»Denen eine Verantwortung übertragen ist, die müssen treu sein.«
1. Brief an die Gemeinde in Korinth, 4, 2

Wechselzeiten sind Bilanzzeiten. Charmant-melancholisch singt Charles Trenet: »Que reste-t-il de nos amours…« Ja, was wird von unserer Liebe, unserer gemeinsamen Zeit, den gemeinsam erarbeiteten Projekten samt ihren Früchten bleiben? Trenet singt es mit Wehmut und Trauer, mit heller Leichtigkeit und liebevollem Trost.

Sieben Jahre Zusammenarbeit mit Dagmar, ein gedeckter Tisch voller Köstlichkeiten, nie unbekömmlich, immer delikat und anmutig. Sind wir einander gerecht geworden? Wie haben wir einander gesehen? Hier und da übersehen? Aus Versehen vorbei gesehen? Füreinander ansehnlich geworden?

Die »Geschäftsführerinnen« sollen »pistos« sein, schreibt Paulus, also verlässlich, glaubwürdig und treu, dazu unbeirrbar, entschieden und beständig. Amen, so ist es! Danke!

Helmut Ruppel, Pfarrer und Studienleiter i. R., seit 2007 in der Redaktion der »ASF-Predigthilfe«.

Ingrid Schmidt, Gymnasiallehrerin und Dozentin in kirchlicher Erwachsenenbildung i. R., seit 2007 in der Redaktion der »ASF-Predigthilfe«.

Dagmar Pruin beim Jubiläumsgottesdienst zu 60 Jahre ASF im Jahr 2018.

Liebe Dagmar,
in der Mitgliederversammlung und im Vorstand der *Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)* bist Du seit 2013 dabei: politisch hellwach, theologisch engagiert, analytisch, kreativ, solidarisch, zugewandt und achtsam, auf Perspektivwechsel bedacht. So ungern wir Dich ziehen lassen, so sehr freut uns Dein Weg in eine größere, globale Verantwortung. Konflikttransformation ist ein Markenkern von Evangelischer Friedensarbeit, BROT und Ökumenischer Diakonie; ohne Gewalt für Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung einzustehen ist unser verbindendes Anliegen. Bleibe gesegnet, und »halte dich an Wunder. Sie sind schon lange verzeichnet im großen Plan.« Danke und Adieu,

Christine Busch, Theologin und Vorsitzende der *Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)*.

Liebe Dagmar,
jede Reise hat einen Anfang und ein Ende. Meine Reise mit ASF hatte im Januar angefangen, Du hast mich bei dieser Reise mit den verschiedensten Begegnungen geprägt. Vom Seminar in Krakau, bei dem Du locker im Schneidersitz vorne auf einem Tisch saßest und mit uns diskutiert hast. Über das spontane Treffen in Oświęcim und am 27. Januar, um an der 75-Jahre-Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau teilzunehmen. Deine Reise mit ASF endet nun nach sieben erfüllten Jahren. Lass Dir aber sagen, was ich bei ASF und in Oświęcim gelernt habe: Die allerbesten Dinge im Leben passieren völlig unerwartet. Ich wünsche Dir, dass Du Menschen triffst, die Dir Möglichkeiten schenken, Dich inspirieren und weiterentwickeln. Danke, dass Du Teil meiner Reise warst.

Anastasia Moor hat 2019/20 ihren Freiwilligendienst in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim/Auschwitz gemacht.

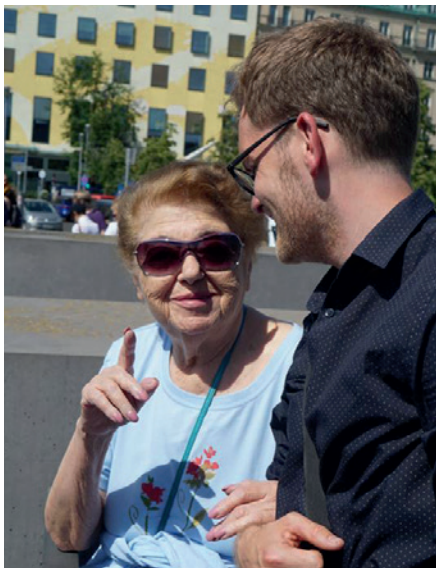
Wir trauern um

Magda Brown

»Think before you hate« – »Protect your freedom« – »Stand up to the deniers«

Mit dieser Botschaft beendete Magda ihre unzähligen Zeitzeugengespräche, in denen sie ihrer Zuhörerschaft berichtete, wie sie als 17-jähriges Mädchen aus ihrer Heimatstadt Miskolc in Ungarn nach Ausschwitz und von dort in eine Munitionsfabrik ins hessische Stadtallendorf, einem Außenlager Buchenwalds, deportiert wurde, bevor sie auf einem Todesmarsch im März 1945 von der US-Armee befreit wurde. Kein Zeitzeugengespräch verlief, ohne ASF und ihre »German boyfriends« mit großmütterlichem Stolz zu erwähnen, womit sie uns (ehemalige) Freiwillige meinte.

Sie reiste nicht nur durch die gesamten Vereinigten Staaten, in denen sie nach ihrer Immigration 1946 lebte, sondern auch nach Neuseeland und wiederholt nach Deutschland, um ihre Überlebensgeschichte als Mahnung und Warnung mit jüngeren Generationen zu teilen. Keine Entfernung war zu weit, kein Hindernis zu groß, um sie von ihrer Mission abzubringen. Als sie sich auf einer ihrer Reisen einen Rückenwirbel brach, führte sie das Zeitzeugengespräch per Skype aus dem Krankenbett. Trotz angeschlagener Gesundheit reiste sie 2018 zum 60. Jubiläum von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Als sie Freunde im gleichen Jahr davon abzubringen versuchten, einen Tag nach dem antisemitischen Terroranschlag auf die *Tree of Life Synagogue* nach Pittsburgh zu reisen, um dort zu sprechen, war ihre Antwort nur: »Now the world needs to hear the message even more. Let's go.«



2018 spazierten Magda und Gregor gemeinsam durch Berlin.

Ich habe mich bei den vielen Wiedersehen – lange nach Ende meines Freiwilligendienstes – immer von Magda in dem Wissen verabschiedet, dass es in Anbetracht ihres hohen Alters die letzte Umarmung sein könnte. Da sie allen gesundheitlichen Einschränkungen trotzte, Appelle an Schonung stets mit einem energischen »I don't have time to be sick« entgegnete, sahen wir uns aber stets wieder, erst letztes Jahr, als Magda noch einmal die Reise nach Deutschland auf sich nahm, um an der Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Befreiung Buchenwalds teilzunehmen. Auch dieses Jahr wollte sie wieder dabei sein. Ihre Flugtickets waren bereits gebucht, wir sollten uns im April wiedersehen. Als ihre Reise aufgrund der Corona-Krise abgesagt wurde, sagte sie zu mir am Telefon: »We will just see us next year«. Seit dem 7. Juli 2020 steht fest, es wird kein nächstes Jahr geben. Magda Brown ist im Alter von 93 Jahren im Kreis ihrer Familie verstorben.

Während der Verlust und die Trauer nur schwer in Worte zu fassen sind, empfinde ich Demut und Dankbarkeit für die vielen Momente, die ich mit Magda teilen durfte: für die unzähligen Gespräche an ihrem Küchentisch, an dem wohl alle ASF-Freiwilligen des *ILHMEC* schon mal mit chicken soup von ihr verwöhnt wurden; für die vielen Lebensweisheiten, die Warmherzigkeit und das Vertrauen, mit dem sie mir begegnete. Magda hat, nach allem was Deutsche ihr und ihrer Familie angetan haben, uns Freiwillige mit offenen Armen empfangen, in so vielerlei Hinsicht wird sie für mich immer Vorbild und ihr Vermächtnis unsere Verpflichtung bleiben. Ruhe in Frieden, liebe Magda.

Gregor Darmer war 2006/07 Freiwilliger im Illinois Holocaust Museum und Education Center in Skokie. Er studierte Kommunikations- und Staatswissenschaften sowie Politik und deutsche Nachkriegsgeschichte in Erfurt, Seoul und Berlin und leitet derzeit – nach beruflichen Stationen bei den Vereinten Nationen und im Auswärtigen Amt – das Projekt »Zentrum Berlin« der Stiftung Mercator.

Wir trauern um

Viola Kennert

Seit 2017 bereicherte und prägte Viola die Arbeit des ASF-Vorstands.

»Gott, mitten im Leben der Tod. Er verstellt uns den Weg und wir begreifen, wie ohnmächtig wir sind.« Das erschütternde Gefühl, das dieser Gebetsruf ausdrückt, spürten wir, als Viola uns sagte, dass eine sehr schwere Krankheit sie getroffen habe, die jetzt all ihre Kraft verlangte. Wir haben mit ihr gehofft und sind sehr traurig, dass medizinische Kunst ihr nicht helfen konnte. Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt ihrem Mann und ihrer Familie.

Wir werden sie sehr vermissen. Seit ihrer Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste im Jahr 2017 hat sie die Arbeit unseres Vorstands mit ihrer Geistesgegenwart und ihrem Gespür für religiöse, politische und menschliche Anliegen bereichert und mitgeprägt. Ihr klarer Blick und ihr Humor werden uns in lebendiger Erinnerung bleiben.

Wir waren sehr froh, dass Viola Kennert uns schon vor ihrem Ausscheiden aus dem Amt als Superintendentin des Kirchenkreises Neukölln die Zusage ihrer Mitarbeit gab. Ihr Engagement für Themen der Friedenspolitik war eines ihrer Motive. Außerdem war sie der interkulturellen Arbeit von ASF sehr verbunden. Mit großem Interesse begleitete sie die Arbeit der Stadtteilmütter mit ihrem Bildungsprogramm »Stadtteilmütter auf den Spuren der Geschichte«.

Als Leiterin des Pastoralkollegs in Brandenburg oder auch als Synodale der Evangelischen Kirche Deutschlands hatte sie einen weiten Überblick gewonnen, der uns in vielen Beratungssituationen zugutekam. Gemeinsam mit den anderen Mitgliedern des Vorstands denke ich dankbar an unser gutes Miteinander.

Freude gemacht hat Viola die Teilnahme am 60-jährigen Jubiläum der Freiwilligenarbeit in den Niederlanden im vergangenen Jahr. Von dem Gelingen dieses ersten Projektes hing für Aktion Sühnezeichen viel ab. Von den guten Freundschaften und nachhaltigen Bindungen, die damals und in der Zwischenzeit entstanden, hat sie uns begeistert erzählt.

Dr. Stephan Reimers ist seit April 2015 Vorsitzender von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. Der promovierte Theologe war – nach vielen Stationen – als EKD-Bevollmächtigter von 1999 bis zum Ruhestand 2009 für Bundesregierung und Parlament ein wichtiger Ansprechpartner. Seit 2008 ist Reimers Verwaltungsratsvorsitzender der Hamburger Stadtmission und Mitglied im Präsidium der Welthungerhilfe.

Aktion Refugees Welcome! Ihre Schutzmaske für Geflüchtete

»Refugees Welcome« steht unübersehbar auf den Mund-Nase-Schutzmasken, die ASF seit Corona anbietet. Mit ihnen will ASF ein unmissverständliches Zeichen setzen: für das Recht auf Asyl und den Schutz von Menschen in Not. Mit einer Spende unterstützen Sie die Arbeit von ASF-Freiwilligen in Projekten mit Geflüchteten.

WARUM IST IHRE SPENDE SO WICHTIG?

Die Auswirkungen der Corona-Krise treffen vor allem Geflüchtete besonders hart: Tausende Menschen harren in überfüllten Lagern auf engstem Raum aus. Kontaktsperren, Abstandsregeln und Hygienestandards können kaum eingehalten werden. Auch die Seenotrettung im Mittelmeer liegt weitgehend still. Als positiver Effekt der Pandemie wird häufig genannt, dass die Menschen in der Krise wieder mehr zusammenhalten. Diese Solidarität darf nicht bei Geflüchteten enden. Seit vielen Jahren arbeiten Freiwillige von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Projekten mit Geflüchteten. Bitte unterstützen Sie diese wichtige Arbeit mit einer Spende.

HIER EINE AUSWAHL VON PROJEKTEN, DENEN DIE SPENDEN ZUGUTE KOMMEN:

DEUTSCHLAND

Asyl in der Kirche Berlin-Brandenburg e. V.
In der Heilig-Kreuz-Kirche in Berlin-Kreuzberg arbeitet *Asyl in der Kirche* mit einer langen Tradition. Seit 1997 unterstützt dabei jeweils für ein Jahr ein*e ASF-Freiwillige*r. Der Verein berät Geflüchtete und Kirchengemeinden, er koordiniert und begleitet Kirchenasyle oder Aufnahmen von Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus, bereitet Gottesdienste, Benefiz-, Informations- und Bildungsveranstaltungen vor, bietet Deutsch- und Alphabetisierungskurse an und begleitet Geflüchtete zu Behörden, Ärzten und Rechtsanwälten.

GROSSBRITANNIEN

Southwark Day Centre for Asylum Seekers, London
Die Organisation berät und unterstützt Geflüchtete und Asylbewerber*innen in Süd-London. Die Freiwilligen arbeiten in drei unterschiedlichen Tagungszentren und werden bei den Hilfsangeboten eingebunden, wie zum Beispiel Rechtsberatung, Kinderbetreuung und Sprachunterricht.

ISRAEL

Terem Tachana Merkazit, Tel Aviv
Terem ist eine öffentliche Klinik, die Anlaufstelle ausschließlich für Menschen ohne Aufenthaltsstatus ist. Geflüchtete erhalten medizinische Behandlungen und Beratung. In Zusammenarbeit mit dem israelischen Gesundheitsministerium kümmern sich die Mitarbeitenden dieser Einrichtung um Menschen, die keine israelische Krankenversicherung haben.

NIEDERLANDE

Stem in de Stad, Haarlem
Stem in de Stad ist ein ökumenisches Diakoniezentrum. Es unterhält in Haarlem ein »wereldhuis« (Welthaus) mit einer Vielzahl von Angeboten für geflüchtete Menschen: Auffanghaus, Beratung, warme Mahlzeiten, Kleiderkammer, Schlafplätze, aber auch Begegnung von zugewanderter und einheimischer Bevölkerung.

Jeannette Noël Huis, Amsterdam
Das *Jeannette Noël Huis* ist eine Wohngemeinschaft von illegalisierten Geflüchteten und drei bis vier Niederländer*innen. Die WG soll verfolgten Menschen, die oftmals von der Straße oder aus dem Abschiebegefängnis kommen, zeitlich befristet eine einfache, aber gastfreundliche Unterkunft bieten und ihnen so die Möglichkeit geben, ihr Leben neu zu planen und zu organisieren.

UKRAINE

Doroga k domu, Projekt in der Odessa-Stiftung, Odessa
Ziel der 1997 gegründeten gemeinnützigen Organisation ist es, Geflüchteten aus dem Osten der Ukraine, Straßenkindern, Obdachlosen und einkommensschwachen Familien zu helfen. Bedürftige Kinder Odessas werden durch Bildungs- und Gesundheitsprogramme unterstützt und können Tagespflegestellen und Kindergärten besuchen. Die ASF-Freiwilligen werden in der Tagesbetreuung von Kindern eingesetzt und organisieren Aktivitäten und Veranstaltungen in der Organisation.

Informieren Sie sich über unsere Aktion »Refugees Welcome!« und bestellen Sie Ihre Maske: www.asf-ev.de/aktion-refugees-welcome *bre*

TERMINE

1. NOVEMBER 2020

BEWERBUNGSSCHLUSS FÜR FREIWILLIGENDIENST

Jetzt für einen Freiwilligendienst mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste bewerben und ab September 2021 einen einjährigen Friedensdienst im Ausland leisten. Alle Informationen zum Bewerbungsverfahren finden sich unter:
www.asf-ev.de/freiwilligendienst

Fragen beantwortet auch unser Infobüro per E-Mail: infobuero@asf-ev.de

BRÜLLENDE LÖWEN, VERSCHLUNGENE CHRIST*INNEN

Gedenkgottesdienst zum 9. November um 18 Uhr, St. Matthäus-Kirche auf dem Kulturforum in Berlin

Ein Aufruf zur Nüchternheit und zur Wachsamkeit. Eine Warnung vor Rauschzuständen, Halluzinationen, Illusionen einerseits, vor Schläfrigkeit, Unachtsamkeit, Gleichmut andererseits. Eine biblische Inspiration aus dem 1. Petrusbrief 5, 8–11 für das Gedenken des 9. November 1938. Unser Gottesdienst nimmt diese Inspiration auf und bezieht sie auf alte und neue mörderische Judenfeindschaft, die den eigenen Unglauben zeigt und den christlichen Glauben verschlingt.

Es laden ein: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Evangelische Akademie zu Berlin und Evangelische Kirchengemeinde in der Friedrichstadt.

Aufgrund der geltenden Hygienebestimmungen ist die Zahl der Teilnehmenden begrenzt. Wir bitten um Anmeldung bis zum 1. November per E-Mail an infobuero@asf-ev.de oder per Telefon unter 030 28 395 184 unter Angabe des Namens und einer E-Mail-Adresse beziehungsweise Telefonnummer.

Für alle, die nicht vor Ort teilnehmen können, übertragen wir den Gottesdienst im Internet. Einen Link stellen wir vor Beginn auf unseren Webseiten zur Verfügung.

Ich möchte Gutes tun!

Und unterstütze die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

DZI Spenden-Siegel Geprüft seit 2001

Ich werde Mitglied!

☐ Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) meine Stimme geben und Mitglied werden (Mitgliedsbeitrag: 70 Euro, ermäßigt: 35 Euro).

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu:

Name: .....

Adresse: .....

Den Mitgliedsantrag gibt es auch auf www.asf-ev.de/mitglieder

Ich spende!

☐ Bitte ziehen Sie ab dem ..... (Datum) von meinem Konto ..... Euro

☐ einmalig ☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich ein.

Dazu ermächtige ich ASF, die oben genannte Spende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.
Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ASF auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Name: .....

Vorname: .....

IBAN: ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐

E-Mail: (auch für Einladungen und weitere Informationen) .....

ASF Gläubiger-Identifikationsnummer DE33ZZZZ00000347023 | Die Mandatsreferenznummer teilen wir mit dem Dankesschreiben mit.

Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....

Ort, Datum und Unterschrift der/des Kontoinhaber*in

Bitte senden an: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin. Oder faxen an: 030 28 395 135

Hinweis zum Datenschutz: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. verwendet personenbezogene Informationen nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben innerhalb der Organisation. Wir geben Personendaten nur an Dritte weiter, sofern dies für ihre Aufgaben erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben oder erlaubt ist oder eine Einwilligung vorliegt. Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitungen sind die Abwicklung der Spende gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO sowie unser berechtigtes Interesse gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, unsere Spender*innen über die Verwendung der Spende und unsere Arbeit zu informieren. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: www.asf-ev.de/de/datenschutz/

Danke für Ihre Unterstützung und Solidarität!

Wie bekomme ich das *zeichen*?

Mitglieder, Projektpartner*innen, Multiplikator*innen, für ASF kollektierende Gemeinden, ehemalige Mitarbeiter*innen und Ehrenamtliche erhalten das *zeichen* als Dankeschön, zum Weitergeben, zur Information, um neue Leser*innen zu werben. Ehemalige Freiwillige erhalten das *zeichen* in den ersten fünf Jahren nach dem Friedensdienst. Und ansonsten liegt das *zeichen* ab einer Spende von zehn Euro jährlich an Aktion Sühnezeichen Friedensdienste immer aktuell bei Ihnen und Euch im Briefkasten.

Predigthilfen von Aktion Sühnezeichen – mit Texten und Themen, die uns alle angehen

Dreimal jährlich erscheinen die Predigthilfen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste: zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar, zum Israelsonntag und zur Ökumenischen Friedensdekade im November. Darin finden sich Liturgievorschläge und Predigtentwürfe, Materialhinweise und Rezensionen, aber auch politische und theologische Artikel zu den Themen, die uns bei ASF bewegen und mit denen wir uns an die Öffentlichkeit wenden.

DZI Spenden-Siegel

Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bescheinigt den verantwortungsbewussten Umgang mit den anvertrauten Mitteln. Als Zeichen für Vertrauen trägt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. seit 2001 das DZI Spenden-Siegel.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland, in andere EU-/EWR-Staaten und in die Schweiz in Euro.

Begünstigte: Name, Vorname/Firma
ASF e.V.

IBAN
DE68 1002 0500 0003 1137 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
BFSWDE33BER

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Danke für Ihre Spende!

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name der/des Spender*in:
Zi20B02

ggf. Stichwort

PLZ und Straße der/des Spender*in:

Angaben zur Kontoinhaber*in/Zahler*in: Name, Vorname/Firma, Ort (keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN
DE 06

SPENDE

Datum

Unterschrift(en)

Beleg/Quittung für die Auftraggeber*in

IBAN Kontoinhaber*in

Empfänger*in

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80/10117 Berlin

IBAN DE68 1002 0500 0003 1137 00
Bank für Sozialwirtschaft Berlin

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist wegen Förderung mildtätiger und gemeinnütziger Zwecke nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I von Berlin, StNr. 27/659/51675 vom 23.10.2017 für die Jahre 2014 bis 2016 gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer befreit.
Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet wird.

Spendenbetrag: Euro, Cent

Ihre Spendenbescheinigung

schicken wir Ihnen jeweils zu Beginn des Folgejahres automatisch zu. Für Beträge bis zu 200 Euro genügt dieser quittierte Beleg zusammen mit Ihrem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung.

Name Auftraggeber*in/Quittungsstempel

EIN JAHR ENGAGIERT IM AUSLAND

Du möchtest anderen Menschen helfen und dabei viel für Dich dazulernen? Möchtest im Ausland arbeiten und Dich für Verständigung und Frieden einsetzen? Und dabei auch noch eine Menge Spaß haben?

Dann mach einen Freiwilligendienst bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Mit uns kannst Du Dich in einem von 13 Ländern, beispielsweise in den USA, in Frankreich, Russland oder Israel, ein Jahr lang sinnvoll engagieren. Dabei wirst Du kompetent vorbereitet und vor Ort professionell begleitet.

Bewirb Dich jetzt für einen Freiwilligendienst 2021/22!
www.asf-ev.de/freiwilligendienste

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | BIC: BFSWDE33BER

Alle Informationen zu unseren Kampagnen, Aktionen und Mitteilungen findest Du in unserer Infothek unter **www.asf-ev.de/infothek** und in den sozialen Netzwerken.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

www.asf-ev.de | asf.de | asf_ev | asf_ev